Dienstanweisung Dublin

Ref. 32A
Stand: 11/2018

Inhaltsverzeichnis

Index

Urheberrechtsklausel
Abschiebungshindernisse
- Zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse
- Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse
- Praktische Umsetzung in den Dublinzentren bzw. Außenstellen

Anfragen

Antrag auf internationalen Schutz (Begriffsbestimmung)

Antragsrücknahme

Antwort des ersuchten MS

Anwendungsbereich der Dublin III-Verordnung
Anwendung der Durchführungsverordnung und der EUROPAC-Verordnung

Austausch von Personendokumenten

- B -

Bescheidung des Dublinverfahrens
Bescheid und Bescheiderstellung
- Ablauf bei Bescheiderstellung
- Bescheiderstellung bei Anträgen auf internationalen Schutz und Haftfällen
- Aufgriffsfälle mit Asylantrag
- Aufgriffsfälle ohne Asylantrag
- Aufhebungsbescheid

- D -

Das Dublinverfahren in Kürze

Datenaustausch im internationalen Bereich

Drittstaatenergänzung

DublINET

- E -

Erlöschen und Übertragung der Zuständigkeit
Entscheidungsklausel / Selbststeuerungsrecht (SER)
- Abhängige Personen, Art. 16 Dublin III-VO
- Selbststeuerungsrecht (SER), Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO
- Humanitäre Klausel, Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO

Ersuchen an den MS
- Aufnahmesuchen (Take Charge)
- Wiederaufnahmesuchen (Take Back)
- Informationssuchen (Info Request)

EUROPAC-Treffer und andere Beweismittel / Indizien

- F -

Familieneinheit

Flechtung / Umbau

Folgeanträge im Dublinverfahren

Freiwillige Ausreise in das Herkunftsland

Freiwillige Ausreise in den zuständigen MS

Freiwillige Überstellungen aus den MS nach DE

Inhaltsverzeichnis
Fristen
- K -
Kirchenasyl in Dublinfällen
- M -
Minderjährige
- P -
Persönliches Gespräch
Petitionen
- R -
Rechtsbeihilfe
Relocation
Remonstration
- S -
Selbsteintrittsrecht (SER)
Sicherheitsrelevante Fälle
Sicherheitsüberprüfung im Rahmen des Dublin-Verfahrens
StarthilfePlus

Systemische Mängel
- U -
Übersetzung fremdsprachiger Dokumente
Überstellung
- W -
Wiedereinreiseersperre
- Z -
Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe
Zuständigkeitsbestimmungsverfahren
Zuständigkeitskriterien
Zweitanträge
Abschiebungshindernisse

Zuständigkeit Bundesamt:
Gemäß § 34 Abs. 1 S. 1 AsylG ordnet das Bundesamt die Abschiebung in den zuständigen MS (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 AsylG) an, sobald feststeht, dass sie durchgeführt werden kann.
Das Bundesamt prüft sowohl die bis zur Bescheideerteilung bestehenden Abschiebungshindernisse und -verbote als auch die nachträglich auftretenden Abschiebungshindernisse (BVerfG Beschluss vom 17.09.2014 [2 BvR 732/14]).
In diesem Zusammenhang entscheidet das Bundesamt im Rahmen der Bescheideerteilung über das Vorliegen von zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen (§ 60 Abs. 5 und 7 S.1 AufenthG) sowie über Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse.

Zuständigkeit für die Prüfung von Abschiebungshindernissen in den Dublinzentren und den Außenstellen

1) Für den Zeitraum zwischen dem gestellten Ersuchen bis zum Erlass des Dublin-Beschlusses. Dublin-Sachbearbeiter in dem jeweils zuständigen Dublinzentrum (320 bis 32F)

Werden Rechtsmittel gegen den Dublinbescheid eingelegt und Abschiebungshindernisse und -verbote während des anhängigen Rechtsschutzverfahrens vorgetragen, leitet der Prozessbereich der AS die Postmappe bzw. referenzierter Akte an den zuständigen Dublin-SB (320 bis 32F) zur Prüfung des Sachverhaltes und Erstellung des SER-Volums (siehe Kapitel Ermessensklauseln/ Selbstbehältnisrecht (SER)).

Sofern keine Abschiebungshindernisse festgestellt werden, leitet der zuständige Dublin-SB (32D bis 32F) die Akte mit einem entsprechenden Aktenvermerk an den zuständigen Prozess-SB zurück.

Folgende Fallkonstellationen sind für die Dublinzentren 32D bis 32F darunter zu fassen:
- Klage und Eilantrag nach § 80 VwGO (über Eilantrag noch nicht entschieden oder stattgegeben)
- Eilantrag § 80 VwGO abgelehnt, aber § 80 WVVGO stattgegeben
2) Ab Vollziehbarkeit der Abschiebungsanordnung. Sachbearbeiter in 32C

Für die Prüfung von Abschiebungshindernissen und -verboten, die während des anhängigen Rechtsschutzverfahrens vorgetragen werden, ist 32C bei bestehender Vollziehbarkeit der Abschiebungsanordnung zuständig.

Folgende Fallkonstellationen sind für 32C darunter zu fassen:
- nur Klage anhängig ohne Eilantrag nach § 80 VwGO
- Klage anhängig und § 80 VwGO abgelehnt
- Klage und Eilantrag nach § 123 WVGG anhängig
- nur Antrag nach § 123 WVGG anhängig

1. Zielstaatsbezogene Abschiebehindernisse

Von zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen werden ausschließlich solche Gefahren umfasst, die dem Antragsteller im Zielland der Ost. (dem zuständigen MS) drohen.
Bei Unzulänglichkeit von Asylanträgen ist im Tenor festzustellen, ob die Voraussetzungen der zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbote nach §§ 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG vorliegen.
1.1. Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG

Grundsatz:
Gemaß § 60 Abs. 5 AufenthG darf ein Ausländer nicht abgeschoben werden, soweit sich aus der EMRK ergibt, dass die Abschiebung unzulässig ist. Von zentraler Bedeutung sind Art. 3 und Art. 8 der EMRK.

Verletzung Art. 3 EMRK
Grundsatz des Art. 3 EMRK:
"Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden".
Art. 3 EMRK schützt nicht vor einfachen Rechtsverletzungen, aber vor der Gefahr einer unmenschlichen Behandlung, bei deren Verbrechen einer von einer Üst. in den MS abgesehen werden muss.
Im Hinblick auf die Rechtsprechung des EGMR ist die Schwelle für einen Verstoß gegen Artikel 3 EMRK im Einzelfall – außerordentlich nützliche hauptsächliche Gründe gegen eine Abschiebung – hoch.

Systemische Mängel

Gerichtsentscheidungen

In der Hauptsachenentscheidung des EGMR (vgl. EGMR, Entscheidung vom 02.04.2013, Nr. 27725/10, Mohammed Hussein u. a. gegen die Niederlande und Italien) vom 02.04.2013 befasst dieser sich konkret mit der Zulässigkeit von Dublin-Überstellungen nach Italien und macht deutlich, dass an eine Konventionsverletzung strenge Maßstäbe anzulegen sind. Durch diese Entscheidung wird zugleich die frühere vorgesehene Rechtsprechung des EGMR konkretisiert, da das M. S. -Urteil

Stand 11/18

wegen der gravierenden Defizite in Griechenland nicht entschieden musste, anhand welcher Kriterien weniger schwerwiegender Mangel zu beurteilen sind (vgl. Thym, Zulässigkeit von Dublin-Überstellungen nach Italien in ZAR 9/2013, S. 352). Für diese Fälle errichtet der EGMR nunmehr hohe Hürden, indem er klart, dass die bloße Rückführung in ein Land, in dem die wirtschaftliche Stellung der Person schlechter als im ausweisenden Land ist, nicht ausreicht, um das in Art. 3 EMRK untersagte Mindestmaß an Behandlung zu erreichen,
- dass Art. 3 EMRK nicht als Verpflichtung der Hohen Vertragsparteien (Mitgliedstaaten) ausgelegt werden kann, jeder Person innerhalb ihres Höherrgebiets eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen,
- dass diese Bestimmung keine allgemeine Verpflichtung beinhaltet, Flüchtlingen finanzielle Hilfe zu bieten, um es ihnen zu ermöglichen, einen gewissen Lebensstandard aufrecht zu erhalten und,
- dass auszuweisende Ausländer grundsätzlich nicht einen Anspruch auf Verbleib im Gebiet einer Vertragspartei geltend machen können, um weiterhin medizinische, soziale oder andere Formen der Unterstützung oder Dienstleistungen zu erhalten, die der ausweisende Staat erbringt (vgl. EGMR, Entscheidung vom 02.04.2013, Nr. 27725/10, Mohammed Hussein u. a. gegen die Niederlande und Italien, Rn. 70 f).

Unterbringung und Versorgung von vulnerablen Personen

Grundsatz:
Im Allgemeinen ist davon auszugehen, dass die Versorgung und Unterbringung durch den jeweiligen MS gewährleistet werden kann. In Bezug auf vulnerable Personengruppen sind jedoch die besonderen Umstände des Einzelfalls besonders sensibel zu überprüfen.

Vulnerable Personen:
- unbegleitete Minderjährige
- Behinderte
- Ältere Menschen (insbesondere Renteneintrittsalters)
- Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern,
- Schwangere

Stand 11/18
1.2. Abschiebeverbot gemäß § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG

Grundsatz:
Ein Abschiebungshindernis gem. § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG liegt vor, wenn für Ausländer in dem MS der Üst. eine erhebliche, konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Eine erhebliche konkrete Gefahr aus gesundheitlichen Gründen liegt nur vor bei lebensbedrohlichen oder schwerwiegenden Erkrankungen, die sich durch eine Überstellung wesentlich verschlechtern würden. Es ist nicht erforderlich, dass die medizinische Versorgung im Zielstaat mit der Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland gleichwertig ist. Eine ausreichende medizinische Versorgung liegt in der Regel auch vor, wenn diese nur in einem Teil des Zielstaats gewährleistet ist.

Krankheitsbedingte Überstellungsverbote
(Siehe auch DA-Asyl „Krankheitsbedingte Abschiebungsverbote“ (VS-NID))

Bei Erkrankungen des Ausländer, die schon während des Aufenthalts des Ausländer in einem anderen MS bestanden und somit bereits bei Einreise in die Bundesrepublik Deutschland vorgelegen haben, bestehen in der Regel keine Abschiebungshindernisse. Auch Ausländer mit schwerwiegenden Erkrankungen können demnach nach einer Prüfung der Reisefähigkeit und Informationsweltverbote bezüglich der Erkrankung des Ausländer an den entsprechenden MS überstellt werden, solange die Überstellung zu keiner wesentlichen Gesundheitsverschlechterung führt.

Anforderung von Attesten


Hat der Dublin-S3 in den Dublinzentren 32D bis 32F auf Grund des Protokolls der persönlichen Anhörung den deutlichen Eindruck gewonnen, dass eine lebensbedroh-

liche oder schwerwiegende Erkrankung vorliegt und die damit einhergehende Reizefähigkeit in dem Zeitraum der Überstellungsfrist auf Grund einer beispielsweise langfristigen stationären Behandlung voraussichtlich eingeschränkt ist, besteht eine Pflicht zur weiteren Sachaufklärung.

Die Überprüfung, ob sich durch die Überstellung die lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung des Ausländer wesentlich verschlechtert würde, erfolgt durch 32C (siehe Abschnitt 3. Reisefähigkeit).

PTBS


Suizidalität

Behauptet der Antragsteller glaubhaft, suizidgefährdet zu sein, oder liegen Indizien (bspw. Vermerk aus dem persönlichen Gespräch oder Stellungnahmen von Dritten) für eine Selbstgefährdung vor, muss ein fachärztliches Attest angefordert werden. Wurde gemäß fachärztlichem Attest bereits ein Suizidversuch in Deutschland unternommen, um eine mögliche Überstellung zu verhindern, sollte aufgrund des hohen Schutzgutes der körperlichen Unversehrtheit gemäß Art. 2, Abs. 2 S.1 GG ein Abschiebungshindernis angenommen werden.

Mitwirkungspflicht bei der Einreichung von Attesten

Atteste und andere Bescheinigungen sind nach § 60a AufenthG Absatz 2d unverzüglich durch den Antragsteller vorzulegen. Bei Verstreichen von mehr als zwei
2. Inlandsbezogene Abschiebungsverbote

Verletzung von Art. 8 EMRK

Grundsatz des Art. 8 EMRK:

In Art. 8 EMRK sind vier Grundrechte zusammengefasst, nämlich der Schutz des Privatlebens, des Familienlebens, der Wohnung sowie der Korrespondenz, Aufenthaltsrechtliche Relevanz neben aber nur die Grundrechte auf Achtung des Privat- und Familienlebens.

Diese Norm gilt dem Einzelnen jedoch nicht das Recht auf Familien- oder Privatleben in einem bestimmten Land.

Der Begriff „Familienangehöriger“ nach Art. 8 EMRK ist weiter definiert als der Begriff in Art. 2 g Dublin III-VO.

2.1 Trennung der Familie

Anspruch auf Wahrung der Familienhierarchie:

Ein rechtliches Abschiebungshindemis besteht regelmäßig dann, wenn sich aus den Art. 6 GG und Art. 6 EMRK ein Anspruch auf Wahrung der Familienhierarchie in Deutschland ergibt.

Dies ist regelmäßig dann der Fall, wenn die Familienhierarchie nicht in einem anderen MS hergestellt werden kann. Nach der Rechtsprechung umfasst der Schutz der Ehe und Familie des Art. 6 GG ebenfalls das Recht, eine Ehe zu schließen, und kann im Einzelfall bei Glaubhaftmachung einer ÜSt. entgegenstehen.

Rechtsprechung:

Aus Art. 6 Abs. 1 GG folgt für Ausländer regelmäßig kein Anspruch, die eheliche bzw. familiäre Gemeinschaft gerade in Deutschland zu verwirklichen, weshalb für sie ein unmittelbarer Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung oder auf Familienanschluss grundsätzlich nicht besteht (vgl. BVerfG, Beschluss vom 18.07.1979 - 1 BvR 650/77).

Folgende, nicht abschließende Fallkonstellationen sind in diesem Zusammenhang denkbar:

- Deutschland ist für einen Familienangehörigen i.S.d. Art. 2 g Dublin III-VO bereits zuständig (Ausnahme: Familienhierarchie kann nach den Kriterien des Kapitels III der Dublin III-VO auch in einem anderen MS hergestellt werden);
- amtliche Eheschließung mit einem deutschen Staatsangehörigen;
- amtliche Eheschließung mit in Deutschland wohnhaften EU-Bürger;
- amtliche Eheschließung mit Ausländer mit einem deutsche Aufenthaltsberechtigung, der zum Ehegattenmachtzug berechtigt;
- beabsichtigte Eheschließung mit deutschen Staatsangehörigen bzw. in Deutschland wohnhaften EU-Bürgern, wenn die formellen und materiellen Voraussetzungen der Eheschließung vorliegen und der Eheschließungstermin zumindest feststeht;
- Risikoschwangerschaft der Mutter – für den Rest der Familie wird SER ausgeübt;
- nicht vorübergehend reiseunfähige minderjährige Kinder – für den Rest der Familie wird SER ausgeübt.
Keine Abschiebungsverbote i.S.d. Art. 8 GG und Art. 8 EMRK:
- beabsichtigte Eheschließung mit einem ausrelativen Ausländer

In denartigen Fällen ist im Einzelfall unter Berücksichtigung der Umstände immer abzuwägen. Im Zweifel kann das SER ausgebucht werden.

Besonderheiten bei minderjährigen Kindern:
Auch die Trennung minderjähriger Kinder von beiden personenberechtigten Eltern ist i.G.d. Art. 8 GG und Art. 8 EMRK nicht vereinbar.

Zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis hinsichtlich Familie:
Eine Sanktionierung kann aber auch ein zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis implizieren, wenn Familienmitglieder in zwei verschiedene MS überstellt werden sollen und eine Familienzusammenführung unzumutbar erscheint.

2.2 Schwangerschaft

Grundsatz:

Besonderheit bei Risikooshwangerschaft:
Abschiebeprozess kann in Übrigen nur bei Risikoschwangerschaften geltend gemacht werden, wenn die begründete Befürchtung einer erheblichen Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Schwangeren bzw. des Kindes im Zusammenhang mit der Abschiebung besteht. Dies muss jedoch durch ein Attest nachgewiesen werden. Anforderung an das ärztliche Attest in Bezug auf Risikoschwangerschaft:
- Zeitraum, in welchem die Reise ausgeschlossen ist
- Konkretisierung der Reisewege (d.h. ist ggf. nur eine Üst. auf dem Landweg möglich?)
- Ist eine ununterbrochene ärztliche Versorgung im Zielstaat erforderlich?
- Ggf. Medikation.

3. Reiseunfähigkeit – Allgemein

Die nachträgliche Überprüfung von auftretenden Abschiebungshindernissen obliegt 32C. Dies umfasst ebenfalls die bereits überprüften inlandsbezogenen Abschiebungsverbote.

Reiseunfähigkeit im weiteren Sinn:
Stellt die Abschiebung als solche – außerhalb des Transportvorganges – eine erheblich konkrete Gesundheitsgefahr für das Ausländer da, spricht man von Reiseunfähigkeit im weiteren Sinn.

Reiseunfähigkeit im engeren Sinn:
1. sich der Gesundheitszustand des Ausländer durch die Abschiebung wesentlich oder lebensbedrohlich verschlechtert und
2. nicht durch bestimmte Vorkenntnisse ausgeschlossen oder gemindert werden kann.
Austausch mit dem MS und Liaisonpersonal vor Ort:
Im Hinblick auf die fehlende oder nicht ausreichende medizinische Versorgung im MS sollte ein Austausch gemäß Art. 32 Dublin-III-VO stattfinden. Der betroffene MS sollte angefragt werden, ob er die medizinische Behandlung entsprechend den Bedürfnissen des Antragstellers gewährleisten kann. In Fällen, in denen Liaisonpersonal vor Ort ist, ist dieses frühzeitig mit einzubeziehen, damit ggfs. die Üst. nach entsprechenden Vorkehrungen durchgeführt werden kann.

Suizidgefahr bei Abschiebung
Grundsätzlich ist zuerst zu prüfen, ob die geplante Üst. durch entsprechende Vorkehrungen nicht trotzdem durchgeführt werden kann.

Zusammenarbeit Bundesamt und ABH bei Feststellung der Reisefähigkeit

Im Vorfeld der geplanten Überstellung:
In Bezug auf die Überprüfung der Reisefähigkeit bzw. sonstiger medizinischer Belange leisten die Ausländerbehörden im Vorfeld einer Üst. keine Amts hilfe. Bei Vorbringen zur Reisefähigkeit und sonstigen medizinischen Belangen (z.B. Suizidgefahr, die krankheitsbedingte Abschiebungshindernisse darstellen können, müssen externe sachkundige Ärzte, Amtärzte oder Fachstellen beauftragt werden.

In diesem Zusammenhang wird auf die DA Asyl - Kapitel „Ärztliche und psychologische Unterlagen“ verwiesen, wonach eine Weiterleitung der Unterlagen gem. § 8 Abs. 3 Nr. 4 AsylG an die zuständigen Ausländerbehörde zu erfolgen hat.

Vorgehensweise:
Der zuständige SB formuliert einen konkreten Untersuchungsauftrag an einen Facharzt. Der Untersuchungsauftrag an den Arzt oder Amtsarzt muss sich auf Fragestellungen medizinischer Natur beschränken und soll sich auf den Antragsteller beziehen. Ausführungen zu der Behandlbarkeit in anderen MS sind nicht anzufordern und sollen auch bei der Beurteilung durch den Arzt keine Rolle spielen.

Abschiebungshindernisse
Stand 11/18

Der zuständige SB identifiziert in eigener Recherche ein kommunales Gesundheitsamt oder einen geeigneten niedergelassenen Facharzt und kontaktiert im Einzelfall die zuständige ABH mit der Bitte um Benennung von geeigneten niedergelassenen Ärzten oder Amtärzten.

Die Versendung des Untersuchungsauftrags erfolgt mittels Formular D1574, wobei ggf. die Einbindung eines Dolmetschers, der an dem Arzttermin überstellt, ebenfalls sicherzustellen ist.

Zusätzlich zur Versendung des Untersuchungsauftrags wird dem Facharzt das Formular D1559 zur Einbringung der ärztlichen Schweigepflicht weitergeleitet, welches der Ausländer vor der Untersuchung zu unterschreiben hat. Es ist dem Arzt mitzuteilen, dass eine Untersuchung nur nach Unterschrift zur Einbringung der ärztlichen Schweigepflicht erfolgen soll.


Bei Feststellung der Reisefähigkeit durch den beauftragten Arzt ist das Dublin-Verfahren gemäß der DA fortzuführen.


Kostentragung:
Der zuständige Sachbearbeiter in Referat 32C leitet sämtliche Rechungen, wie zum Beispiel Arztrechnung, Fahrtkosten des Antragstellers etc., nach Prüfung der sachlichen Richtigkeit an Referat 31D weiter, wo die Rechnung rechnerisch richtig ge-
zeichnet und zur Zahlung angewiesen wird. Bitte beachten: Dormetscherrechnungen sind nach Zeichnung der sachlichen Richtigkeit an Referat 31E zu senden.

Das Bundesamt übernimmt sämtliche Kosten, die in Zusammenhang mit der Beauftragung von Ärzten zur Feststellung der Reisefähigkeit oder sonstiger gesundheitlicher Fragestellungen, die vorab zu klärende Abschiebungshindernisse betreffen, stehen. Kosten im Rahmen von Vollzugshindernissen werden durch das Bundesamt übernommen, wenn Referat 32C diese selbst beauftragt.

Für die im Rahmen eines Abbruchs am Tag der Überstellung entstehenden Kosten (bspw. medizinische Untersuchungen nach einem gescheiterten Vollzug) muss die zuständige Ausländerbehörde nach § 71 AufenthG auftreten.

Leistet Behörden dasselben Rechtskränges einander Amtshilfe, so werden die Auslagen nicht erstattet (§ 8 Abs. 1 S. 3 VwVfG).

Bei Nichterscheinen des Antragstellers beim Arzt forscht der Sachbearbeiter nach, ob Entschuldigunggründe vorliegen, und entscheidet ggf. nach Aktenlage.

Am Tag der Überstellung:

4. Praktische Umsetzung in den Dublinzentren bzw. Außenstellen

Dauerhafte Abschiebungshindernisse und Abschiebungsverbote
Wenn zum Zeitpunkt der Entscheidung über das Dublin-Verfahren festzustellen ist, dass Abschiebungshindernisse bzw. Abschiebungsverbote nach § 80 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG über das Ende der Frist gemäß Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO hinaus vorliegen, ist das SER auszuteilen und die Akte an die zuständige Außenstelle/das zuständige Ankunftszenrum zur Bearbeitung im nationalen Verfahren weiterzuleiten.

Vorübergehende Abschiebungshindernisse und Abschiebungsverbote nach § 80 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG
In Einzelfällen kann es passieren, dass eine Abschiebung wegen eines vorübergehenden zielstaatsbezoenen Abschiebungshindernisses (bei unzulässigen Asylanträgen nach § 80 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG) oder eines vorübergehenden Inlandsbezoenen Abschiebungshindernisses (z.B. Schwangerschaft, vorübergehende Krankheit), das zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegt und nicht über das Überstellungsfristende hinausgeht, nicht durchgeführt werden kann.

a) Bei Asylantragstellung:
Fällt in diesen Fällen das Abschiebungshindernis/verbot innerhalb der Überstellungsfrist voraussichtlich weg (Fristende sechs Monate nach Zustimmung), ist eine Abschiebungsandrohung (bei unzulässigen Asylanträgen nach § 34 a Abs. 1 S. 4 AsylG) zu ersetzen (D 135 (a,b)). In diesen Fällen ist die Rechtsbehelfsbelehrung A zu verwenden.

Liegen vorübergehende inländische Abschiebungshindernisse vor, die kein Abschiebungsverbot nach § 80 Abs. 5 oder Abs. 7 begründen, ergibt ein Dublinbescheid, in dem die Abschiebung anzuordnen und explizit festzustellen, dass ein Abschiebungsverbot nach § 80 Abs. 5 oder Abs. 7 nicht vorliegt. Es ist jedoch im Bescheid auszuführen, dass ein vorübergehendes inländisches Abschiebungshindernis vorliegt.

Mit Erlass der Androhung geht die Zuständigkeit für die weitere Prüfung von Abschiebungsverboten und - hindernissen auf die Ausländerbehörde über (§ 60 a AufenthG).

Mit Wegfall der Voraussetzungen des Abschiebungsverbots leitet die Ausländerbehörde die Ost ein.

Fällen die Voraussetzungen für das Vorliegen eines Abschiebungsverbots wider Erwarten nicht weg, ist mit Ablauf der Überstellungsfrist das nationale Verfahren einzuleiten. Der Dublinbescheid ist aufzuheben.

b) Vorgehen bei Aufgriffsfragen ohne Asylgesuch:
In Fällen eines vorübergehenden Abschiebungshindernisses, das vor Bescheiderstellung bekannt wird, ist der Bescheid vorerst nicht zu erlassen und der Ablauf des vorliegenden temporären Abschiebungshindernisses abzuwarten.
In Aufgriffsfällen werden wie bisher ebenfalls sämtliche zielstaats- und inlandsbezogenen Abschiebungshindernisse geprüft, jedoch nicht gesondert tenorisiert.

c) Gegenüberstellung der Vorgehensweise bei Asylantragstellung und Aufgriffsfällen ohne Asylgesuch

<table>
<thead>
<tr>
<th>Inlandsbezogenes Abschiebungshindernis</th>
<th>Aufgriffsfall ohne Asylgesuch</th>
<th>Fälle, in denen ein Asylantrag gestellt wurde</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Wird geprüft, nicht gesondert tenorisiert</td>
<td>Wird geprüft, nicht gesondert tenorisiert</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Zielsstaatsbezogenes Abschiebungshindernis</th>
<th>NEU: Wird als Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 geprüft und das Nichtvorraten von Abschiebungsverboten wird tenorisiert</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Wird geprüft, nicht gesondert tenorisiert</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Vorübergehendes inlandsbezogenes Abschiebungshindernis</th>
<th>Aufgriffsfall ohne Asylgesuch</th>
<th>Fälle, in denen ein Asylantrag gestellt wurde</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Vorerst kein Bescheid erstellen, bis vorübergehendes Abschiebungshindernis entfällt, es ergeht eine Anordnung</td>
<td>Würdigung im Bescheid, Feststellung, dass keine Abschiebungsverbote nach § 50 V oder 60 VII AufenthG vorliegen (Tenor), es ergeht eine Androhung</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Vorübergehendes zielstaatsbezogenes Abschiebungshindernis | Vorerst kein Bescheid erstellen, bis vorübergehendes Abschiebungshindernis entfällt, es ergeht eine Anordnung | Würdigung im Bescheid, Feststellung, dass keine Abschiebungsverbote nach § 50 V oder 60 VII AufenthG vorliegen (Tenor), es ergeht eine Androhung |

Abschiebungshindernisse Stand 11/18
Anfragen

1. Anfragen an 32A

2. Anfragen an die MS
s. Kapitel „Informationsersuchen/Info Request“

3. Anfragen an das Liaison personal
Anfragen können sowohl an das Liaisonpersonal (LP) des Bundesamtes in den Partnerbehörden als auch an das LP aus den Partnerbehörden im Bundesamt gerichtet werden. Der Weg über das LP sollte grundsätzlich auf die Verfahren beschränkt sein, die sonst nur schwer oder aufwändig zu lösen sind und deshalb der Vermittlung des LP bedürfen.
Grundsätzlich ist für die Ermittlung des Verfahrensstands bzw. des Schutzstatus im MS ein Info Request über DublNET an den jeweiligen MS zu stellen. Sollte der MS innerhalb von fünf Wochen antworten, oder ist die Anfrage im Hinblick auf ablaufende Fristen, kann eine Nachfrage an das LP erfolgen. Folgende Angaben sind, soweit vorhanden, anzugeben:
- Personalausweis, auch Alias (Name, Vorname, Geburtsdatum/ort, Staatsangehörigkeit)
- EUROCACE-Treffen und Datum des Asylantrags im MS
- Zustimmung/Ablehnung des MS
- Bereits gestelltes Info Request

Antrag auf internationalen Schutz (Begriffsbestimmung)

1. Antrag auf internationalen Schutz i.S.d. Dublin III-VO
Ein Antrag auf internationalen Schutz gilt als gestellt, wenn der mit der Durchführung der sich aus der Dublin III-Verordnung ergebenden Verpflichtungen betrauten Behörden (hier: BAMF) erstmals ein Schriftstück zugegangen ist, das von einerBehörde erstellt wurde und bescheinigt, dass eine Person um internationalen Schutz ersucht hat (Asylgesuch) oder gegebenenfalls, wenn ihr nur die wichtigen, in einem solchen Schriftstück enthaltenen Informationen (und nicht das Schriftstück selbst oder eine Kopie davon) zugegangen sind.

Aufgriffsfälle ohne Asylgesuch: Es wurde kein Asylgesuch geäußert, jedoch liegt ein Eurodac-Treffen der Kat. 1 eines anderen Mitgliedstaates vor.


Wöchentlich wird eine Voraktenliste von Referat 32B oder einem der Dublinzentren an die Dublinzentren geschickt, welche anschließend die Vorakten, bei denen innerhalb von zwei Wochen die Frist zum Umlauf eines Übernahmesuchens abläuft, herausfiltern. Um frühzeitig ein Übernahmesuchens stellen zu können, werden die Vorakten im jeweiligen Dublinzentrum im Aufgriffsakten um- protokolliert.

Anfragen Stand 05/17
Antrag auf internationalen Schutz Stand 11/18
2. Antrag auf internationalen Schutz i.S.d. AsylG
Das AsylG unterscheidet zwischen dem Asylantrag gem. § 13 AsylG und dem förmlchen Asylantrag gem. § 14 AsylG. Mit jedem Asylantrag wird die Anerkennung als Asylberechtigter sowie internationaler Schutz i.S.d. § 14 Abs. 1 AsylG beantragt.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Antrag auf intern. Schutz</th>
<th>Dublin II-VO</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>gilt als gestellt, mit Kenntnis des BAMF vom Asylantrag</td>
<td>§ 14 AsylG</td>
</tr>
<tr>
<td>Antrag auf intern. Schutz</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>gilt als gestellt, mit förml. Antragstellung beim BAMF</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Antragsrücknahme

1. Allgemeines

Definition Antragsrücknahme

Antragsrücknahme im Dublin-Verfahren
Liegt ein wirksam gestellter Asylantrag vor, so kann dieser bis zum Eintritt der Bestandskraft des Bundesamtsbescheides vom Antragsteller zurückgenommen werden. Die Antragsrücknahme kann persönlich oder auch schriftlich erfolgen (siehe DA-Asyl Rücknahme von Asylanträgen).

Bei einer Rücknahme stellt das Bundesamt gem. § 32 S. 1 Hs Asylgesetz (AsylG) fest, dass das Asylverfahren eingestellt ist (siehe DA-Asyl). Dabei bezieht sich die Rücknahme ausschließlich auf den im Bundesrepublik Deutschland gestellten Asylantrag. Die Rücknahme hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf das Dublin-Verfahren (vgl. Art. 18 Abs. 1 lit. c Dublin III-VO).

2. Wirkung der Rücknahme im Dublin-Verfahren

<table>
<thead>
<tr>
<th>Verfahrensstand</th>
<th>Rücknahme des Asylantrages</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Übernahmeeinsuchen wurde noch nicht gestellt oder Übernahmeeinsuchen wurde gestellt, Zustimmung liegt noch nicht vor, bzw. die Antwortfrist ist nach nicht abgelaufen</td>
<td>1.) Bei Vorliegen keines weiteren Asylantrages im Hohheitsgebiet der MS – Kastrat-Urteil: Mit Urteil vom 03.05.2012 hat der EuGH in der Rechtsnache C-620/10 (Migrationsverbot gegen Kastrat) entschieden, dass die Dublin-Verordnung nicht mehr anzuwenden sei, wenn die Rücknahme des (einzigen) Asylantrages erfolgte, bevor der für die Prüfung dieses Antrages zuständige MS der Aufnahme des Antragstellers zugestimmt hat.</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Dies gilt auch für die Rücknahme eines Asylantrags, bevor ein formaler Asylantrag gestellt wurde.

- Der zuständige Sachbearbeiter des jeweiligen Dublinzentrums informiert den MS und die ABH über den Abbruch des Verfahrens und die Übernahme ins nationale Verfahren.
- Dem MS ist mitzuteilen, dass dieser nicht (mehr) zuständig ist. Hierzu muss im Schreiben D0309 unter „sonst. Gründe“ angegeben werden: „Asylantrag wurde in DE zurückgenommen/Application was withdrawn in DE.“
- Im Anschluss ist die Akte vom zuständigen Sachbearbeiter des jeweiligen DZ an den AVS-L der jeweils zuständigen Außenstelle zu leiten. Der SB in der zuständigen AS erstellt dann einen Einstellungsbescheid gem. § 32 AsylG (siehe DA-Asyl).

2. Bei Vorliegen eines weiteren Asylantrags oder mehrerer Asylanträge im Heiratsgebiet der MS:
- Das Verfahren ist an das jeweils zuständige DZ zur weiteren Bearbeitung weiterzuleiten.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Zustimmung liegt vor</th>
<th>Bescheid wurde noch nicht erstellt oder bereits erstellt, aber noch nicht in die Zustellung gegeben</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>- Der zuständige Sachbearbeiter im jeweiligen DZ führt das Dublin-Verfahren weiter. Der Bescheid D180 ist zu verwenden (Dublin-Verfahren; Einstellung).</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bescheid wurde bereits versandt, aber noch nicht zugestellt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>- Es ist durch den zuständigen Sachbearbeiter im jeweiligen DZ ein Anderungsbescheid zu erstellen; darin ist die Ziffer 1 (Unzulässigkeitsanmerkung) des bestehenden Bescheids aufzuheben und die Ziffer 1 (Einstellung des Verfahrens) des Bescheides D180 (Dublin-Verfahren; Einstellung) zu korrigieren. Die übrige Tenorierungs des ursprünglichen Bescheides bleibt bestehen.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- Eine Rücknahme des Antrages ist ab diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich.
- Der Bescheid wird nicht aufgehoben.
- Der zuständige SB im jeweiligen DZ informiert die ABH über die Rücknahme des Antrages und führt das Dublin-Verfahren weiter (Voroom-Verteilung der Oberstelle).
Antwort des ersuchten MS

1. Zustimmungen

1.1. Arten der Zustimmung

1.1.1. Zustimmung liegt fristgemäß vor
Gemäß Art. 28 Dublin III-Vo sowie § 34 a Abs. 1 S. 1 AsylG kann nunmehr der Dublin-Beschuld erstellt werden. Dazu ist die allgemeine Bescheidvorlage (D0045) zu verwenden.


1.1.2. Zustimmung durch Fristablauf
Gemäß Art. 22 Abs. 7 bzw. Art. 25 Abs. 2 Dublin III-Vo ist davon auszugehen, dass dem Ersuchen stattgegeben wird, wenn innerhalb der Antwortfrist keine Antwort durch den MS erteilt wird. In diesen Fällen wird in der Regel ein Verfristungsschreiben (D0847) an den MS versandt. Dieses ist nicht zwingend vorgeschrieben, es empfiehlt sich jedoch, dieses Schreiben zu versenden.

1.2. Bindung einer Zustimmung
Grundsätzlich bindet die einmal gegebene Zustimmung (auch die durch Fristablauf). Eine Ablehnung, die verspätet eingeht, wird nicht akzeptiert.

Ausnahme: Fiktive Zustimmung und nachträgliche Ablehnung wegen Gewährung internationalen Schutzes (siehe Punkt 2.6)

1.3. DÜ-Fristenvermerk und Fristenberechnung
S. Kap. Fristen

1.4. Erfassung in MARIS
Die Zustimmung aus den MS ist durch das VSD in MARIS zu erfassen, indem sowohl die eingegangene E-Mail, als auch das Dokument selbst (D0597) als Mappe in MARIS importiert werden. Diese Mappe ist an den zuständigen SB-Dublin zu versenden.


2. Ablehnungen

2.1. Ablehnung des ersuchten MS
Vertritt der ersuchte MS nach Prüfung der Unterlagen die Auffassung, dass sich aus ihnen nicht seine Zuständigkeit ableiten lässt, erläutert er in seiner ablehnenden Antwort an den ersuchenden MS ausführlich sämtliche Gründe, die zu der Ablehnung geführt haben (Art. 5 DVO 118/2014).

2.2. Remonstration
Wird angenommen, dass die Ablehnung des MS auf einem Irrtum beruht oder zusätzliche Unterlagen vorgelegt werden, kann eine erneute Prüfung des Ersuchens verlangt werden (s. Kap. Remonstration).

2.3. Ablehnung nach Verfristung

(siehe auch: Punkt 1.2 Bindung einer Zustimmung)

2.4. Ablehnung mit Verweis auf dritten MS
Lehnt ein MS mit Verweis auf die Zuständigkeit eines dritten MS ab, so ist mit diesem MS ein weiteres Dublin-Verfahren durchzuführen. Die Ablehnung des zunächst ersuchten MS gilt als Beweismittel. Die Frist zum Stellen des weiteren Ersuchens beträgt drei Monate ab dem Zeitpunkt der Äußerung des Asylgesuches in DE, da sich das neue Ersuchen auf andere Beweismittel als die EURODAC-Treffernachmeldung stützt.

Dem Ersuchen ist neben allen vorhandenen EURODAC-Treffen auch die Ablehnung des zunächst ersuchten MS beizufügen. Liegt von dem dritten MS kein EURODAC-Treffen vor, so sind dem Ersuchen neben der Ablehnung des zunächst ersuchten MS alle anderen vorhandenen EURODAC-Treffen und das Fingerabdruckblatt beizufügen.

2.5. Ablehnung aufgrund von Gewährung von internationalem Schutz


2.8. Fiktive Zustimmung und nachträgliche Ablehnung wegen Gewährung internationalen Schutzes


2.7. Unterschiedliche Gründe für die Zuständigkeit eines MS bei Familien

Hat ein Familienangehöriger in einem MS eine Anerkennung internationalen Schutzes, so wird für diesen in der Zuständigkeit der Außenstelle ein Drittstaatenbescheid erlassen. Für die anderen Familienangehörigen kann die Dublin III-VO anwendbar bleiben, wenn für sie in dem MS kein Schutz gewährt wurde.

2.8. Erfassung in MARiS

Die Ablehnung aus dem MS ist durch das VSD als Schriftstück in MARiS zu erfassen, indem sowohl die eingegangene E-Mail als auch das Dokument selbst als E-Mail in MARiS importiert werden. Bei der Beschreibung des Dokuments ist zu unterscheiden, ob es sich um eine Ablehnung aufgrund internationalen Schutzes (D1392) oder eine Ablehnung aus anderen Gründen (D0398) handelt. Die Mappe ist an den zuständigen Dublin-SB zu senden.

Anwendungsbereich der Dublin III-Verordnung

Anwendung der Durchführungsverordnung und der EURODAC-Verordnung

Rechtsgrundlage

Weitere Verordnungen zur Bestimmung des zuständigen Staates sind:

Territorialer Anwendungsbereich
Die Dublin III-VO ist in allen 28 MS und in den vier assoziierten Staaten (Norwegen, Liechtenstein, Island und Schweiz) anwendbar. Die Dublin III-VO ist unmittelbar gelendes Recht in der EU.

Materieller Anwendungsbereich
Die Dublin III-VO stellt eine reine Regelung zur Zuständigkeitsbestimmung dar, deren Zweck es ist, jedem Antragsteller die Durchführung eines Verfahrens zur Feststellung internationalen Schutzes in einem der MS (Dublin-Gebiet) zu garantieren und die Durchführung mehrerer Verfahren in den MS zu vermeiden.

Die Dublin III-VO findet auf Drittstaatsangehörige und Staatenlose, die einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben (Asylantrag und/oder Antrag auf Feststellung des Vorliegens europäischen subsidiären Schutzes, vgl. Art. 1 und 2 Buchstaben a, b und c Dublin III-VO) Anwendung, d.h. auf Personen, die mindestens einen Antrag auf internationalen Schutz in einem MS gestellt haben.

Anwendungsbereich der Dublin III-Verordnung
Stand 07/18

Anwendungsbereich der Dublin III-Verordnung
Stand 07/18

Sie findet keine Anwendung
- auf anerkannte Flüchtlinge im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK)
- auf Antragsteller, die europarechtlichen subsidiären Schutz erhalten haben
- bei Erlass der Zuständigkeit, sobald der für die Prüfung des Antrags zuständige MS den Antragsteller in sein Heimatland oder Drittstaat abgesohben hat (Art. 19 Abs. 3 S. 1 i.V.m. Art. 18 Abs. 1 c oder d Dublin III-VO).
Austausch von Personaldokumenten zwischen den Mitgliedstaaten

Personaldokumente, die sich noch in einem anderen MS befinden, können mittels Informationsersuchen angefordert werden (siehe Kapitel Ersuchen an den MS). Eine schriftliche Zustimmung des Antragstellers nach Art. 34 Abs. 3 Dublin III-VO ist in diesen Fällen nicht erforderlich.

Ausnahme Polen:
Die Anforderung von Personaldokumenten durch die ABH oder die Dublinreferate erfolgt in diesen Fällen über das Referat 31D per E-Mail. Die Personaldokumente werden von Polen an das Referat 31D per Diplomatenpost versandt. Das Referat 31D leitet die Personaldokumente direkt an die ABH oder die Dublinreferate weiter.
Beendigung des Dublinverfahrens

Das Dublinverfahren kann auf unterschiedliche Weise, entweder durch Abbruch oder Erledigung, beendet werden. Nachfolgend werden die einzelnenFallkonstellationen aufgezeigt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellation</th>
<th>Vorgehen bei Beendigung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Berechtigte, entscheidende Ablehnung des MS bei erfolglosem Remonstrationsverfahren, wenn kein Hinweis auf die Zuständigkeit eines anderen MS gegeben ist.</td>
<td>Das Dublinverfahren ist beendet. Die Ablehnung des MS ist durch den zuständigen SB des jeweiligen DZ in den Dublindaten zu erfassen.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Vorliegen von Abschiebungs- hindernissen in Aufgrifffällen ohne Asylgesuch, durch die eine Überstellung innerhalb der Überstellungsfrist nicht mehr erfolgen kann:


Die Frist zum Stellen eines Übernahmesuchens ist bereits abgelaufen:

- Deutschland ist für die Prüfung des Asylantrags zuständig geworden. Ein Ersuchen wird nicht gestellt. Es ist ein Aktenermerk (Schriftstück D0272) zu fertigen und die Akte ins nationale Verfahren zu geben. |

Der Antragsteller reist freiwillig in den zuständigen MS aus:

- Das Dublinverfahren ist erlöst. Nach Vollzug der Abschlussarbeiten ist die Akte in die BK- bzw. RK-Ablage zu senden. Siehe hierzu das Kapitel Freiwillige Ausreise in den zuständigen MS. |

Der Antragsteller reist freiwillig ins Herkunftsland aus:

- Das Dublin-Verfahren wird nicht abgebrochen (vgl. hierzu das Kapitel Antragstrücknahmen und Freiwillige Ausreise in das Herkunftsland).
**Bescheide und Bescheiderstellung**

1. **Ablauf bei Bescheiderstellung**

Vor der Bescheiderstellung ist sicherzustellen, dass zum einen die Zuständigkeit durch Zustimmung (explizite Zustimmung oder fiktive Zustimmung) auf den ersuch-ten Mitgliedstaat übergegangen ist. Die Anhörung zur Zulässigkeit (nach Art. 6 Dublin III VO) ist immer im Bescheid zu wiedergeben (siehe Kapitel *Persönliches Gespräch*).

Des Weiteren sind bei der Bescheiderstellung die Abschiebungshindernisse zu überprüfen (siehe Kapitel *Abschiebungshindernisse*).

2. **Bescheiderstellung bei Anträgen auf internationalen Schutz und Haftfällen**

   **D130 (a, b)** Dublinverfahren; unzulässiger Asylantrag; Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

   **D135 (a, b)** Dublinverfahren; unzulässiger Asylantrag; temporäres Abschiebungshindernis (nicht über D-Stufe hinaus); Abschiebungsandrohung in DÜ-Staat

   **D136 (a, b)** Dublinverfahren; unzulässiger Asylantrag (nachgeboreses Kind); Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

   **D160 (a, b)** Dublinverfahren; Folgeantrag; bestandskräftiges Erstverfahren war DÜ-Verfahren; Überstellung ist noch nicht erfolgt; Abschiebungsanordnung noch vollziehbar

   **D161 (a, b)** Dublinverfahren; Folgeantrag (nur nationales Erstverfahren); Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

   **D162 (a, b)** Dublinverfahren; Folgeantrag (nur nationales Erstverfahren); Abschiebungsandrohung in DÜ-Staat

   **D166 (a, b)** Dublinverfahren; Folgeantrag (Erstverfahren war DÜ-Verfahren); Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

   **D167 (a, b)** Dublinverfahren; Folgeantrag (Erstverfahren war DÜ-Verfahren); Abschiebungsandrohung in DÜ-Staat

   **D180 (a, b)** Dublinverfahren; Einstellung; Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

Weitergehende Hinweise zur Bescheiderstellung finden Sie in den MARIS Benutzerhinweisen.

3. **Aufgriffsfälle mit Asylgesuch**

   3.1. **Asylgesuch, kein förmlicher Antrag**

   **D131 (a, b)** Dublinverfahren; Asylgesuch, aber noch kein förmlicher Antrag, nach § 14 AsylG; unzulässiger Asylantrag; Abschiebungsanordnung in DÜ-Staat

   Der Bescheid ist ausschließlich zu erstellen, wenn zum Zeitpunkt der Zustimmung des angefragten MS ein Nachweis in der Akte vorhanden ist, dass kumulativ vorliegt:

   - Aushändigung von Dublin-Merkblättern
   - Belehrung nach § 20 AsylG

   Die Belehrungen müssen vom Antragsteller nicht unterschrieben sein. Ein Vermerk in der Aufgriffsmeldung der BPOL ist ausreichend.

   Die Belehrung gem. Art. 29 EUROPAC II-VO obliegt der aufgreifenden Stelle, die die erkenntnisdienstliche Behandlung durchgeführt. Ein Nachweis über die ordnungsgemäße Belehrung in der Akte ist daher nicht erforderlich.
Sollten die entsprechenden Belehrungen nicht vorliegen, ist die Akte mit dem Zusatz „nicht-entscheidungsfertig“ und einem Fristenvermerk bezüglich des Ablaufs der Oberstellungsfrist bis zum Ende der Oberstellungsfrist in die Wiedervorlage zu senden. Läuft die Oberstellungsfrist ab, ohne dass zwischentzeitig eine förmliche Antragstellung erfolgte oder die erforderlichen Belehrungen in die Akte aufgenommen werden konnten, ist das Dublinverfahren abzubrechen und die Akte in das Archiv zu senden.

3.2. Förmliche Asylantragstellung nach noch nicht rechtskräftiger Ablehnung des Asylgesuchs

D132 (a, b)  
Dublinverfahren; Ergänzungsbescheid; förmliche Asylantragstellung nach noch nicht rechtskräftiger Ablehnung des Asylgesuchs; Überstellung ist noch nicht erfolgt; Abschiebungsanordnung noch vollziehbar


In der Entscheidungsmaske ist einzuzeigen:
- Art. 16 a nicht erforderlich Dublin
- § 3 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
- § 4 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
- Abschiebungsanordnung in sicherem Drittstaat noch gültig

Die erste Entscheidung (1271) ist aus staatslichen Gründen in der Entscheidungsmaske zu stornieren. Der zuständige SB vermerkt zudem im Betrefffeld der Akte, dass eine bestandskräftige Abschiebungsanordnung vorliegt.

4. Aufgriffsfälle ohne Asylgesuch

D140 (a, b)  
Dublinverfahren; Aufgriffsfall

D141 (a, b)  
Dublinverfahren; Aufgriffsfall (nachgeborenes Kind); Abschiebungsanordnung in DU-Staat

D145 (a, b)  
Dublinverfahren; Ergänzungsbescheid; Aufgriffsfall, unzulässiger Asylantrag; Abschiebungsanordnung in DU-Staat

Für die Bescheiderteilung wird kein Nachweis über die Belehrung gem. Art. 29 EURODAC II-VO in der Akte benötigt, da die Belehrung der aufgreifenden Stelle ob-
liegt, die die erkrankungsdienstliche Behandlung durchführt. Zur Frage der weiteren Verfahrensweise bei fehlenden erforderlichen Belehrungen siehe 3.1.

Stellt ein Ausländer, der bislang kein Schutzensuchende in Deutschland gestellt hat, nach Erstellung des Dublinbescheides (Aufgriffsbescheid) einen Antrag auf internationales Schutz, erfolgt die Umsetzung der Voraussetzungen im Aufgriffssfall in den Verfahrenswege „Asylantrag“ (dokumentiert im Prozess-Schritt „Photo“) der jeweils zuständigen Außenstelle. Das Dublin-Verfahren wird in der Asylakte fortgesetzt und es ergibt ein Ergänzungsbescheid zum Schutzensuchen mit dem Tenor: „Der Asylantrag wird als unzulässig abgelehnt, Abschiebungsverbote liegen nicht vor“ und Rechtsbehelfsbelehrung „A“.

5. Aufhebung bescheid

D 185 (b) Dublinverfahren; Bescheidaufhebung

Falls sich nach Erfassung des Dublinbescheides herausstellt, dass eine Überstellung nicht möglich ist (z.B. dauerhaftes Vollstreckungshindernis, Überstellungsfrist verstrichen) oder SER ausgeführt wird, gilt folgendes:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Sachstand</th>
<th>Vorgehen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Dublinbescheid ist bestandskräftig</td>
<td>Bei Antragstellung in Deutschland wird die Akte durch Referat 32C an die aktionäre AS (AVS-L) weitergeleitet. Im Aufgriffssfall wird die Akte durch Referat 32C an die dem Wohnort des Ausländer nächstes AS (AVS-L) weitergeleitet. Die Prüfung, ob der Dublinbescheid separat oder im Rahmen des Asylbescheids aufgehoben wird, obliegt der zuständigen AS.</td>
</tr>
<tr>
<td>Dublinbescheid ist noch nicht rechtskräftig</td>
<td>Referat 32D – 32F informiert die Außenstelle über die Unmöglichkeit der Überstellung und den zugrundeliegen Sachverhalt.</td>
</tr>
</tbody>
</table>


6. Übersetzung der Entscheidungsformel und der Rechtsbehelfsbelehrung

dem erneuten Bescheid bei Ausdruck systemtechnisch bedingt automatisch die Übersetzung des „alten“, nicht mehr aktuellen Bescheides beigefügt.

7. Erneute Bescheidzustellung, wenn Antragsteller unbekannt verzogen (ubv)

s. DA Asyl, Kapitel Bescheide und DA AVS, Kapitel Zustellung.


Das Dublinverfahren in Kürze

- Bestimmung des zuständigen MS in Europa (insgesamt 32 Staaten) für die Durchführung des Asylverfahrens
- Neben den EU-Staaten sind auch Norwegen, Island, Schweiz und Lichtenstein ins Dublin-Verfahren eingebunden.

Rechtsgrundlage

- Verordnung (EU) Nr. 604/2013 (sog. Dublin III-VO) i.V.m. der Durchführungsverordnung zur Dublin III-VO und EURODAC-VO: Als Verordnungen sind sie unmittelbar geltendes Recht (im Gegensatz zu Richtlinien, die in nationales Recht umzusetzen sind).
- einzelne Rechtsvorschriften aus dem AufenthG und AsylG

Wesentlicher Inhalt

Die Verordnung legt die Kriterien und Verfahren fest, die bei der Bestimmung des MS, der für die Prüfung eines in einem MS gestellten Antrags auf Internationale Schutz zuständig ist, angewendet werden. Die Zuständigkeit richtet sich i.d.R. nach dem MS, der die größte Verantwortung für den Aufenthalt des Asylbewerbers in Europa hat durch:

1. Zuständigkeit für dessen Familienangehörige (Art. 9-11 Dublin III-VO)
2. Erteilung eines Aufenthaltsstatts oder Visums (Art. 12 Dublin III-VO)
3. Nichtverhinderung der illegalen Einreise (Art. 13 Dublin III-VO)
4. Ermöglichung der legalen, visafreien Einreise (Art. 14 Dublin III-VO)
5. Staat der ersten Antragstellung (= Auffangfabstand; in der Praxis häufigstes Kriterium), Art. 3 Abs. 2 UAbs. 1 Dublin III-VO

Verfahren

- Personliches Gespräch zur Bestimmung des zuständigen MS nach Antragstellung
- Bei der erkrankungsdienstlichen Behandlung werden die Fingerabdrücke genommen und u.a. mit der EURODAC- und VIS-Datenbank abgeglichen. Erhalt der Information über EURODAC-Treffen bzw. VIS-Treffen
Zur Feststellung des zuständigen MS gibt es zwei Verfahren: Aufnahmeverfahren (Take Charge) und Wiederaufnahmeverfahren (Take Back).

Ist der MS verantwortlich nach Ziff. 1–4, wird ein Take Charge-Verfahren durchgeführt, nach Ziff. 5 ein Take Back-Verfahren.

**Take Charge-Verfahren:**
Das Take Charge-Verfahren basiert auf Art. 21 i.V.m. Art. 8–15 Dublin III-VO.
Dieses Verfahren wird dann angewendet, wenn noch kein anderer Antrag auf internationales Schutz im Dublin-Gebiet gestellt wurde, außer dem Antrag in dem Staat, in dem der Ausländer sich aufhält.

BEO: A reist unerlaubt in Italien ein und stellt in Deutschland den ersten Antrag auf internationalen Schutz. Vor der materiellen Prüfung des Antrages wird geprüft, ob Deutschland überhaupt für die Durchführung des Asylantrages zuständig ist.
In diesem Fall ist dies zu verneinen, da der Ausländer aus einem EU-Staat kommt, Deutschland ist damit nicht zuständig.

**Take Back-Verfahren:**
Das Take Back-Verfahren basiert auf Art. 23 bzw. 24 i.V.m. Art. 18 Abs. 1 b–d) Dublin III-VO.
Art. 23 Dublin III-VO umfasst die Fälle, in denen in Deutschland erneut ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde, obwohl in einem (oder mehreren) MS bereits ein Antrag gestellt wurde.
Art. 24 Dublin III-VO umfasst die Fälle, in denen in Deutschland kein neuer Antrag gestellt wurde, jedoch bereits in einem (oder mehreren) MS ein Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde (sog. Aufgriffsfälle).

**Exkurs EUROPAC-Treffen:**
Grundsätzlich geht es in der EUROPAC-Verordnung darum, die Identität der Person festzustellen, die internationalen Schutz beantragt. Art. 34 Abs. 4 EUROPAC-VO erläutert die Kategorien mit Verweis auf die Artikel, die den Grund der Fingerabdrucknahme bezeichnen.

1) i.V.m. Art. 9 Abs. 1 EUROPAC-VO – Kategorie 1: Antrag auf internationalen Schutz im MS.
2) i.V.m. Art. 14 Abs. 1 EUROPAC-VO – Kategorie 2: Unerlaubte Einreise über eine EU-Außengrenze (z.B. Ukraine – Polen; Mittelmeer – Italien).
3) i.V.m. Art. 17 Abs. 3 EUROPAC-VO – Kategorie 3: unerlaubter Aufenthalt im MS des Aufgriffs.

Nach Fingerabdrucknahme werden diese digitalisiert verarbeitet. In DE läuft das Verfahren über das BKA. Von dort werden die Fingerabdrücke an die EUROPAC-Datenbank weitergeleitet und nach der Auswertung wird zurück über das BKA an das BAMF geschickt.

Wenn wir einen Asylantrag anliegen, stellen wir Fingerabdrücke der Kategorien 1 in der EUROPAC-Datenbank ein und erhalten zeitgleich die Treffer zu den Fingerabdrücken der Kategorien 1 und 2, die bereits in EUROPAC gespeichert wurden.

Im Falle eines Aufgriffs in Inland oder einer Einreise von MS zu MS, wird mit den Fingerabdruckdaten in der EUROPAC-Datenbank nach bereits gespeicherten Fingerabdruckdaten von der Person gesucht, also ob sie bereits internationale Schutz in einem anderen MS beantragt hat. Daher erhalten wir als Treffermeldung auch nur Kategorie 1 Treffer.

**Besonderheit ungebildete Minderjährige:**
Das persönliche Gespräch ist auch bei unbegleiteten Minderjährigen durchzuführen. Die für Minderjährige maßgeblichen Artikel sind Art. 6 und 8 Dublin III-VO, sowie die Erwägungsgründe 13, 14 und 16.

Hat ein Minderjähriger bereits in einem oder mehreren MS einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt und lebt keine Familienangehörigen im Aufenthaltsstaat oder einem anderen MS, so ist nach Rechtsprechung des EuGH vom 08.08.2013 (C-646/11) i.V.m. Art. 8 Abs. 4 Dublin III-VO der MS zuständig, in dem der letzte Antrag gestellt wurde, d.h. in dem Fall des Aufenthaltsstaat. Ein Dublin-Verfahren wird in diesen Fällen nicht durchgeführt.

Art. 8 Abs. 1–3 Dublin III-VO ermöglicht in Fällen von unbegleiteten Minderjährigen, diese mit ihren Familienangehörigen in anderen MS zusammenzuführen, sofern es dem Willen des Kindes dient. Aufgrund der besonderen Schutzbedürftigkeit von unbegleiteten Minderjährigen sind diese Fälle mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln.
Antwort des MS/ Zuständigkeitsübergang

Der MS erklärt seine Zuständigkeit mittels einer schriftlichen Zustimmung an den ersuchenden MS. Antwort der MS nicht fristgerecht auf ein Ersuchen, geht die Zuständigkeit auf ihn über (Zustimmungsfiktion, siehe nachfolgende Tabellen).

Fristen im Dublin-Verfahren

<table>
<thead>
<tr>
<th>Frühesten zum Stellen eines Ersuchens</th>
<th>Kein Haftfall, kein EURODAC-Treffer</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>EURODAC-Treffer</strong></td>
<td>Haftfall</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Back 2 Wochen nach Erhalt UE</td>
<td>1 Monat ab Stellung des Antrags (Art. 23 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Charge 2 Wochen nach Erhalt UE</td>
<td>1 Monat ab Stellung des Antrags (Art. 23 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Eintritt der Zustimmungsfiktion</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>EURODAC-Treffer</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Take Back</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Charge</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fristen für die Überstellung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Üblicherweise</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Back</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Charge</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Bescheiderstellung

Nach Zustimmung durch bzw. Zuständigkeitsübergang auf den anderen MS wird durch das Bundesamt des Bescheids angefordert (Vordrucke siehe Texthandbuch Dublin). Die Dublin-VO formuliert diese Notwendigkeit in Art. 25 Dublin III-VO.

Tatbestände:
1. Der Asylantrag wird als unzulässig abgelehnt (entfällt bei Aufhebungsfallen)
2. Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 des Aufenthaltsge setzes liegen nicht vor.
3. Die Abschiebung nach (*1) DU-Staat) wird angeordnet (Abschiebungsanordnung)
oder

Der Antragsteller wird aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieser Entscheidung zu verlassen. Sollte der Antragsteller die Ausreisefrist nicht einhalten, wird er (*1) DStaSt abgeschoben. Der Antragsteller kann auch in einem anderen Staat abgeschoben werden, den er einreisen darf oder der zu seiner Rückübernahme verpflichtet ist. (Abschiebungsandrohung)

4. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes wird auf (*2) Dauer in Monaten ab dem Tag der Abschiebung befristet.

Inhaltlich: Bestimmung des zuständigen MS, Prüfung von inländischen und zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen, Ermessensausübung hinreichend des Selbstentwurfsrechts, Prüfung der Abschiebungsverbote im Sinne von § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG: Festsetzung der Wiedereinreisessperr (§ 11 AufenthG, Ausführungen hierzu in der DA Asyl)

Informationen zu den einzelnen MS oder Falldiagnosen (z.B. systemische Mängel) werden ebenfalls im Texthandbuch Dublin als Textbausteine zur Verfügung gestellt.

**Exkurs Abschiebungsanordnung und Abschiebungsandrohung**

Regelmäßig wird im Dublin-Verfahren eine Abschiebungsanordnung nach § 34 a Abs. 1 S.1 AsylG erlassen. Wenn zum Zeitpunkt der Entscheidung über das Dublin-Verfahren festzustellen ist, dass Abschiebungshindernisse bzw. Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG über das Ende der Frist gemäß Art. 29 Abs. 2 Dublin-III-VO hinaus vorliegen, ist das SER auszüuben und im nationalen Verfahren zu entscheiden.

In Einzelfällen kann es passieren, dass eine Abschiebung wegen eines vorübergehenden zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernisses (bei unzulässigen Asylanträgen nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG) oder eines vorübergehenden inländbezogenen Abschiebungshindernisses (z.B. Schwangerschaft, vorübergehende Krankheit), das zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegt und nicht über das Überstellungsfristende hinausgeht, nicht durchgeführt werden kann. Fällt in diesen Fällen das Abschiebungshindemis-Verbot jedoch innerhalb der Überstellungsfrist voraussichtlich weg (Fristende sechs Monate nach Zustimmung), ist eine Abschiebungsandrohung (bei unzulässigen Asylanträgen nach § 34 a Abs. 1, S. 4 AsylG) zu erlassen.

**Rechtsbehelfe im Dublin-Verfahren**


**Sonderfall Haft**

In Art. 28 Dublin III-VO werden die Besonderheiten bei Dublin-Verfahren aufgeführt, wenn sich der Ausländer in Haft befindet. Die nationalen Regelungen sind in §§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 i.V.m. 2 Abs. 14 AufenthG dargelegt.

Für Haftfälle sind die DZ zuständig.

**Überstellung**

Für die Koordination der Überstellungen bei Aufgriff- und Haftfällen sowie von Verfahren aus den DZ (Referat 32D bis 32F) ist das Referat 32C zuständig.


**Das Dublinverfahren in Kürze**

**Stand 07/18**
Überstellungen aus dem MS nach Deutschland werden durch Referat 32B koordiniert. Für den Vollzug der Überstellungen sind die Ausländerbehörden bzw. die Bundespolizei zuständig; die entsprechenden Informationen und Termine sind an diese weiterzuleiten.

**Datenaustausch im internationalen Bereich**

**Anfragen mit Dublinbezug**

Für einen personenbezogenen Datenaustausch (schriftlich oder mündlich) im internationalen Bereich mit Dublin-Bezug ist die Gruppe DU zuständig.

Bezieht sich die Anfrage auf einen konkreten Einzelfall, so erfolgen die Datenübermittlung sowie die Korrespondenz mit den Mitgliedstaaten und den zuständigen Asylbehörden der Mitgliedstaaten durch die zuständigen Dublinzentren via Dublin-NET.

Die Kommunikation und der Datenaustausch in Anfragen mit grundsätzlicher Bedeutung für das Dublinverfahren aus den Mitgliedstaaten bzw. der Leitung der Dublin-Units erfolgt durch das Referat 32A („32A-Posteingang“).

Allgemeine Anfragen aus dem Ausland mit Dublinbezug können an das Referat 13C (Service-Center) zur Beantwortung weitergeleitet werden. Presseanfragen aus dem Ausland mit Dublinbezug sind an das Referat LS2 weiterzuleiten.

Anfragen an das Ausland mit Dublinbezug werden ebenfalls durch die Gruppe 32 gestellt. Für einzelfallbezogene Anfragen sind die Dublinzentren zuständig.

Bezüglich Anfragen aus dem Ausland bzw. an das Ausland in Drittstaatenkonstellationen wird auf die DA Asyl verwiesen.
Drittstaatenregelung

Die Dublin III-VO findet keine Anwendung, wenn der Antragsteller bereits in einem anderen MS der EU internationaler Schutz (Flüchtlingsschutz i.S.d. GFK oder subsidiärer Schutz) gewährt wurde. Der Antrag auf internationalen Schutz in Deutschland ist hiermit unzulassig. In diesen Fällen ist die Akte an die Außenstelle abzugeben und im nationalen Verfahren ein Drittstaatenbescheid zu erteilen.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte der DA Asyl. Kapitel „Drittstaatenregelung“ und „Unzulässige Asylanträge“.

DublinNET

1. Allgemeines

DublinNET ist ein gesichertes, elektronisches Netzwerk für die Kommunikation zwischen den MS im Rahmen des Dublin-Verfahrens. Die Umsetzung beruht auf Art. 35 Abs. 4 Dublin III-VO sowie Art. 15, 18 - 21 DVO. Die Erasurenden und die Antworten sowie der gesamte Schriftverkehr zwischen den MS mit Blick auf die Anwendung der Dublin III-VO werden über DublinNET übermittelt.

Grundsätzlich gilt, dass sämtlicher Schriftverkehr zwischen den MS nur über DublinNET erfolgt. Im Falle mehrjähriger, technischer Probleme mit DublinNET und sofern Freistellungen einen Faxversand möglich.

2. Bearbeitung des DublinNET-Posteingangs


Für eine reibungslose und fristgerechte Bearbeitung des Dublinverfahrens ist es unerlässlich, dass jedes Referat seinen Posteingang tagesaktuell bearbeitet. Wie und
durch wen die Überwachung der Posteingänge in den Referaten sichergestellt wird, hat die jeweilige Referatsleitung zu regeln.


3. Erstellen und Versenden einer DubiNET-Mail

3.1 Versand über MARIS

Über „Erstellen (Dubinet)“ können aktuell nur die Formblätter für das Aufnahmeersuchen (Take Charge), das Wiederaufnahmearsuchen (Take Back) und das Informationsersuchen (Info Request) erstellt und direkt aus MARIS versandt werden.

3.2 Versand über Outlook

Weitere Schritte müssen in MARIS generiert und anschließend über Outlook versandt werden. Wird ein bereits erstelltes Aufnahmearbeis, Wiederaufnahme- oder Informationssuchen erneut versandt, kann dieses nicht aus MARIS heraus, sondern muss über Outlook versandt werden.

Dabei ist in jedem Fall die Einhaltung der Regeln für den Betreff (s.u.) zu beachten, da nach Eingang im MS ansonsten keine technische Verarbeitung sichergestellt werden kann.

Dubinet

Stand 11/17

3.3 Betreff der DubiNET-Mail

Nach Erstellen der Mail-Nachricht klicken Sie unter dem Reiter „Optionen“ auf das Feld „Anzeigen aus“. Dann erscheint in der Mail das Absender-Feld „Von“. In der Adressliste suchen Sie nach DublinDE1 und übernehmen diese Adresse. Im Feld „An“ ist die DubiNET-Adresse des MS einzutragen.

Im Betreff-Feld ist gem. Art. 20 DVO Folgendes einzutragen:
- bei Take Charge (Aufnahmeersuchen): DEDUB1 + dt. Az
- bei Take Back (Wiederaufnahmearsuchen): DEDUB2 + dt. Az
- bei Info Request (Informationsersuchen): DEDUB3 + dt. Az
- beim Austausch von Informationen zu Familienangehörigen in einem Abhängigkeitsverhältnis: DEDUB4 + dt. Az
- beim Austausch von Informationen zu Angehörigen eines u.l.: DEDUB5 + dt. Az
- bei der Übermittlung von Informationen vor einer Überstellung: DEDUB6 + dt. Az
- bei Übermittlung der gemeinsamen Gesundheitsbeseitigung: DEDUB7 + dt. Az
- bei dringenden Fällen nach dem dt. Az.: + URGENT

Wird die Mail direkt aus MARIS versandt, wird der Betreff der DubiNET-Mail automatisch generiert und darf anschließend nicht verändert, aber um bestimmte Nachträge (z.B. „urgent“) erweitert werden.

Hinweis: Es ist sicherzustellen, dass in allen Ersuchen das BAMF-Aktenzeichen um die Referatsbezeichnung ergänzt wird (z.B. 32B-7854321). Dieses Aktenzeichen wird dann von den MS in die Betreffzeile der Antwortmail übernommen. Damit
wird sichergestellt, dass die E-Mail automatisch dem richtigen Unterordner des MS-Posteingangs zugeordnet wird.

4. DublINET-Empfangsbestätigungen

Empfangsbestätigungen dienen der Berechnung von Antwort- oder Erinnerungsfristen. Wird eine E-Mail über DublINET verschickt, geht eine zugehörige Empfangsbestätigung im MS-Posteingang ein, die in der Akte abgespeichert ist.

In der Regel versenden die MS Empfangsbestätigungen automatisch. In einigen MS geschieht dies gelegentlich manuell, so dass mehrere Stunden und bis zu einem Tag vorgehen können, bis eine Empfangsbestätigung eintrifft. Falls keine EB des MS eingeht, liegt kein Nachweis über das Versenden der Mail vor. In diesen Fällen ist mit Verweis auf technische Schwierigkeiten ein erneuter Versand über DublINET auszuführen.

Hinweis zu Empfangsbestätigungen aus Portugal und Malta:

5. Adressen der MS im Briefkopf

5.1 Installation des Add-In
Auf dem Vorlagenlaufwerk L:\ im Verzeichnis LIDÜ-Anschriften finden Sie die Datei Setup-Dublin-Anschriften_Win7.exe. Führen Sie einen Doppelklick auf die Datei aus, beantworten die Fragen mit Weiter und Fertigstellen.

5.2 Bedienung
In Word erscheint dann unter dem Reiter Add-In eine Symbolleiste mit den folgenden drei Schaltflächen:

Erlöschen und Übertragung der Zuständigkeit

1. Allgemeines

Die Zuständigkeit des MS kann unter den Voraussetzungen des Art. 19 Abs. 2 und 3 Dublin III-VO erlöschen, wobei die Beweislast für das Erlöschen der Zuständigkeit beim ersuchten MS liegt.

Kehrt ein Antragsteller in das Dublin-Gebiet zurück, nachdem die Zuständigkeit eines MS gem. Art. 19 Abs. 2 und 3 Dublin III-VO erlöschen ist, und stellt einen neuen Antrag, beginnt ein neues Zuständigkeitsbestimmungsverfahren.

Die Zuständigkeit des ersuchten MS erlischt ebenfalls, wenn der ersuchende MS ein Aufnahmeverfahren auf Grundlage des Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO (unerlaubte Einreise über eine EU-Außengrenze) an dessen Richter, sich aber herausstellt, dass die unerlaubte Einreise bereits mehr als 12 Monate zurückliegt.

Neben den bereits genannten Artikeln, gibt es weitere Bestimmungen in der Dublin III-VO, die die Zuständigkeit des MS beenden, in dem diese auf einen anderen MS übertragen wird.

Nachfolgend sind verschiedene Fallkonstellationen aufgeführt, die das Erlöschen oder die Übertragung der Zuständigkeit zur Folge haben.

2. Übersicht Erlöschen der Zuständigkeit

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellation</th>
<th>Folge</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Verlassen des Hoheitsgebiets der MS für mindestens 3 Monate</td>
<td>Die Zuständigkeit erlischt, wenn der Antragsteller das Hoheitsgebiet der MS für mindestens 3 Monate verlässt, es sei denn, er ist im Besitz eines vom zuständigen MS ausgestellten Aufenthaltsdokumentes (gem. Art. 19 Abs. 2 bzw. Art. 20 Abs. 5 Dublin III-VO)</td>
</tr>
<tr>
<td>Vollzogene Abschiebung aus dem Hoheitsgebiet der MS</td>
<td>Die Pflichten des Art. 18 Abs. 11 c und d</td>
</tr>
</tbody>
</table>
### 4. Besonderheit: Erlöschen der Zuständigkeit nach Art. 19 Abs. 2 Dublin III-VO – Änderung der Verfahrensweise

#### 4.1 Hintergrund

Nach Art. 19 Abs. 2 Dublin III-VO erlöschen die Pflichten nach Art. 18 Abs. 1 Dublin III-VO, wenn der ersuchende Mitgliedstaat nachweisen kann, dass der Antragsteller das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten für mindestens 3 Monate verlassen hat. Den ersuchten Mitgliedstaat trifft hier grundsätzlich die Beweispflicht.

#### 4.2 Neue Vorgehensweise seit 01.02.2018

Seit dem 01.02.2018 lehnt Deutschland Übernahmeverfahren ab, wenn seit dem Verlassen der Bundesrepublik mehr als 3 Monate vergangen sind und der ersuchende MS keine Nachweise darüber vorlegt, wo sich der Antragsteller seit dem Verlassen der Bundesrepublik bis zur Einreise in den ersuchenden MS aufgehalten hat.


#### 4.3 Regelung zu Art. 19 Abs. 2 Dublin III-VO

**a) Ersuchen aus den Mitgliedstaaten**

Den Ersuchen aus den MS kann nur zugestimmt werden, wenn der ersuchende MS alle Erkenntnisse (Beweise und Indizien) bezüglich der Reiserooute seit Verlassen des ersuchten MS bis zur Einreise in den ersuchenden MS darlegen kann.
Nachweise für das Verlassen des Hohheitsgebietes der MS sind folgende Beweise und Indizien:

- **Beweise**
  - Ausreisebesten
  - Aufenthaltsnachweise
  - Fahrausweise, mit deren Hilfe die Einreise über die Außengrenze förmlich festgestellt werden kann
  - Berichte und Bestätigungen des MS, von dem aus der Antragsteller das Hohheitsgebiet der MS verlassen hat
  - Ein- oder Ausreisebesten eines Drittstaats unter Berücksichtigung der Reiserooute

- **Indizien**
  - Ausführliche und nachprüfbare Aussagen des Antragstellers
  - Berichte und Bestätigungen der Angaben des Antragstellers durch internationale Organisationen wie z.B. UNHCR
  - Berichte und Bestätigungen der Angaben des Antragstellers durch einen anderen MS
  - Ausreisebesten, wenn der Antragsteller das Hoheitsgebiet der MS für mindestens 3 Monate verlassen hat
  - Berichte und Bestätigungen der Angaben des Antragstellers durch Familienangehörige oder Mitreisende
  - Fingerabdrücke, soweit nicht beim Überschreiten der Außengrenze des Hoheitsgebietes der MS genommen
  - Fahrausweise, die auf die Einreise über die Außengrenze hindeuten
  - Hotelrechnungen aus einem Drittstaat
  - Terminkarten für Besuche beim Arzt, Zahnarzt etc. in einem Drittstaat
  - Daten, aus denen die Inanspruchnahme eines Schieppers oder Reisebüros hervorgeht

Im Einzelnen:
- Sind weniger als 3 Monate seit Verlassen der Bundesrepublik vergangen, kann dem Ersuchen ohne Vorliegen weiterer Erkenntnisse zugesagt werden.
- Sind mehr als 3 Monate vergangen, ist der ersuchende Mitgliedstaat verpflichtet, alle Erkenntnisse bezüglich der Reiserooute dem ersuchten Mitgliedstaat zu übermitteln.

Die Angaben des ersuchenden MS zum Aufenthalt des Antragstellers seit Verlassen der Bundesrepublik Deutschland werden dem Übernahmesuchenden von der Bundesregierung anhand des Originalprotokolls nicht angefordert. Den Angaben des MS wird im Rahmen des „esprit comunitaire“ (der loyalen Zusammenarbeit der MS im Geist des Unionsrechts) vertraut.

Gem. Art. 22 Abs. 5 Dublin III-VO stimmt Deutschland dem Ersuchen auch dann zu, wenn keine förmlichen Beweismittel vorliegen, die ersuchende MS aber Indizien vorlegt, die mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auf die Zuständigkeit Deutschlands schließen lassen. In diesem Fall muss der ersuchende MS gleichförmig, ausführliche und nachprüfbare Indizien vorlegen, wonach der Antragsteller das Hoheitsgebiet der MS nicht verlassen hat.

Der ersuchende Mitgliedstaat muss begründen, warum er die Angaben des Antragstellers für glaubhaft hält. Ansonsten ist das Ersuchen abzulehnen. Das Ersuchen wird ebenfalls abgelehnt bei widersprüchlichen oder unglaubhaften Angaben. Gegebenenfalls sind weitere Dokumente anzufordern.

TBS Ablehnung an MS, Art. 19 Abs. 2 Dublin III-VO

Dem Wiederaufnahmesuchenden kann nicht zugesagt werden:
Der Antragsteller hat am (Datum) in der Bundesrepublik Deutschland und nach Ihren Angaben am (Datum) in (Name MS) einen weiteren Asylantrag gestellt. Seit dem (Datum) liegen der deutschen Dublin Unit keine Erkenntnisse über den Aufenthalt und Verbleib des Antragstellers im Bundesgebiet vor. Um die Zuständig-

Erläuterungen und Übertragung der Zuständigkeit

Stand 11/18
Ermessensklauseln / Selbstentwirrungsrecht (SER)

1. Abhängige Personen gemäß Art. 16 Dublin III-VO

Grundgedanke des Art. 16 Dublin III-VO:
Um die unerwünschte Achtung des Grundrechts der Einheit der Familie und des Wohls des Kindes zu gewährleisten, sollte ein zwischen einem Antragsteller und sei-

nem Kind, einem seiner Geschwister oder einem Elternteil bestehendes Abhängig-

keitsverhältnis, das durch Schwangerschaft oder Mutterschaft, durch den Gesund-

heitszustand oder hohes Alter des Antragstellers begründet ist, als ein verbindliches
Zuständigkeitskriterium herangezogen werden.

Definition:
Art. 16 Abs. 1 Dublin III-VO legt fest, dass ein Antragsteller, der wegen Schwangerschaft, eines neugeborenen Kindes, schwerer Krankheit, ernsthafter Behinderung oder hohem Alters auf der Unterstützung seines Kindes, eines seiner Geschwister oder eines Elternteils angewiesen ist, von diesem in der Regel nicht getragen bzw. mit diesem zusammenzuführen gesetzlich ist. Dies gilt auch für den umgekehrten Fall, dass die vorgenannten Personen auf die Unterstützung des Antragstellers angewiesen sind.

Voraussetzungen:
- Angehörigen müssen sich rechtmäßig in dem MS aufhalten (Aufenthaltstitel, Duldung, Unionsexistenz usw.)
- familialen Bindung muss bereits im Herkunftsland bestanden haben
- Grund für die Abhängigkeit (gibt die Norm abschließend vor)
- Fähigkeit der entsprechenden Person, für den Minderjährigen zu sorgen
- schriftliche Zustimmung der Personen

Art der Beziehung zwischen den abhängigen Personen:
Die Abhängigkeit muss bestehen zwischen dem Antragsteller und
- seinem Kind
- eines seiner Geschwister
- einem Elternteil

Ermessensklauseln / Selbstentwirrungsrecht (SER)
Nachweis des Abhängigkeitsverhältnisses:


Informationsaustausch mit den MS:

Zum Informationsaustausch zwischen den MS ist das Standardformatblatt mit der Dokumentennummer D1300 / D1301 (D_O_III_Inf_Austausch_A_16_4_d / 0) in MARIS zu verwenden (Art. 16 Abs. 4 Dublin III-VO).

Der ersuchte MS hat als Antwortvorlage das von der europäischen Kommission festgelegte Standardformatblatt zu verwenden; in MARIS D1304 / D1305 ((D_O_III_Inf_Austausch_R_16_4_d / 0).

2. Ausübung des Selbsteintrittsrechtes (SER) gemäß Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO

Definition:

Nach Art. 17 Abs. 1 Dublin-III-VO kann jeder MS abweichend von Art. 3 Abs. 1 beschließen, einen bei ihm von einem Dritstaatsangehörigen oder Staatenlosen gestellten Antrag auf internationalen Schutz zu prüfen, auch wenn er nach den in der Verordnung festgelegten Kriterien nicht für die Prüfung zuständig ist (Souveränitätspleite). Das bedeutet, dass sich der Antragsteller in einem eigentlich unzuständigen MS aufhält, der Aufenthaltsstaat dennoch entscheidet, den Antrag auf internationalen Schutz selbst zu bearbeiten.

Ein MS kann also selbst entscheiden, einen Antrag zu prüfen, auch wenn er nach den in der Verordnung festgelegten Kriterien nicht zuständig ist. Nach welchen Kriterien das SER ausgesetzt wird, liegt im Ermessen jedes MS und ist in der Verordnung nicht geregelt. In der Regel üben die MS das Selbsteintrittsrecht aus humanitären Gründen oder in Härtefällen aus, aber auch aufgrund von politischen oder praktischen Erwägungen.

Restriktive Anwendung:

Die Ausübung des SER unterliegt einer restriktiven Anwendung, da andernfalls das gemeinschaftlich vereinbarte Zurechnungssystem der Dublin-Verordnung unterlaufen würde.

Zeitpunkt für die Ausübung des SER:

Das SER kann grundsätzlich in allen Verfahrensstadien, d.h. vor und nach dem Stellen eines Aufnahme-/Wiederaufnahmeprozess, vor der Bescheiderstellung, im Rahmen der geplanten Übergabe, während des noch laufenden gerichtlichen Verfahrens, ausgelöst werden.

Einzelfallprüfung:

Die Ausübung des Selbsteiitrirtsrechts erfolgt in allen Fällen nach denselben Maßstäben, um eine gleichmäßige Verwaltungspraxis zu gewährleisten.

Vorrangige Anwendung der Zuständigkeitskriterien:

Kein Anspruch auf Ausübung des SER:
Die Norm des Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO begründet regelmäßig kein individuelles Recht. Somit kann sich der Einzelne nicht darauf berufen, das Bundesamt habe das im Rahmen dieser Vorschrift zustehende Ermessen nicht oder fehlerhaft ausgeübt. Da das SER regelmäßig kein subjektiv öffentliches Recht begründet, ist es für den Einzelnen auch nicht einklagbar.

2.1. Zuständigkeiten
Das Schriftstück „Aktenvermerk“ (D0017) ist nicht zu verwenden.

Die Zuständigkeiten im Rahmen der SER Entscheidung ergeben sich wie folgt:

a) Im Zeitraum zwischen dem gestellten Ersuchen bis zum Erlass des Dublin- Bescheides:
   Das jeweils zuständige Dublinzentrum (Referat 32D bis 32F)

b) Im Rahmen des Überstellungsverfahrens:
   Zuständigkeit liegt bei Referat 32C

c) Im gerichtlichen Verfahren:
   Zur Zuständigkeit und dem weiteren Vorgehen s. Kapitel Abschiebungshin
dernisse

   Das jeweils zuständige Dublinzentrum (Referat 32D bis 32F)

d) Haftpflicht:
   Das jeweils zuständige Dublinzentrum (Referat 32D bis 32F)

2.2. Kriterien für die Ausübung des SER nach Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO
SER bei inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen:
Bei dauerhaften inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen wird das SER ausgeübt.

Zu den häufigsten inlandsbezogenen Abschiebungshindernissen gehören die im Kapitel VII zu Punkt drei genannten Gründe (s. Kapitel Abschiebungshindernisse):
- Wahrnehmung der Familieneinheit
- Subjektivität bei Abschiebung
- Reiseunfähigkeit

SER bei zielstaatsbezogenen Abschiebehindernissen:

Zu den häufigsten zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen gehören die im Kapitel VII zu Punkt drei Gründe (s. Kapitel Abschiebungshindernisse):
- Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 5 AufenthG i.V.m. Art. 3 oder Art. 8 EMRK
- Abschiebungsverbot gemäß § 60 Abs. 7 S. 1 AufenthG

KEIN SER bei Integrationsbewührungen:
Die Integrationsbewührungen der Asylbewerber sind als sehr positiv zu bewerten, begründen aber für sich allein genommen noch nicht eine unzutreffbare Härte. Im Übrigen sind in Deutschland erzielte Integrationserfolge durchaus auch in anderen europäischen MS notwendig anzuwenden.

Zu den Integrationsbewührungen zählen (nicht abschließend) bspw. die Teilnahme an Deutschkursen, gute städtische oder kirchliche Integration des Betroffenen, Be- such der Berufseinzugsklasse, Beteiligung an gemässlichen Festen, ohnmächtige Halfte usw.

Im Übrigen stellen der Schulbesuch und die Dauer des Aufenthaltes in Deutschland keine Gründe für die Annahme von unzutreffbarer Härte dar.

In Einzelfällen kann die Ausübung des SER erwogen werden, wenn es sich bei den vorgetragenen Integrationsbewührungen um herausragende Integrationsleistungen handelt, die sich im besonderen Maße von anderen Asylbewerbern abheben und eine Arbeitsplatzsicherung in einem Mangelberuf gegeben ist.

KEIN SER, weil eine Asylanhörung gemäß § 25 AsylG durchgeführt wurde:
Eine Anhörung zu den materiellen Asylgründen nach § 25 AsylG ist kein hinreichender Grund zur Annahme, dass das Bundesamt wolle das SER auslaufen (u.a. VG Düsseldorf vom 20.02.2015 - L 3022/14 A - Bayerisches VGH vom 03.03.2010 - ZB 10.33005). Die Anhörung zu den persönlichen Fluchtgründen könnte auch dadurch motiviert sein, eine bessere Entscheidungsgrundlage für die Ausübung des SER zu erlangen, eine solche Entscheidung also nur vorzubereiten (VG Düsseldorf - L3022/14 A). Eine Anhörung nach § 25 AsylG mit vorangegangenen persönlichen Gespräch gemäß Art. 5 Dublin III-VO lasse also nicht automatisch den Schluss zu, das Bundesamt hätte vom SER Gebrauch gemacht (Bayerisches VGH vom 03.03.2010 - ZB 10.33005).

KEIN SER bei allgemeinen Ausführungen zu den MS:

KEIN SER bei psychischen und physischen Erkrankungen, die nicht durch eines ausreichend fundierten, den gesetzlichen Vorgaben entsprechendes ärztliches Attest bestätigt werden.

KEIN SER, wenn nach einer ablehnenden Gerichtsentcheidung im einstweiligen Rechtsschutzverfahren keine neuen, entscheidungserheblichen Gründe vorgebracht werden, folgt das Bundesamt der negativen Gerichtsentcheidung.

Opfer von Menschenhandel:
In Fällen, in denen Schutzsuchende vortragen, Opfer von Menschenhandel geworden zu sein, kann das SER auszüchten werden. Maßgeblich für die Entscheidung des SER auszüchten, ist die Frage, ob der Antragsteller im Bundesgebiet oder in dem für die Durchführung des Asylantragsverfahrens zuständigen Mitgliedstaat der Europäischen Union vor weiteren kriminellen Handlungen sicherer ist.
- Ist die Person in der Bundesrepublik Deutschland sicherer als in dem zuständigen Mitgliedstaat, so kommt die Ausübung des Selbstentbruchsrechts in Betracht.
- Ist der Antragsteller in dem zuständigen Mitgliedstaat sicherer, so ist das Dublinverfahren durchzuführen.
In der Regel ist davon auszugehen, dass in dem Staat, in dem die Person Opfer von Menschenhandel wurde, die Gefahr größer ist, wieder in die Ausbeutungssituation zu geraten. Ist dieser Staat jedoch nicht der zuständige MS, so kann ein Dublinverfahren durchgeführt werden, sofern es keine anderen Gründe zur Ausübung des SER gibt.

In Fällen, in denen Schutzsuchende in einem laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahren als Zeuge benannt wurden, ist das SER auszüchten (Ermessensreduzierung auf Null).


Öffentliches Interesse:
Besteht in einem individuell begründeten Härtefall ein Öffentliches Interesse an der Person (z.B. großer gemeinwohleres Interesse, Empfehlungsschreiben des Landesbehördenkomitees usw.), so ist ein Volumen des SB Dublin mit entsprechender Begründung als Aktenvermerk (D1536) zur Akte zu nehmen und der Referatsleitung zur Zustimmung vorzulegen.

Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit:
Ist im konkreten Fall für die Kind die Sorgeberechtigte(n) ein anderer Mitgliedstaat zuständig und liegt aufgrund der deutschen Staatsangehörigkeit des Kindes noch kein Aufenthaltstitel für die Kind Sorgeberechtigte(n) nach § 25 AufenthG vor, so ist in diesem Fall des SER des Kind Sorgeberechtigte(n) auszüchten, um das Dublinverfahren zu beantragen. Eine Übertragung der Zuständigkeit auf Deutschland gemäß Art. 19 Abs. 1 Dublin II-VO erfolgte in o.g. Faillkonstatation noch nicht, da noch kein Aufenthaltstitel für die Kind Sorgeberechtigte(n) erteilt wurde.
Im Rahmen des Dublin-Verfahrens kann sich die Zuständigkeit Deutschlands nur auf der Grundlage der Dublin-VO ergeben, nicht auf der Grundlage nationaler Gesetzgebung.

3. MARIS Benutzeranweisungen – SER

3.1. Votum erstellen

Bei beabsichtigter Ausübung des SER ist ein Votum zu erstellen. Dieses Votum soll eine kurze Darstellung des entscheidungserheblichen Sachverhalts enthalten. Das Votum ist, abhängig vom Verfahrensstand (siehe Punkt 1. – Zuständigkeiten), von den Dublin-SB in Ref. 32C bis 32F zu erstellen.

Hierzu ist wie folgt vorzugehen:

- Votum in MARIS Sichttausdichte (DÜ_SER_Votum D1535).
- Kennzeichnung des Votums im Benutzerfeld mit „Prüfung SER“.
- Die SB in Ref. 32C bis 32F leiten den Aktenvermerk mit dem Votum zum SER auf ihre Referatleitung weiter.
- Referat 32C ist nur dann von den DZ über die Ausübung des SER zu informieren, wenn bereits ein Termin zur Üst. geplant ist oder eine DUAC-Mappe vorliegt.

3.2. Erfassung in MARIS


Sofern ein Dublin-Verfahren eingeleitet und ein Ersuchen an ein MS gestellt wurde, ist im Falle der SER Ausübung in der Maske „Dublin-Daten“ das Dublin-Verfahren auf „Abbruch“ zu setzen.

4 Das bisherige Attribut „Griechenlandbezug“ ist entfallen.

Ermessensklauseln / Selbststeuerrichtsrecht (SER) Stand 07/13

3.3. Mitteilung über die Ausübung des SER an die MS

Der zuständige SB (Ref. 32D bis 32F) informiert den MS über die Ausübung des SER. Hierzu ist das Schriftstück D0309 zu verwenden. Kreuzen setzen bei:

- Ein Überstellungsverfahren übergibt sich, weil:
- Das UE wird zurückgezogen
- Grund: Das Asylverfahren wird in eigener Zuständigkeit behandelt.

Ausnahmen:

- In Verfahren, in denen die Bescheiderteilung durch die Referate 32D bis 32F erfolgt und bei denen sich die DUAC-Mappe / Akte in der Ablage „Überstellung 431“ oder im Workflow-Schritt „Start-Überstellung“ befindet, informiert der zuständige Dublin-SB des jeweiligen Dublincentums das Referat 32C über die Ausübung des SER. Die Information des MS erfolgt durch Referat 32C.
- In Verfahren, in denen bereits die Üst. eingeleitet wurde: Der MS wird durch Referat 32C informiert.
- Im anhängigen Rechtsschutzverfahren ist der P-Bereich zuständig (s. Kap. „Rechtsbehelfe“).

3.4. Mitteilung über die Ausübung des SER an die ABH

Der zuständige Dublin-SB der Referate 32C bis 32F informiert die zuständige ABH über die Ausübung des SER. Hierzu kann das Schriftstück ABH_Mitteilung über Abl_Rückw (D0355) verwendet werden. Im anhängigen Rechtsschutzverfahren ist der P-Bereich zuständig (s. Kap. „Rechtsbehelfe“).

3.5. Anschließendes Vorgehen

4. Anwendung der humanitären Klausel nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO

Allgemeines:
Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO stellt eine Ermessensklausel dar und ist in Bezug auf Übernahmeeansuchen aus Deutschland an die Mitgliedstaaten anwendbar, wenn

- Familienverbindungen erst nach Ablauf der Frist erkennbar werden
- die Frist zum Stellen eines ÜE verstrichen ist und die eigentlich anwendbaren Artikel zur Familiensituation (Art. 9, 10 und 11 Dublin III-VO) nicht mehr anwendbar sind
- Bsp.: minderjährige Antragstellerin in DE mit Onkel in PL, der bereits die Flüchtlingszuständigkeit aufgrund der Familiensituation zu

Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO bezieht sich auf jagdliche verwandschaftliche Beziehung (unabhängig vom Familienbegriff in Art. 2 g Dublin III-VO)

Für ÜE aus den MS, die sich auf Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO beziehen, ist das Referat 32B zuständig.


Voraussetzungen für die Anwendung der humanitären Klausel:
- Aufnahmeeansuchen des zugrunde liegenden MS
- schriftliche Zustimmung der Person
- keine Entscheidung in der Sache
- Zustimmung des aufnehmenden MS
- humanitäre Gründe

Verhältnis zu Art. 17 Abs. 1 Dublin-III-VO (SER):
Die humanitäre Klausel ergänzt die Souveränitätsklausel dahingehend, dass ein MS auch dann die Zuständigkeit übernehmen kann, wenn dieser noch keinen Antrag von der betroffenen Person erhalten hat. Dadurch ist es möglich, zum Wohl der Familie von den Kriterien abzuweichen, wenn die Souveränitätsklausel nicht angewendet werden kann, d. h. in Fällen, in denen der Antragsteller auf internationalen Schutz das Hoheitsgebiet des Staates, in dem sich seine Familie aufhält, nicht erreicht hat und dort keinen Antrag auf internationalen Schutz stellen konnte.

Ein wesentlicher Unterschied zu Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO ist, dass sich der Antragsteller in dem für ihn eigentlich zuständigen MS befindet. Ferner wird für die Anwendung der humanitären Klausel immer ein Aufnahmeeinschlag (TO) des eigentlich zuständigen MS benötigt und der ersuchte MS hat zuzustimmen.

Humanitäre Gründe:
Humanitäre Gründe können sich dabei insbesondere aus dem familialen oder kulturellen Kontext ergeben. Die MS dürfen Personen jeder verwandschaftlichen Beziehung zusammenführen, auch wenn es sich grundsätzlich nicht um den zuständigen MS handelt.
Ersuchen an den MS

1. Allgemeines

Im Dublin-Verfahren sind niemals mehrere Übernahmeersuchen gleichzeitig zu stellen. Wenn bei mehreren EURODAC-Treffen nicht eindeutig sein sollte, welcher MS zuständig ist, so kann an den möglichen zweiten bzw. dritten MS ein Informationsersuchen (Info Request) versandt werden bzw. die Listenbeamt(en) angefragt werden (Hinweise zum Vorgehen bei mehreren EURODAC-Treffen siehe Kapitel Zuständigkeitsbestimmungsverfahren).

Aufnahme- und Wiederaufnahmeersuchen werden grundsätzlich in englischer Sprache verfasst (ausgenommen Österreich und Schweiz). Das heißt, dass sämtliche Eintragungen in einheitlichem Formular in englischer Sprache vorgenommen werden müssen.

2. Aufnahmeersuchen (Take Charge) und Wiederaufnahmeersuchen (Take Back)

Ein Aufnahmeersuchen ist ein Übernahmeersuchen gemäß Art. 21 i.V.m. Art. 18 Abs. 1 lit. a Dublin II-VO. Ein Aufnahmeersuchen wird von dem MS, in dem der erste Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde, an den MS gestellt, der für die Prüfung eines Antrages auf internationalen Schutz gemäß der Kriterien nach Kapitel 3 Dublin III-VO zuständig ist (oder die Zuständigkeit gemäß Art. 17 Abs. 2 Dublin II-VO übernimmt). Der ersuchte MS ist nach Übernahme der Zuständigkeit verpflichtet, dem Antragsteller aufzunehmen und dessen Antrag zu prüfen.

Aufnahmeersuchen beziehen sich also auf Fälle, in denen MS B den MS A ersucht, die Zuständigkeit für einen Antrag auf internationalen Schutz zu übernehmen, obwohl der tragende Antragsteller den Antrag vorher nicht in MS A gestellt hat, die Dublin-Kriterien aber dafür sprechen, dass MS A zuständig ist.

Ein Wiederaufnahmeersuchen wird aufgrund Art. 23 Abs. 1 i.V.m. 18 Abs. 1 lit. b, c und d Dublin III-VO gestellt. Reist ein Antragsteller nach Antragstellung in einem MS
Verfahrenshinweis: Ausfüllen des Formblattes und Anlagen

Ersuchen werden jeweils anhand von Formblättern gestellt (s. Anhänge I und III der DVO). Hierzu sind auch Art. 1 DVO für das Sollen eines Aufnahmeverfahrens und Art. 2 DVO für das Sollen eines Wiederaufnahmeverfahrens zu beachten.

Das Formblatt wird in MARIS als PDF-Dokument erstellt und über DubliNET versandt (Versenden von Mail über DubliNET siehe Kapitel DubliNET).

Die Sprache des Formulars kann über einen farbigen Button am Anfang des Formulars ausgewählt werden, und zwar sowohl beim Absender als auch beim Empfänger. So kann die deutsche Version in englischer Sprache ausgeführt und im versandt werden; der Empfänger kann das Formblatt in der Version seiner Landessprache öffnen.

Bitte achten Sie darauf, das Formblatt bzw. das dort enthaltene Freitextfeld, falls möglich, mit den notwendigen Informationen zu befüllen:

- Informationen zum Reiseweg des Antragstellers, insbesondere in Fällen, in denen große zeitliche Lücken zwischen den Asylanträgen in den MS bestehen.
- Datum der Einreise nach Deutschland sowie, falls vorhanden, Informationen zum Verbleib des Antragstellers, wenn zwischen Einreisedatum/Entregistrierung und förblicher Antragseingang beim Bundesamt ein längerer Zeitraum liegt.


Weitergehende Informationen

- Informationen zum Zuständigkeitsbestimmungsverfahren entnehmen Sie dem gleichlautenden Kapitel
- Informationen zu den Fristen entnehmen Sie dem gleichlautenden Kapitel
- Informationen zum Erstellen von Ersuchen sowie das Vorgehen bei der Aktenbearbeitung entnehmen Sie den MARIS Benutzerhinweisen
- Informationen zu Besonderheiten einiger MS beim Sollen von Ersuchen entnehmen Sie bitte den Mitgliedstaateninformationen.

3. Informationsersuchen (Info Request)

Grundlage für die Übermittlung von Auskünften zur Bestimmung des zuständigen MS ist Art. 34 Dublin III-VO. Der Austausch von personenbezogenen Daten zu Antragstellern ist nur zulässig, soweit sie der Bestimmung des zuständigen MS, der Prüfung des Antrags auf internationalem Schutz oder der Erfüllung der Pflichten aus der Dublin III-VO dienen (Art. 34 Abs. 1 Dublin III-VO).

Ein Informationsersuchen nach Art. 34 Dublin III-VO wird in der Regel gestellt,
1. wenn Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines anderen MS vorliegen, aber keine für ein Aufnahmeverfahren vorliegen, oder
2. zur Ermittlung von Auskünften zum Schutzstatus einer Person in einem anderen MS (siehe Kapitel Drittstaatenregelung).
3. Informationsersuchen nach Art. 34 Abs. 3 Dublin III-VO sind regelmäßig im Rahmen von Zweitanträgen nach § 71a AsylG von Bedeutung.
Zuständigkeiten
Für das Stellen von Informationsersuchen im Dublin-Verfahren (zu 1.) sind die Dublin-Zentren Referat 32D bis 32F zuständig.

Für die Falle zu 2. und 3. sind wie bisher die Außenstellen und Ankunftszentren zuständig.

Für die Bearbeitung von Info Requests aus den MS an DE ist das Referat 32B zuständig.

Beim Stellen eines Informationsersuchens ist Folgendes anzugeben:
- ob und wann der/die betreffende einen Antrag auf internationalen Schutz in DE gestellt hat,
- welche Informationen vom MS benötigt werden.

Jedes Informationsersuchen ist zu begründen und darf sich nur auf einen individuellen Antrag auf internationalen Schutz beziehen (Art. 34 Abs. 4 Dublin III-VO).

Folgende Informationen dürfen eingeholt werden:
- Personaldaten des Antragstellers, ggf. von Familienangehörigen, Verwandten oder Personen jeder anderen verwandtschaftlichen Beziehung (Name, Vorname, ggf. früherer Name, Bemerkung oder Pseudonym, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum und -ort);
- Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.) des Personalausweises oder Reisepasses;
- sonstige zur Identifizierung des Antragstellers erforderliche Angaben, einschließlich Fingerabdrücke;
- Aufenthaltsorte und Reisewege;
- Aufenthaltszeit oder durch einen MS erteilten Visa;
- Ort der Antragstellung;
- Datum jeder früheren und der jetzigen Antragstellung, Stand des Verfahrens, Tenor einer ggf. getroffenen Entscheidung.

Für die Übermittlung weitergehender Auskünfte (insbesondere Gründe für den Antrag auf internationalen Schutz und Entscheidungsgründe) bedarf es gemäß Art. 34 Abs. 3 Dublin III-VO der schriftlichen Zustimmung des Antragstellers. Diese wird im Rahmen der Antragstellung schriftlich eingeholt (D0063).

Die Beantwortungsfrist für eine derartige Anfrage soll fünf Wochen, nicht überschreiten. Eine Nichterhaltung dieser Frist entbindet den ursuchten MS jedoch nicht von der Pflicht zu antworten (Art. 34 Abs. 5 Dublin III-VO).

Verspätete Antworten auf Informationsersuchen, die zu einer Zuständigkeit führen können, verlängern die Frist für das Stellen eines Aufnahme-/Wiederaufnahmeverfahrens. Hält der ursuchte MS Informationen zu seiner Zuständigkeit zurück, kann dieser MS sich nicht auf den Ablauf der Fristen berufen, um einem Aufnahme-/Wiederaufnahmeverfahren nicht nachzukommen. In diesem Falle werden die Fristen für das Stellen eines Aufnahme-/Wiederaufnahmeverfahrens um den Zeitraum der Verzögerung der Antwort durch den ursuchten MS verlängert.

Ausgetauschte Daten, Weitergabe und Erhalt von Daten sind in der Akte zu vermerken. Der Antragsteller hat das (einklagbare) Recht, sich die erfassten Daten mitteilen zu lassen, sie ggf. zu berichten oder löschen zu lassen (vgl. Art. 34 Abs. 8 Dublin III-VO).

Bearbeitung eines Informationsersuchens

Siehe DA Asyl, Kapitel Informationsersuchen.
EURODAC Treffer und andere Beweismittel / Indizien

1. Allgemeines

Jedem Ersuchen sind alle Beweise und Indizien beizufügen, die auf die Zuständigkeit des ersuchten MS hinweisen (vgl. Art. 21 Abs. 3, 23 Abs. 4 und 24 Abs. 4 Dublin III-VO sowie die Abs. 1 der Art. 1 und Art. 2 der Durchführungsverordnung zur Dublin III-VO). In Art. 22 Abs. 3 Dublin III-VO wird der Unterschied zwischen „Beweismitteln“ und „Indizien“ beschrieben.

Beweismittel:
- Hierunter fallen formelle Beweismittel, die über die Zuständigkeit entscheiden, als sie nicht durch Gegenbeweise widerlegt werden.
- Im Anhang II, Verzeichnis A der Durchführungsverordnung zur Dublin III-VO sind Beweise aufgelistet (z.B. EUROSAC-Treffer, VIS-Treffer, Aufenthaltsstat) etc.

Indizien:
- Indizien können durch den ersuchten MS angefochten werden. Sind diese aber kohärent, nachprüfbar und hinreichend detailliert, so können auch diese eine Zuständigkeit begründen.
- Der Anhang II, Verzeichnis B der Durchführungsverordnung enthält Indizien (z.B. nachprüfbar Erklärungen des Antragstellers, Berichte/Bestätigungen der Angaben durch eine internationale Organisation, Tickets, Bordkarten, Rechnungen etc.)

2. EURODAC

2.1 Allgemeines


Die EURODAC II-VO verpflichtet die MS in folgenden Fällen Fingerabdrücke abzunehmen und diese so bald wie möglich, spätestens jedoch 72 Stunden nach dem Datum der Antragstellung bzw. des Auftrages an die EURODAC-Datenbank zu übermitteln:
- Personen, die internationalen Schutz beantragen (Art. 6 EURODAC II-VO).
- Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, die beim illegalen Überschreiten einer Außengrenze aufgegriffen werden (Art. 14 EURODAC II-VO)

Neben den Fingerabdrücken übermittelt der MS den Herkunftsmitgliedstaat, das Geschlecht der Person, den Ort und den Zeitpunkt der Antragstellung oder der Zeitpunkt des Auftrags, die Kennnummer, den Zeitpunkt der Abnahme der Fingerabdrücke und den Zeitpunkt der Übermittlung der Daten an die Zentraleinheit.

Die Personen, deren Fingerabdruckdaten erfasst und übermittelt werden, müssen mindestens 14 Jahre alt sein.

Die Fingerabdruckdaten von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, die sich illegal in einem MS aufhalten und mindestens 14 Jahre alt sind, können mit dem Zentralen System durchgeprüft werden, ob zu einem früheren Zeitpunkt ein Antrag auf internationaler Schutz in einem anderen MS gestellt wurde (Art. 17 EURODAC II-VO).

- Die Daten von Personen, denen internationaler Schutz gewährt wurde, sind zu markieren (Art. 18 EURODAC II-VO, vgl. DA-AVIS).

2.2 Kategorien von EURODAC-Treffern

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kategorie 1</th>
<th>Antrag auf internationalen Schutz in einem MS (Art. 9 II EURODAC II-VO)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kategorie 2</td>
<td>Auftritt beim illegalen Überschreiten einer Außengrenze</td>
</tr>
<tr>
<td>Kategorie 3</td>
<td>Illegaler Aufenthalt in einem MS</td>
</tr>
<tr>
<td>Kategorie 4</td>
<td>Anträge von Behörden der MS im Rahmen der Strafverfolgung</td>
</tr>
<tr>
<td>Kategorie 5</td>
<td>Anträge der von Europol benannten Behörden im Rahmen der Strafverfolgung</td>
</tr>
<tr>
<td>Kategorie 6</td>
<td>Anträge von MS, wenn der Ausländer wissen möchten, ob die eige-</td>
</tr>
</tbody>
</table>
2.3 EURODAC-Kennnummer
Die EURODAC-Kennnummer ist gemäß Art. 24 Abs. 4 EURODAC II-VO standardisiert.
Die deutsche EURODAC-Nummer steht wie folgt aus:
DE 1 100830 DOR 08345

Die ersten drei Stellen sind von der Kommission vorgesehen für alle MS vorgeschrieben:
- Länderkennung, hier: DE (für Deutschland)
- Kategorie des Treffers, hier: 1
Die weiteren Stellen können nach Belieben des jeweiligen MS belegt werden (Aktenzeichen, Registriernummer o.ä.).


2.4 Länderkennung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Land</th>
<th>Kürzel</th>
<th>FF</th>
<th>Aktenzeichen</th>
<th>Registriernummer</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Belgien</td>
<td>BE</td>
<td>124</td>
<td>Mella</td>
<td>MT 145</td>
</tr>
<tr>
<td>Bulgarien</td>
<td>BG</td>
<td>125</td>
<td>Niederlande</td>
<td>NL 148</td>
</tr>
<tr>
<td>Dänemark</td>
<td>DK</td>
<td>126</td>
<td>Norwegen</td>
<td>NO 149</td>
</tr>
<tr>
<td>Estland</td>
<td>EE</td>
<td>127</td>
<td>Österreich</td>
<td>AT 151</td>
</tr>
<tr>
<td>Finnland</td>
<td>FI</td>
<td>128</td>
<td>Polen</td>
<td>PL 152</td>
</tr>
<tr>
<td>Frankreich</td>
<td>FR</td>
<td>129</td>
<td>Portugal</td>
<td>PT 153</td>
</tr>
<tr>
<td>Griechenland</td>
<td>GR</td>
<td>134</td>
<td>Rumänien</td>
<td>RO 154</td>
</tr>
<tr>
<td>Großbritannien</td>
<td>UK</td>
<td>188</td>
<td>Schweden</td>
<td>SE 157</td>
</tr>
<tr>
<td>Irland</td>
<td>IE</td>
<td>135</td>
<td>Schweiz</td>
<td>CH 156</td>
</tr>
<tr>
<td>Island</td>
<td>IS</td>
<td>138</td>
<td>Slowak. Republik</td>
<td>SK 155</td>
</tr>
</tbody>
</table>

2.5 Fingerabdrucknahme in der Außenstelle/Ankunftszentrum
Siehe DA-AVS.

2.6 Fallkonstellationen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fall</th>
<th>Aufnahme- / Wiederaufnahmeverfahren</th>
<th>Vergleich der Kategorien</th>
<th>Bedeutung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1</td>
<td>von DE an MS (1)</td>
<td>1 - 1</td>
<td>Antragsteller in DE und zuvor Antragsteller in einem MS</td>
</tr>
<tr>
<td>2</td>
<td>von DE an MS (1)</td>
<td>1 - 2</td>
<td>Antragsteller in DE, zuvor beim Überschreiten der Grenze aufgegriffen</td>
</tr>
<tr>
<td>3</td>
<td>von DE an MS (1)</td>
<td>3 - 1</td>
<td>Illegal in DE aufgehalten, zuvor Antragsteller in einem MS</td>
</tr>
</tbody>
</table>

2.7 Anforderung von Fingerabdruckblättern
Fingerabdruckblätter (FABI) werden vom Referat 32A beim Bundeskriminalamt (BKA) angefordert. In Wiederaufnahmeverfahren werden einige MS nach diesen Dokumenten zur Nachweis der Identität der zu überstellenden Person.

FABI an das Postfach Dublin Anh_Nist. Referat 32A verteilt die eingehenden FABI an die Mitarbeiter, die es angefordert haben. In Haftraten werden die übermittelten Treffer der Aufgrieffmeldung beigefügt und der VSD-Leitung des jeweils zuständigen DZ übergeben.

Hinweis:
In diesen Fällen muss das Ersuchen extern über Outlook an den MS unter Anfügen der FABI versandt werden. Da der Versand des Ersuchens nicht über MARIS erfolgt, ist in der MARIS-Schichtstküste im Betreff des Ersuchens der Text „Versand nur über Outlook möglich“ einzugeben. Die versandte E-Mail an den MS ist ebenfalls in die Akte einzufügen.

2.8 Löschfristen

a) Kategorie 1 (Antrag auf internationales Schutz in einem MS)
Die Daten werden im EURODAC-System für 10 Jahre gespeichert (Art. 12 Abs. 1 EURODAC II-VO).

b) Kategorie 2 (Aufgriff beim illegalen Uberschreiten einer Außengrenze)
Die Daten werden im EURODAC-System für 18 Monate gespeichert (Art. 16 Abs. 1 EURODAC II-VO).

c) Kategorie 3 (illegaler Aufenthalt in einem MS)
Die Fingerabdrucksdaten werden im EURODAC-System nicht gespeichert (Art. 17 Abs. 3 EURODAC II-VO).

3. VIS-Treffer
Beim Visa-Informationssystem handelt es sich um eine zentrale Datenbank, in der neben biographischen Daten auch biometrische Informationen (Fingerabdrücke und Lichtbilder) von Personen, die ein Schengen-Visum beantragt haben, gespeichert werden. Außerdem werden die Daten abgeleiteter, annullierter und erneuertter bzw. verlängerter Visumträge gespeichert. Die Daten dürfen nur fünf Jahre gespeichert werden.


Mit Hilfe des Visa-Informationssystem darf das Bundesamt gem. Art. 21 der VO zur Klärung der Zuständigkeit für die Bearbeitung von Asylanträgen und nach Art. 22 zur Prüfung von Asylanträgen Suchanfragen durchführen, indem die per Livescan aufgenommenen Fingerabdrücke mit den in der VIS-Datenbank (ggfl. auch unter anderem Namen) gespeicherten Fingerabdrücken aller Schengen-MS abgeglichen werden.

Der VIS-Treffer ist bedeutsam für die Beurteilung der Zuständigkeit nach Art. 12 Dublin III-VO. Er ist gem. Art. 1 Abs. 2 a der Durchführungsverordnung als Anlage des Take-Charges beizufügen.

Die Verfahrensweise für VIS-Abfragen ist in der DA-AVS geregelt. Zum erweiterten Registerabgleich des AZR mit der VIS-Datenbank s. DA-AVS, Kapitel „Registerabgleiche“

4. Sonstige Indizien
Welche Indizien die mögliche Zuständigkeit eines MS belegen können, ist Anhang II, Verzeichnis B der Durchführungsverordnung zur Dublin III-VO aufgeführt.
Gerade bei Verfahren zum Zweck der Familienzusammenführung ist die Aussage des Antragstellers wichtig. Diese sind aber mittels Auszüge aus einem Familienbuch etc. zu belegen.
Familieneinheit

1. Allgemeines

Bei der Anwendung der Dublin-Verordnung muss die Einheit der Familie als vorrangige Erwägung berücksichtigt werden.

In Erwägungsgrund 14 heißt es: „Im Einklang mit der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, sollte die Achtung des Familienlebens eine vorrangige Erwägung der MS sein, wenn sie diese Verordnung anwenden.“

Laut Artikel 7 CRC hat „[[jede Person […] das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation.” Artikel 8 ENRK legt fest, dass „[[jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz [hat]. Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit, oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer."


2. Nachgeborene Kinder


3. Familienzusammenführung

Sollte aufgrund von Zuständigkeiten unterschiedlicher MS eine Trennung der Familie drohen und keine Familienzusammenführung i.S.d. Art. 3-10 Dublin III-VO möglich sein, so ist zu prüfen, ob

- nach Art. 11 Dublin III-VO oder
- nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO

die Familieneinheit wieder hergestellt werden kann, siehe Zuständigkeitskriterien, Ermessensklauseln.

Ggf. ist zur Wahrung der Einheit der Familie zu prüfen, ob von der Ausübung des Selbständigkeitrechts Gebrauch zu machen ist.

3.1 Familienzusammenführung bei gleichgeschlechtlichen Paaren

Art. 2 g 1. Spiegelsatz: Dublin III-VO umfasst neben dem Ehegatten auch den nicht verheirateten Partner, der mit dem Antragsteller eine dauerhafte Beziehung führt, soweit nach dem Recht oder nach den Gepflogenheiten des betreffenden MS nicht verheiratete Paare ausländerrechtlich vergleichbar behandelt werden wie verheiratete Paare.


Die „ähnliche Behandlung nach dem Ausländerrecht“ die in Art. 2 g 1. Spiegelsatz gefordert wird, gibt einen Hinweis auf die Gleichbehandlung mit den Normen zum Familienzug im AsylG und AufenthG.

Nach ausländischem Recht geschlossene gleichgeschlechtliche Partnerschaften fallen unter den Begriff der „Lebenspartnerschaft“, wenn:
- die Partnerschaft staatlich anerkannt ist und
- sie in ihrer Ausgestaltung der deutschen Lebenspartnerschaft im Wesentlichen entspricht (u.a. wechselseitige Unterhaltsverpflichtungen, Entstehung nachwirkender Pflichten bei der Auflösung der Partnerschaft usw.).

Da ausländischem Recht wurde der Familiennachzug von Ehegatten, minderjährigen Kindern sowie von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern (§ 27 Abs. 2 AufenthG) geregelt und nicht die unverheirateten, ungleichgeschlechtlichen Paare von der Norm umfasst werden, gilt dies auch für die Anwendung des Art. 2 g 1, Spiegelstrich Dublin III-VO.

Vor diesem Hintergrund umfasst Art. 2 g 1, Spiegelstrich Dublin III-VO nicht die unverheirateten Paare unterschiedlichen Geschlechtes.


3.2 Familiennahmeleitung bei religiös geschlossenen Ehen
Die Qualifikationsrichtlinie beschränkt den nichtehelichen Partner in Art. 2 g 1, Anstrich zwar auf den gleichgeschlechtlichen Partner, macht jedoch die Einschränkung, dass die Partnerschaft im MS der Ehe vergleichbar behandelt wird.
Diese Gleichstellung gilt in Deutschland ausdrücklich durch § 1 Abs. 1 LPartG nur für gleichgeschlechtliche Paare, siehe oben. Daher kann der Ehepartner einer religiös geschlossenen Ehe keinen Familienschutz erhalten.
Aus diesem Grund wird in diesen Fällen der Familiennahmeleitung im Dublin-Verfahren nicht zugestimmt, bzw. diese durchgeführt.

Ausnahmen:
Aufgrund des Rechtslage konnte die Person nur eine religiös geschlossene Ehe eingehen und dies ist in dem Herkunftland als solche anerkannt. Die Regelung hierzu entnehmen Sie bitte den Regelungen des nationalen Asylverfahrens (siehe DA-Azyl).
Eine Stellvertreterin wird in keinem Fall als schützenswerte Familieneinheit im Sinne der Dublin III-Verordnung gesehen.

3.3 Familiennahmeleitung bei polygamer Ehe
Art. 2 g 1, Spiegelstrich Dublin III-VO bestimmt als Familienangehörige die Ehegatten sowie den nichtverheirateten Partner, mit dem eine dauerhafte Beziehung geführt wird, sofern die so genannte Partnerschaft ausländischem Recht vergleichbar behandelt wird.

In Deutschland ist die Mehrere verbunden und aufenthaltsrechtlich daher der Nachzug auf einen Ehegatten begrenzt (§ 30 Abs. 4 AufenthG). Aufenthaltsrechtlich gleichgestellt ist der Ehe nur die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaftliche Gemeinschaft (§ 27 Abs. 2 AufenthG).
Grundsätzlich werden Mehrere im Dublin-Verfahren nicht berücksichtigt, es sei denn, dass durch den Antragsteller eine außergewöhnliche Härte im Sinne von § 38 Abs. 2 AufenthG geltend gemacht wird.

Beispiel:
Die Kinder eines sich in Deutschland aufhaltenden Ehemannes können über das Dublin-Verfahren nach Deutschland überstellt werden. Dabei ist es irrelevant, ob die Kinder aus der Ehe mit der Erst- oder Zweitehefrau stammen. Sollten die Kinder aus der Ehe mit der Zweitehefrau nach Deutschland überstellt werden, kann im Anschluss unter Anknüpfung an diese Kinder auch die Zweitehefrau im Rahmen des Dublin-Verfahrens nach Deutschland gelangen.

In Zweifelsfällen ist mit der Ausländerbehörde Rücksprache zu nehmen und das Referat 3A/2 zu informieren, damit das BMF unterrichtet und ggF. die Ablehnung des Übernahmeeurteils ermöglicht werden kann.

Eine Zuständigkeit kann sich in diesen Fällen aufgrund von Art. 8 ff, Art. 16 Abs. 2 oder Art. 17 Dublin III-VO ergeben.
3.4 Familienzusammenführung unter Beteiligung verheirateter Minderjähriger

Es ist zu prüfen, ob der Sachverhalt durch Art. 8 Abs. 1 S. 2 Dublin III-VO abgedeckt ist.

In jedem Fall ist jedoch eine Einzelfallprüfung notwendig. Hierbei ist eine Stellungnahme vom Jugendamt und ggfs. vom Vormund zur Bewertung, ob die Familienzusammenführung dem Wohl des Minderjährigen entspricht, anzufordern.


4. Einverständniserklärung

Art. 9 und 10, wie auch Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO setzen voraus, dass „die betreffenden Personen diesen Wunsch schriftlich kundtun“. Hierfür ist das Dokument D0063 zu verwenden.

5. Familieneinheit bei Überstellungen von Familien im Dublinverfahren

Zur Wahrung der Familien einheit werden grundsätzlich keine Familien im Rahmen einer Überstellung getrennt.

In den wenigen Ausnahmefällen kann es allerdings tatsächlich zu einer Trennung kommen:

1) wenn ein erwachsener Familienangehöriger erkrankt oder kurz vor der Überstellung nicht reisefähig ist.

2) Wenn die Familien ihre Trennung aktiv herbeiführen, in dem nur ein Teil der Familie untertaucht oder sich nicht am Überstellungsort einfindet. In diesen Fällen kann der in Deutschland verbliebene Teil gekennzeichnet vom untergeschobenen Teil überstellt werden.

3) Die Trennung aus berechtigten Gründen (z.B. Kindeswohl) stattfindet.

In den Fällen 1) und 2) ist das Bundesamt bemüht, die Familie umgehend im zuständigen MS zu vereinen.

Eine Trennung erfolgt auch nur dann, wenn kein minderjähriges Kind allein zurückbleibt.

Hinweis für das Referat 32C.
Flüchtigen / Unseruchen

1. Anlaufbescheinigung nicht gefolgt
Nach einem Auftrag durch die Bundespolizei wird der Antragsteller mittels einer Anlaufbescheinigung verpflichtet, sich innerhalb von 48 Stunden bei der nächstgelegenen Erstaufnahmeeinrichtung zu melden.
Sollte sich der Antragsteller bis zur Zustimmung durch den ersuchten Mitgliedstaat zu keinem Zeitpunkt gemeldet haben (Erstaufnahmeeinrichtung oder Außenstelle), dann gilt er als untergetaucht und es gilt eine Überstellungsfrist von 18 Monaten. Der zuständige Dublin-SB versendet das Hemmmisschreiben D0309 an den MS via Outlook und informiert diesen über die Fristverlängerung. Die Empfangsbestätigung (proof of delivery) ist zur Akte zu nehmen.

2. Antragsteller ist der Ladung zur Anhörung nicht gefolgt, aber umbewegung nicht vor

3. Fortzug des Antragstellers
Wird der Antragsteller von der ABH ohne weitere Begründung als unbekannt verzogen (uvv) gemeldet, dann ist bei der ABH nachzufragen, aufgrund welcher Umstände die Meldung als „unbekannt verzogen“ erfolgte. Im Anschluss ist das Ergebnis der Sachaufklärung in einem Aktenvermerk festzuhalten. Sollte zum Zeitpunkt der Meldung noch kein Ersuchen an den zuständigen MS ergangen sein, ist das Ersuchen dennoch zu stellen. Für den Fall, dass der Antragsteller nach Ablauf der Frist für das Stellen eines Ersuchens wieder auftritt, wird dadurch ein Zuständigkeitsübergang auf Deutschland vermieden.

Wurde das Ersuchen bereits gestellt, richtet sich das weitere Vorgehen nach der Antwort des MS.


Bei Vorliegen einer Ablehnung ist das Dublin-Verfahren abzubrechen. In Aufgriffsverfahren ist die Akte in das Archiv zu schicken; bei Antragstellung in Deutschland ist die Akte mit entsprechendem Aktenvermerk in das nationale Verfahren abzugeben.

4. Angekündigter Überstellungstermin
Eine Person gilt als flüchtig, wenn der Überstellungstermin dem Antragsteller vorab angekündigt wurde und die Person am Termin nicht angetroffen wird. Die Überstellungsfrist beträgt 18 Monate.

5. Überstellungstermin wurde nicht angekündigt

Nicht ausreichend für die Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate ist die Mitteilung der ABH - der Antragsteller wurde nicht angetroffen.
- der Antragsteller ist u.U. flüchtig oder untergetaucht bzw. wurde im AZR als u.U. eingetragen

Wird der Antragsteller ohne weitere Begründung durch die ABH als flüchtig gemeldet, ist bei der ABH schriftlich oder telefonisch nachzufragen, aufgrund welchen Umstandes die Meldung als „unbekannt verzogen“ erfolgte. Über das Telefonnet ist ein Aktenvermerk anzufertigen.

Das neue Fristende wird durch das BAMF berechnet und die ABH sowie der MS informiert.

Andere Sachverhalte, weshalb eine Person als flüchtig gemeldet wird, etwa der Wohnortwechsel ohne Mitteilung an ABH/BAMF, sind dem BAMF ebenfalls mitzuteilen.

Scheint die Überstellung durch rechtmäßiges Verhalten des Antragstellers, so wird dies nicht als Unterlaichen I.S. einer sonstigen Verstöße der Massnahmen ansehen, so dass die Überstellungsfrist keine 18 Monate, sondern 6 Monate beträgt.

6. Untertauchen von Minderjährigen im Rahmen von Familienüberstellungen


Taucht ein minderjähriger Familienmitglied unter, wodurch eine Überstellung verhindert werden würde (Grundsatz der Familieneinheit im Dublinverfahren), wird die Überstellungsfrist für die ganze Familie verlängert.

7. Rückwirkende Feststellung des Untertauchens

Wurde der Überstellungstermin angekündigt und taucht der Antragsteller wenig später wieder auf und die zuständige Ausländerbehörde versäumt die Mitteilung, dass der Antragsteller zum angekündigten Überstellungstermin nicht anwesend war, kann auch im Nachhinein eine Fristverlängerung erfolgen, auch wenn der Antragsteller wieder für die Behörden erreichbar ist.

Wurde der Überstellungstermin nicht angekündigt bzw. war der Antragsteller für mehrere Tage nicht in seiner für ihn zugewiesenen Unterkunft anwesend und die ABH hat versäumt, eine UBV-Meldung an das Bundesamt zu senden, kann nachtraglich keine Fristverlängerung erfolgen (Sinn und Zweck von Art. 9 Abs. 1 der DVO). In diesen Fällen können die Behörden nicht von einem bewussten Entziehen bzgl. einer Überstellung gesprochen werden. Auch im Hinblick darauf, dass der Antragsteller für die Überstellungsbehörden greifbar bzw. erreichbar ist, fehlt es zu diesem Zeitpunkt am Charakter des "Flüchtigseins".
Folgeanträge im Dublinverfahren

Erneuter Antrag auf internationalen Schutz oder isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und/oder 7 AufenthG nach Dublin-Erstverfahren

Allgemeines
Die Dublin III-VO unterscheidet nicht zwischen Erst- und Folgeverfahren.

Daher ist grundsätzlich immer dann, wenn das vorhergehende Dublin-Verfahren bestandskräftig abgeschlossen wurde und anschließend ein erneuter Antrag auf internationalen Schutz oder ein isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und/oder 7 AufenthG gestellt wird, zunächst das Dublinverfahren erneut durchzuführen und eine neue Abschiebungserordnung zu erlassen.

Wenn eine Überstellung im Dublinverfahren nicht möglich ist, z.B. weil
a) die Überstellungshaft abgelaufen ist oder
b) die Überstellungshafte noch nicht abgelaufen und die Zuständigkeit auf Deutschland aus anderen Gründen übergegangen ist,

ist der erneute Antrag auf internationalen Schutz im nationalen Verfahren zu entscheiden. Hanseit es sich bei dem erneuten Antrag um einen isolierten Antrag nach § 60 Abs. 5 und/oder 7 AufenthG, entscheidet das Ref. 61 C.

Auf die DA-Asyl „Folgeanträge“ wird verwiesen.


Der EuGH hat am 25.01.2018 in der Rechtssache Hasan (C-360/16) entschieden, dass der Vollzug der Überstellung, der eine bloße konkrete Umsetzung der Überstellungsentscheidung darstellt, nicht geeignet ist, als solcher endgültig die Zuständigkeit des Mitgliedstaats festzulegen, in den die betreffende Person überwiegend lebt. Es ist nämlich zu klären, ob die Zuständigkeit nicht nach der bereits erfolgten Überstellung auf einen anderen Mitgliedstaat übergegangen ist.

Erfassung in MARIS
In MARIS ist ein Aufgriffsverfahren oder ein Folgeverfahren anzulegen (Details siehe unten).

Bei Zusatzinformation Person ist folgendes in MARIS zu erlassen:
Attribute: erneuter Antrag nach Dublin-Verfahren
Status: ja

Persönliches Gespräch
Ein persönliches Gespräch ist bei einem erneuten Antrag nicht erforderlich, wenn die Überstellung noch nicht erfolgt ist (unabhängig davon, ob der Bescheid rechtskräftig ist oder nicht).

Ansonsten ist ein persönliches Gespräch (Erstbefragung, D 116d, und Anhörung zur Zulässigkeit, D184b) durchzuführen, sofern nicht nach Art. 5 Abs. 2 Dublin III-VO darauf verzichtet werden kann (siehe Kapitel „persönliches Gespräch“).

Bei der Anhörung zur Zulässigkeit ist insbesondere ein Schwerpunkt auf die Situation im MS nach bereits erfolgter Überstellung und auf Gründe für die Wiedereinreise zu setzen.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellation</th>
<th>Vorgehen</th>
</tr>
</thead>
</table>
| **Fallkonstellation 1: Wiedereinreise nach bereits erfolgter Überstellung und erneuter Antrag auf internationalen Schutz oder isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG** | **Erfassung in MARIS:**
| • Wird ein erneuter Antrag auf internationalen Schutz gestellt, ist ein Folgeverfahren mit der Personenzusatzinfo „erneuter Antrag nach Dublin-Verfahren“ anzulegen. |
| • Wird ein isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG gestellt, legt das zuständige Dublinzentrum ein Aufgriffsverfahren mit der Personen-Zusatzinfo „erneuter Antrag nach Dublin-Verfahren“ am Staatsangehörigkeitsregister an. |
Verfahren an.

Verfahrensschritt und Entscheidung:
Es wird zunächst geprüft, ob eine Überstellung möglich ist.

- Ergibt die Prüfung, dass eine Überstellung möglich ist, wird ein neues Dublin-Verfahren durchgeführt, ein erneutes Ersuchen gestellt und eine neue Abschiebungsanordnung erlassen werden (vgl. Filzerler/Sprung, Dublin III-Verordnung, S. 227). Zuständig hierfür ist das jeweils zuständige OZ (soweit bei einem Antrag auf internationalem Schutz als auch bei einem isolierten Antrag § 60 Abs. 5 oder 7 ÄF) mitgearbeitet.

- Ergibt die Prüfung, dass eine Überstellung nicht möglich ist, wird das Verfahren an die zuständige Außenstelle (falls Antrag auf internationalem Schutz gestellt wurde) bzw. an 

1.2 Dublin-Bescheid des Erstverfahrens ist wegen amnäigen Gerichtsverfahrens nicht bestandskräftig

Erfassung in MARIS:
Es ist kein Folge- bzw. Wiederaufreibungsverfahren anzulegen. Sofern die Meldung über die Wiedereinreise bei der für das Erstverfahren zuständige AH einget. ist diese an das VSD das jeweils zuständigen OZ weiterzuleiten.

Verfahrensablauf und Entscheidung:
Das AVS der zuständigen AH führt die ED-Behandlung durch (§ 16 Abs.2); händigt die notwendigen Anweisungen aus, informiert den zuständigen Prozessreferenten bzw. -sachbearbeiter über die erfolgte Wiedereinreise und leitet die Akte an das zuständige OZ weiter (soweit hierzu DA. AVS, Kapitel Folgenantrag persönlich).

Der für die Klageverfahren betreuende Prozessreferent bzw. -sachbearbeiter teilt dem Gericht anschließend mit, dass der Antragsteller erneut nach DE eingereist ist und nunmehr ein Dublin-

Verfahren mit neuem Aktenzeichen durchgeführt wird.

Der Bescheid des Dublin-Erftverfahrens ist nicht mehr vollziehbar, da die Überstellung erfolgreich war.

Der Antragsteller kann die Hauptsache für erledigt erklären, da die Sach- und Rechttage nach der neuen Abschiebungsanordnung zu bearbeiten ist. Der zuständige P-SB teilt dem Gericht mit, dass das Bundesamt sich einer zu erwartenden Erledigungsordnung seitens des Klägers anschließen wird.

- Ergibt die Prüfung durch das jeweils zuständige OZ, dass die erneute Überstellung in der Mitgliedstaat nicht mehr möglich ist, wird ein neues Dublin-Verfahren eingeleitet. Hierzu wird die Voraussetzung durch das zuständige OZ in eine aufgrund der unverbundenen Protokollakte, ein neues Ersuchen gestellt und eine neue Abschiebungsanordnung erlassen.

- Der zuständige Dublin-SB schaltet den Bescheid zur Kenntnis an das Gericht, bei welchem das Erstverfahren rechtskräftig ist.

- Ergibt die Prüfung durch das jeweils zuständige OZ, dass die erneute Überstellung in den Mitgliedstaat nicht mehr möglich ist, dann erfolgt eine Entscheidung im nationalen Verfahren, d.h. Zuständig ist auf DE übergegangen.
Fallkonstellation 2: Überstellung ist noch nicht erfolgt (aber noch möglich) und erneuter Antrag auf internat. Schutz oder isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG

2.1 Der Dublin-Beschied ist bestandskräftig

Erfassung in MARIS:
- Wird ein isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG gestellt, dann ist ein Aufgriffsverfahren anzulegen. In MARIS ist die Personen-Zusatzinfo „erneuter Antrag nach Dublin-Verfahren“ einzugeben.

Verfahrensablauf und Entscheidung:
- Bei erneuten Antrag auf internationalem Schutz prüft der zuständige Sachbearbeiter des Dublin-Zentrums, ob der bereits bestandskräftige Dublin-Beschied aufgehoben werden muss, weil neue Gründe vorliegen
  - a) Gründe, die die Zuständigkeit DE’s begründen
  - b) Gründe, die bei der Prüfung der Ausübung des SER zur Ermessensreduzierung auf „0“ führen
- Bei isoliertem Antrag nach § 60 Abs. 5 bzw. 7 AufenthG prüft der zuständige Sachbearbeiter des DZ, ob der bereits bestandskräftige Dublin-Beschied aufgehoben werden muss, weil neue Gründe vorliegen
- Trägt der Antragsteller keine neuen Gründe vor, ist der Dublinbescheid nicht aufzuheben, es ist kein erneutes Dublin-Verfahren durchzuführen und auch keine neue Abschiebeanordnung zu erlassen, sondern es ist ein Beschlag (Gebrauchsbeschluss D150 (a, b)) mit folgender Terminierung zu erlassen: „Der Antrag auf Abminderung des Bescheides vom ... wird abgelehnt.“ In der Begründung des Bescheides wird auf die weiterhin rechtmäßige, bestehende Abschiebeanordnung in den MS Bezug genommen. Es ist die Rechtsbehelfsbelehrung A zu verwenden.

Die Entscheidungsquoten lauten:
- für das Aufgriffsverfahren (isolierten Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG):
  - Art. 15a enthält
  - § 3 Abs. 1 enthält
  - § 4 Abs. 1 enthält
  - Abschiebeanordnung in sicherem Drittstaat noch gültig

- für den unbeschränkten Folgeantrag:
  - Art. 15 a nicht erforderlich Dublin
  - § 3 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
  - § 4 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
  - Abschiebeanordnung in sicherem Drittstaat noch gültig

- für den auf § 3 Abs. 1 AsylG beschränkten Folgeantrag:
  - Art. 15 a enthält
  - § 3 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
  - § 4 Abs. 1 nicht erforderlich Dublin
  - Abschiebeanordnung in sicherem Drittstaat noch gültig

2.2 Dublin-Beschied des Erstverfahrens ist noch nicht bestandskräftig

Es wird kein neues Verfahren angelegt, da ein erneuter Antrag auf internationalem Schutz oder isolierter Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG nicht zulässig ist.

2.2.1 es ist keine Klage anhängig (d.h. im Zeitraum zwischen Zustellung und Bestandskräftig)

Die Prüfung, ob die Überstellung in den Mitgliedstaat/Drittstaat weiterhin, insbesondere unter Berücksichtigung der Antragsbegründung weiterhin möglich ist, erfolgt durch den Dublin-SB. Werden ggf. neue Gründe vongetragen, so ist je nach Prüfungsergebnis der bereits erstellte Dublin-Beschied aufzuheben oder abzustreifen.

2.2.2 Klage ist anhängig

Neue Tatsachen oder Beweismittel sind vom zuständigen Prozessstreitigen in das anhängige gerichtliche Hauptregisterverfahren einzubringen. Gegebenenfalls entsprechende Anträge beim Bundesamt einreichen, werden diese dem Gericht zum dortigen Verfahren vorgelegt.
Freiwillige Ausreise in das Herkunftsland

1. Allgemeines

Ein Antragsteller kann grundsätzlich freiwillig in sein Herkunftsland zurückkehren (vgl. Art. 19 Abs. 2 Dublin III-VO). Zuvor muss er jedoch alle Asylanträge im Hoheitsgebiet der MS zurückziehen und glaubhaft geltend machen, dass er freiwillig in sein Herkunftsland reisen möchte (Rücknahmeerklärung). Siehe hierzu auch die Ausführungen zur Antragsrücknahme.

2. Bearbeitungshinweise bei freiwilliger Ausreise ins Herkunftsland

- Ist der Antragsteller bereits in sein HKL ausgereist, dann gilt der Asylantrag damit als zurückgenommen gem. § 33 Abs. 3 AsylG (zum weiteren Vorgehen siehe Kapitel Antragsrücknahme).
- Bei einer beabsichtigten Ausreise und keiner ausdrücklichen Antragsrücknahme ist der Bescheid D130 zu verwenden.
- In Aufgriffsfällen ist der Bescheid D140 zu verwenden.
- Von einer Überstellung ist abzusehen, solange der Ausländer an der freiwilligen Rückkehr festhält. Nimmt der Ausländer den Termin zur freiwilligen Ausreise nicht wahr und bzw. oder ist auch die ABH der Auffassung, dass der Ausländer tatsächlich nicht die Absicht hat, freiwillig auszureisen, so kann die Überstellung in den zuständigen MS weiterhin erfolgen.

Bei einer erfolgten Ausreise des Ausländer ist die zuständige Ausländerbehörde zur Übersendung einer Grenzübertrittsbescheinigung (GöB) aufzufordern. Nach Erhalt der GöB ist vom zuständigen Dublin-Sachbearbeiter (Referat 32D bis 32F bis zum Erlass des Dublinbescheides; Referat 32C im Rahmen des Überstellungsverfahrens bei bestandskräftigem Dublinbescheid) oder vom zuständigen P-SB der Außenstelle (während eines anhängigen Rechtsschutz-bzw. Klageverfahrens) ein Hemmnis-

Freiwillige Ausreise in das Herkunftsland

Stand: 11/18

Schreiben, in dem angegeben wird, dass der Antragsteller das Dublin-Gebiet verlassen hat, zusammen mit der GöB an den zuständigen MS zu senden.
Freiwillige Ausreise in den zuständigen MS

Aus Sicherheitsgründen wird derzeit freiwilligen Überstellungen aus den MS nicht zugestimmt. Freiwillige Ausreisen in die MS werden daher nur in Ausnahmefällen vom Bundesamt befürwortet.

1. Allgemeines
Es gibt folgende Überstellungsorten (siehe Art. 7 Abs. 1 Dublin III-VO):
- freiwillig (auf Initiative der betreffenden Person),
- kontrolliert (Person wird bis zum Beförderungsmittel begleitet),
- in Begleitung (Person wird von der Polizei bis in den MS gebracht).

Welche Art der Überstellung gewählt wird, liegt im Ermessen des überstellenden Mitgliedstaates. Es besteht kein Rechtsanspruch des Asylbewerbers auf eine freiwillige Ausreise.

Der Gesetzgeber hat sich mit § 34a Abs. 1 AsylG bewusst für eine kontrollierte Überstellung entschieden, anders als im nationalen Asylverfahren muss nach § 34a Abs. 1 AsylG in Dublinverfahren eine vorherige Fristsetzung zur freiwilligen Ausreise nicht erfolgen.

Der Ausländer wird im Dublinbescheid auf die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise hingewiesen: „Der Antragsteller wird auf die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise hingewiesen, sofern diese mit allen beteiligten Stellen abgestimmt ist."


Der Vorlauf liegt je nach MS zwischen drei und vierzehn Tagen. Darüber hinaus ist ein Nachweis der Ankunft im zuständigen MS zwingend erforderlich. Kann eine erfolgreiche Überstellung nicht nachgewiesen werden, geht im Zweifel die Zuständigkeit auf DE über.

2. Kostenerstattung
Die Kosten für die Überstellung werden grundsätzlich von dem überstellenden MS getragen (Art. 30 Abs. 1 Dublin III-VO).

3. Ablauf bei freiwilliger Ausreise in den Mitgliedstaat
- Für die Organisation ist grundsätzlich die ABH zuständig.
- Der Antragsteller äußert üblicherweise gegenüber der ABH, dass er freiwillig in den zuständigen Mitgliedstaat zurückkehrt.
- ABH stimmt mit dem BAMF die Möglichkeit einer freiwilligen Überstellung ab. Stimmt das BAMF dem Wunsch zu, werden die Modalitäten für die freiwillige Überstellung erörtert.
- ABH stimmt mit Antragsteller im Rahmen der erörterten Modalitäten geeignete Überstellungsmöglichkeiten ab und legt das Überstellungstermin fest.
- Referat 32C setzt nach Prüfung des Terminvorschlags den zuständigen Mitgliedstaat über den Termin und die freiwillige Überstellung in Kenntnis und stellt das Laissez-Passer aus, auf dem ein Zeitenplan angegeben wird, bis zu welchem sich der Antragsteller bei der Asylbehörde des zuständigen Mitgliedstaats gemeldet haben muss.
- Das Laissez-Passer geht der ABH zu und wird dem Antragsteller von dieser ausgehändigt.
- Anschließend beginnt sich der Antragsteller am Überstellungstag in den Mitgliedstaat und meldet sich bei der dortigen Asylbehörde innerhalb des auf dem Laissez-Passers angegebenen Zeitenstems.
- Nach der freiwilligen Überstellung informiert die ABH das BAMF über die erfolgreiche Durchführung (z.B. via Grenzübertrittsbescheinigung); diese Information wird benötigt, um das Verfahren in Deutschland abschließen zu können.
- Erfolgt die Meldung durch die ABH nicht binnen einer Woche oder bis einen Tag vor Fristende, wenn dieses vor der Wochenfrist ist, legt Ref. 32C eine Überstellungsfrist von 18 Monaten wegen Flüchtigkeitszweck zugrunde und forscht bei der ABH nach, ob der Antragsteller ausgereist ist, und beim MS nach, ob der Antragsteller dort angekommen ist.
8. Termin zur freiwilligen Überstellung wird nicht wahrgenommen

7. Person erreicht nicht den zuständigen MS
Erreicht der Antragsteller im Zuge der freiwilligen oder kontrollierten Ausreise nicht den zuständigen MS, laufen die Überstellungsfristen weiter. Meldet sich der Ausländer nicht bei den Behörden des Mitgliedstaates an oder versträchen die Überstellungsfristen, wird Deutschland für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig.

4. Einreise in einen zu durchquerenden Staat
In angrenzende Mitgliedstaaten ist eine freiwillige Überstellung möglich. Da das Lasssez-Passer lediglich zur Einreise in den zuständigen Mitgliedstaat, nicht jedoch zur Einreise in einen zu durchquerenden Staat, berechtigt, ist eine freiwillige Überstellung in andere Mitgliedstaaten nur auf dem Luftweg möglich, so es sich um einen Direktflug handelt.

5. Termin zur freiwilligen Überstellung wird nicht wahrgenommen

Freiwillige Überstellungen aus den MS nach DE

Voraussetzung für freiwillige Überstellungen aus den MS nach DE ist die vorherige Zustimmung von DE zu dieser Maßnahme. Gemäß Art. 8 Abs. 2 DVO organisiert der für die Überstellung verantwortliche Mitgliedstaat die Beförderung des Antragstellers und der dienen eskortierenden Begleitung und legt in Absprache mit dem zuständigen Mitgliedstaat die Ankunftszeit und gegebenenfalls die Modalitäten der Übergabe des Antragstellers an die zuständigen Behörden fest.

Aus Sicherheitsvorbeugungen lehnt das Bundesamt in Absprache mit der Bundespolizei ab dem 01.02.2018 die freiwillige Überstellung aus dem MS nach DE grundsätzlich ab. Das Zustimmungsschreiben (D 0655) wurde entsprechend ergänzt.

Freiwillige Überstellungen aus den MS nach D  
Stand 07/18

Fristen

1. Allgemeines
Die Dublin III-Verordnung und die Durchführungsverordnung sehen Fristen für folgende Verfahrensschritte vor:
- zum Stellen eines Ersuchens
- zum Antworten auf ein Ersuchen
- zum Remonstrieren
- zur Überstellung
- zur Inhaftnahme zum Zwecke der Überstellung.

2. Überblick über die Fristen
2.1 Frist zum Stellen eines Ersuchens

<table>
<thead>
<tr>
<th>EUROCAC-Treffen</th>
<th>Haftfall</th>
<th>Kein Haftfall, kein EUROCAC-Treffen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Take Back</td>
<td>2 Monate nach Erhalt der Treffermeldung, aber innerhalb von drei Monaten ab Kenntnis des BAMF vom Asylgesuch (Art. 23 Abs. 2 Dublin III-VO)*</td>
<td>3 Monate ab Kenntnis des BAMF vom Asylgesuch (Art. 23 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Charge</td>
<td>2 Monate nach Erhalt der Treffermeldung, aber innerhalb von drei Monaten ab Kenntnis des BAMF vom Asylgesuch (Art. 21 Abs. 1 Dublin III-VO)*</td>
<td>3 Monate ab Kenntnis des BAMF vom Asylgesuch (Art. 21 Abs. 1 Dublin III-VO)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Maßgeblich für die Ermittlung des Zeitpunktes der Treffermeldung ist die Eintragung in der MARIS-Maske „ED-Daten“ unter „EUROCAC-Trefferauskunft“.

*Die ED-Behandlung (EUROCAC-Abgleich) hat innerhalb von 72 Stunden nach Antragstellung zu erfolgen, Art. 9 Abs. 1 EUROCAC II-VO.

Fristen  
Stand 07/18
2.2. Fristberechnung nach dem Mengesteuer-Urteil des EuGH

Ein Antrag auf internationalen Schutz im Sinne der Dublin III-VO gilt als gestellt, wenn ein Inländer oder ein Bürger eines anderen Mitgliedsstaates Mitglied einer internationalen Organisation ist, die zuständig ist, eine von der UN General Assembly erlassene Resolution zu schützen. Es ist nicht erforderlich, dass zu diesem Zweck erstellte Schriftstücke eine ganz bestimmte Form haben.

Bei der Berechnung der Frist zum Stellen eines Ersuchens ist nicht auf den Zeitpunkt der üblichen Antragstellung abzustellen, sondern auf den Zeitpunkt, in dem das Bundesamt durch ein Schriftstück erstmals Kenntnis über das Asylgesuch erhält, d.h.:

Datum Kenntnis vom Asylgesuch = Datum Antrag auf internationalen Schutz

Zeitpunkt der Kenntnis beim Bundesamt kann sein:
- Datum der Vorlagenübergabe (MARIS → Historie)
- BUAA (Eingangsstempel Bundesamt, Scandatum in der MARIS Schriftstückliste, alternativ Erstellungsdatum in der MARIS Schriftstückliste)
- Ankunftsbestätigung (Eingangsstempel Bundesamt, Scanzzeitpunkt in der MARIS Schriftstückliste, alternativ Erstellungsdatum in der MARIS Schriftstückliste)

Besonderheit bei Vorliegen eines Eurodac Treffers:
- Bei Vorliegen eines Asyltreffers ist auf die Eintragung (Datum) in der MARIS-Maske „ED-Daten“ zu achten. Asyltrefferauskunft abzustellen. Ab diesem Datum beträgt die Frist
  - 2 Monate ab Datum der Übermittlung, jedoch
  - nicht länger als 3 Monate ab Kenntnis des Bundesamtes vom Asylgesuch.


Beispiel:
(1)

Fristen Stand 07/18

Asylgesuch: 01.06.17
Eurodactreffermeldung: 15.03.17
Hier beginnt die Zweimonatsfrist für das TB am 15.06. + 2 Monate (bis 15.08.)

(2)
Asylgesuch: 01.06.17 (Drei-Monats-Frist bis 01.06.17)
Eurodactreffermeldung: 15.07.17
Hier beginnt die Zweimonatsfrist für das TB am 15.07. + 4 Monate (bis 15.09.)

Achtung: Da die Drei-Monats-Frist bereits am 01.06.17 endet, kann man das TB auf Grundlage des Eurodactreffers auch nur bis zum 01.08. stellen. Die Zweimonatsfrist wird durch die Drei-Monats-Frist begrenzt.

2.3 Antwortfrist auf ein Übernahmeeursuchen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Take Back</th>
<th>EURODAC-Treffers</th>
<th>Haftfall</th>
<th>Kein Haftfall, kein EURODAC-Treffers</th>
<th>Dringlichkeitsverfahren</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>2 Wochen nach Erhalt ÜE (Art. 25 Abs. 1 Dublin III-VO)</td>
<td>1 Monat nach Erhalt ÜE (Art. 25 Abs. 1 Dublin III-VO)</td>
<td>vorgegebene Frist, spätestens innerhalb 1 Monate nach Erhalt ÜE (Art. 22 Abs. 1 Dublin III-VO)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

2.4 Frist zur Remonstration

Gem. Art. 5 Abs. 2 der Durchführungsverordnung hat der ersuchende Ms die Möglichkeit eine erneute Prüfung seines Ersuchens zu verlangen, wenn er die Auffassung vertritt, dass die Ablehnung auf einem Irrtum beruht.

Verlangen einer erneuten Prüfung eines abgelehnten Ersuchens: Innerhalb von 3 Wochen nach Erhalt der Ablehnung

Antwortfrist des ursuchten Ms: 2 Wochen

Fristen Stand 07/18
2.5 Überstellungsfrist

<table>
<thead>
<tr>
<th>Üblicherweise</th>
<th>Haft</th>
<th>Untertauchen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Take Back</td>
<td>6 Monate nach Zustimmung (Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
<td>12 Monate nach Zustimmung (Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
</tr>
<tr>
<td>Take Charge</td>
<td>18 Monate nach Zustimmung (Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die Überstellung hat spätestens innerhalb einer Frist von sechs Monaten:
- nach Zustimmung des erreichten MS (Datum Eingang Zustimmung + 6 Monate) oder
- oder der endgültigen Entscheidung über einen Rechtsbehelf, wenn dieser aufschiebende Wirkung hat (Datum des ablehnenden Entscheidungsverfahrens nach § 80 Abs. 5 VwGO + 6 Monate) oder
- einer Überprüfung (Klage), wenn diese gemäß Art. 27 Abs. 3 aufschiebende Wirkung hat (Einstellung der Rechtskraft des Urteils + 6 Monate) zu erfolgen, Art. 29 Abs. 1 Dublin III-VO.

Ist die Überstellung innerhalb der sechs Monate nicht möglich, geht die Zuständigkeit auf den erreichten MS über. Eine Fristverlängerung ist aufgrund von Imhaftrauung (Strafauftrag) oder Untertauchen auf 12 bzw. 18 Monate möglich, Art. 28 Abs. 2 Dublin III-VO. Über das Überstellungshemmnis ist der MS innerhalb der 8-monatigen Überstellungsfrist zu informieren, Art. 8 Abs. 2 DVO.

2.6 Frist zur Beantwortung von Informationen

Siehe Kapitel Ersuchen - Aufnahmeersuchen (Take Charge) Wiederaufnahmeersuchen (Take Back) und Informationsersuchen (Info Request).

3. Fristberechnung

Für die Fristberechnung ist Art. 42 Dublin III-VO maßgeblich.

Beispiel:
- Einmonatige Antwortfrist 6-monatige Überstellungsfrist: Take Back/Charge am 28.02.2014 dann ist der MS mit Ablauf des 26.03.2014 zuständig geworden, d.h. zuständig ab dem 29.03.2014.
- Sonderfall Februar/6-monatige Überstellungsfrist: Take Back/Charge am 31.01.2014, dann ist der MS mit Ablauf des 28.02.2014 zuständig geworden, d.h. zuständig ab dem 01.03.2014. Die Überstellungsfrist endet am 01.09.2014.
4. Besonderheiten der Fristberechnung bei Eilanträgen und Eilrechtsschutzgewährung

4.1 Ablehnung eines Eilantrags

Wird der Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO (als Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung i. S. d. Art. 29 Abs. 1 Dublin III-VO) abgelehnt, so entfällt die aufschiebende Wirkung mit dem VG-Beschluss. Gem. Art. 29 Abs. 1 Dublin III-VO beginnt die Überstellungsfrist von 6 Monaten ab dem Beschlussdatum das negative Eilbeschlusses erneut zu laufen.

Beispiel:
Beschluss: 05.02.17
Ende der Überstellungsfrist: 05.08.17

4.2 Stattgabe eines Eilantrags

Die neue sechsmonatige Überstellungsfrist beginnt bei Stattgabe eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO mit Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache.

4.3 Abgelehnter Eilantrag und anschließender Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO

Ändert das Gericht im Abänderungsverfahren gem. § 80 Abs. 7 VwGO den Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO dahingehend, dass dem Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO stattgegeben wird, so ist der Ausgang des Verfahrens in der Hauptsache abzuwarten und die Überstellungsfrist wird mit Datum des Beschlusses im Abänderungsverfahren genommen.

Beispiel:
abgelehnter Eilbeschluss (§ 80 Abs. 5 VwGO): 05.02.17
Ende der Überstellungsfrist: 05.08.17
stattgebender Beschluss: Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO: 14.03.17
Ende der Überstellungsfrist: Frist vom 05.08.17 wird gemahnt
Rechtskräftiges Urteil: 20.09.17
Neues Ende der Überstellungsfrist: 20.02.18

4.4 Eilrechtsschutzgewährung, abgewiesene Anfechtungsklage und anschließender Antrag auf Zulassung der Berufung

In der Konstellation, dass der Dublinbescheid gerichtlich angefochten wird, das Verwaltungsgericht dem Antrag auf aufschiebende Wirkung der Klage stattgibt, die Anfechtungsklage dann aber im Hauptsacheverfahren abweist und der Antragsteller gegen das erstinstanzliche Urteil einen Antrag auf Zulassung der Berufung nach § 78 Abs. 2 bis 4 AsylG eingelegt, gilt folgendes (Entscheidung des BVerwG vom 08.08.2016, BVerwG 1C6.16):

Die Überstellungsfrist beginnt vier Monaten nach Zustellung des erstinstanzlichen Urteils beim Bundesamt (Ausnahme: vor Ablauf der Überstellungsfrist ordnet das Berufungsgericht die Fortdauer der aufschiebenden Wirkung an oder verfügt das Bundesamt die Aussetzung der Vollziehung, dies unterbricht den Fristenlauf).

Beispiel:
Zustellung des erstinstanzlichen Urteils: 02.12.2014
Ende der aufschiebenden Wirkung/Beginn der 8-monatigen Überstellungsfrist: 02.04.2015
Zuständigkeitsübergang: 02.10.2015

4.5 Rücknahme eines Eilantrages

Im Falle der Rücknahme des Eilantrages (Einstellungsbeschluss) beginnt die Überstellungsfrist von sechs Monaten mit dem Datum des Beschlusses erneut zu laufen.

4.6 Verfristet eingelegter Eilantrag

Legt ein Antragsteller verfristet einen Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO ein, so führt dies nicht zur Hemmung der Überstellungsfrist. Leicht das Gericht aufgrund des verfristet eingelegten Eilantrag diesen ab, berechnet sich die Überstellungsfrist ab Zustimmung bzw. Zuständigkeitsübergang.

4.7 Ablehnung eines Eilantrages mit anschließendem Untertauchen des Antragstellers

Wird der Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO abgelehnt und taucht der Antragsteller anschließend unter, wird die Überstellungsfrist auf 18 Monate ab ablehnendem Eilrechtsbeschluss bzw. bei Stattgabe, mit Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung in der Hauptsache, verlängert.

7/11
Die Kommentierung Flüchtlingsgesetz führt zu Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO aus, dass sich eine Fristverlängerung auch in Zusammenhang mit Rechtsbehelfen mit aufschiebender Wirkung ergeben kann und die Norm des Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO dem entspricht.

Beispiel:
- ablehnender Eilantrag: 25.02.2018
- Ende der Überstellungsfrist: 25.02.2019
- flüchtig i.S.d. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO am: 31.01.2018
- Ende der Überstellungsfrist: 25.02.2019

4.8 Untertauchen vor einer ablehnenden Eilrechtsentscheidung

Wird ein Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO eingelegt und taucht der Antragssteller vor Ablehnung des Antrages nach § 80 Abs. 5 VwGO durch das Gericht unter, wird ebenfalls eine Überstellungsfrist von 18 Monaten ab ablehnendem Eilrechtsbeschluss zugrunde gelegt.

Beispiel:
- Zustimmung M3: 15.03.2017
- Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO eingelegt am: 04.04.2017
- flüchtig i.S.d. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO am: 08.04.2017
- ablehnender Eilantrag: 20.11.2017
- Ende der Überstellungsfrist: 20.05.2019

Eine erneute Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate ist in folgender Fallkonstellation möglich:

Überstellungsfrist kann ab ablehnendem VG Beschluss erneut auf 18 Monate verlängert werden.

5. Fristenvermerk in der MARIS-Schriftstückliste

Der DU-Fristenvermerk ist nach Zustimmung, bzw. Zustimmung durch Fristenlauf, anzulegen (D1227).

Das Schriftstück ist wie folgt zu kennzeichnen:
- „FE“ und das Fristendatum einzutragen, z.B. FE 01.01.2014.

Das Datum des Zuständigkeitsübergangs kann sein:
- Datum des Eingangs der Zustimmung (ggf. Email, bzw. Sendetermin des Fax)
- Tag nach Ablauf der Antwortfrist

Ändert sich das Fristende, z.B. durch Haft, Untertauchen oder Gerichtsverfahren, soll, durch den zuständigen SB das neue Fristende in der Akte mittels DU-Fristenvermerk vermerkt werden.

6. Sonderfall: Fristen bei Untertauchen und mehrfachen Anträgen („Chain Rule“)

Nicht durch die Dublin III-VO geregelte Konstellationen der Fristenrechnung können sich durch Untertauchen und das Stellen mehrerer Anträge in verschiedenen MS stellen. Die Möglichkeit zur Verlängerung der Frist in Fällen von Untertauchen ist nur wirksam, wenn die Person innerhalb von 18 Monaten ab Zustimmung in demselben Staat oder in einem anderen Staat wieder auftritt. Es kann passieren, dass zu erwartende Personen versuchen, eine Überstellung zu verweigern, indem sie sich versteckt halten, bis die 18 Monate verstrichen sind. Es kann außerdem vorkommen, dass mehrere Fristen zur gleichen Zeit aktiv sind, da Anträge in mehreren MS eingelegt werden. In dem Moment, in dem die individuellen Fristen überschritten werden, geht die Zuständigkeit von einem MS auf einen anderen über.

Beider Chain Rule handelt es sich um eine Auslegungsregel einiger MS über die Zuständigkeitsbestimmung in bestimmten Dublin-Verfahren. Die Kettenregel kommt dann zur Anwendung, wenn ein Antragssteller in MS A innerhalb der 6-monatigen Überstellungsfrist vor der Überstellung untaucht. In diesem
Fall ist die Überstellungsfrist für die Überstellung in MS C auf 18 Monate zu verlängern. Es kommt vor, dass der Asylbewerber nach Untertauchen, in einem anderen MS B einen weiteren Asylantrag stellt und zwar bevor die 18-monatige Überstellungsfrist endet. Befragt MS B den Antragsteller in MS C überstellen kann, reist der Antragsteller weiter und taucht in MS A wieder auf.

MS A hat eine Zustimmung aus MS C erhalten. Der Antragsteller taucht unter, bevor die Überstellung durchgeführt werden kann, und MS A informiert MS C über die Verzögerung aufgrund seines Verschwindens. 18 Monate verstreichen, und MS A informiert nun MS C wegen der überschrittenen Frist und folglich über den Übergang der Zuständigkeit. Es wird jedoch herausgefunden, dass der Antragsteller innerhalb der zwischen MS A und MS C bestehenden Frist von 18 Monaten tatsächlich in MS B aufgetaucht ist (irregular oder als Asylsuchender), aber MS B hat MS C noch nicht um Wiederaufnahme ersucht. In solch einem Fall konnte MS C immer noch für zuständig gehalten werden. MS B kann daher MS C um Wiederaufnahme ersuchen und eine neue Frist beginnt zu laufen (zwischen MS C und MS B). Falls der Antragsteller nach seinem Aufenthalt in MS B nach MS A zurückkehrt, so kann MS A ebenfalls MS C um Wiederaufnahme der Antragsteller ersuchen, und eine neue Frist beginnt zu laufen (zwischen MS A und MS C).


7. Sonderfall: Verlängerung der Überstellungsfrist bei Untertauchen in der Vergangenheit

Meldet die Ausländerbehörde den Antragsteller für einen vergangenen Zeitraum als untergetaucht, so wird die Überstellungsfrist nach Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO nicht verlängert.

Beispiel: Der Antragsteller gilt vom 28.09 bis 30.06 als untergetaucht, die Meldung der Ausländerbehörde an das Bundesamt erfolgte erst am 10.11. Der Antragsteller muss bei Versand des Hemmnisschreibens als flüchtig gelten, ist der Antragsteller aktuell greifbar, kann ein vergangenes Unter tauchen nicht als Flüchtigsein gewertet werden.
Kirchenasyl in Dublin-Fällen

1. Allgemeines
Aufgrund der zwischen dem Bundesamt und hochrangigen Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche getroffenen Vereinbarung vom 24.02.2015 werden besondere Einzelfälle im Dublin-Verfahren mittels eines entsprechend begründeten Dossiers von benannten Kirchenvertretern gesteuert einer zentralen Stelle im Bundesamt (Referat 32A) zur nachmaligen Überprüfung vorgelegt.

Alle in diesem Kapitel erwähnten Schreiben befinden sich im M-Laufwerk (Ordner _Diverses_32, _Sonderbereich_)

2. Zuständigkeiten der Dublin-Referate
Die Prüfung und die Entscheidung darüber, ob in Dossier-Fällen vom SER Gebrauch gemacht wird, obliegen dem zuständigen Sachbearbeiter der DZ (32D bis 32F). Die Sachbearbeiter treffen die Entscheidung auf Grund der Besonderheiten des Einzelfalles, die QS erfolgt in Referat 32A. Näheres entnehmen Sie den folgenden Abschnitten.

2.1. Zuständigkeit Referat 32A
Jede Kirchenasylmeldung ist dem Referat 32A mitzuteilen. In Dublin-Fällen, in denen 32D bis 32F oder der Außenstelle eine Mitteilung über ein Kirchenasyl zugeht, ist die Kirchenasylmeldung unter Angabe des Aktenzeichens umgehend an das Postfach des Referates 32A: Dossiers32A@bafmr.bund.de weiterzuleiten. Für die Fristberechnung ist das Datum des Eingangs im Dossiers-Postfach des Referats 32 A entscheidend. Die Referate 32C bis 32F oder die Außenstellen prüfen künftig nicht mehr, ob die Mitteilung über einen zuständigen Kirchenvertreter eingegangen ist und versenden kein Standardschreiben an die Kirchengemeinde mit der Bitte, ihr Anliegen über einen zuständigen Kirchenvertreter einzureichen. Die Korrespondenz mit den Kirchengemeinden obliegt künftig ausschließlich dem Referat 32A. Zudem erfolgt die Verteilung der zu bearbeitenden Dossiers an das zuständige DZ ebenfalls durch das Referat 32A.

Nach der Prüfung des Dossiers durch den zuständigen Sachbearbeiter im DZ erfolgt die Qualitätsicherung in Referat 32A (4-Augen-Prinzip).

Für das Erstellen der monatlichen Kirchenasylstatistik ist ebenfalls das Referat 32A zuständig. Das Referat 32A führt seit dem 01.08.2016 eine detaillierte Statistik über alle Dublin-Fälle mit Kirchenasylbezug. Hierbei ist unerheblich, ob es sich um Fälle handelt, bei denen das Kirchenasyl noch nicht eingetragen ist, d.h. lediglich die Absicht besteht, die Person ins Kirchenasyl aufzunehmen, oder es sich um Vorgänge handelt, die nicht über einen Kirchenvertreter eingegangen und/oder keine Dossier vorgelegt worden sind.

2.2. Zuständigkeiten der DZ
- 32D prüft Dublinfälle aus 32E
- 32E prüft Dublinfälle aus 32F
- 32F prüft Dublinfälle aus 32D

Hinsichtlich der Vorgangswsweise bei der Prüfung des Dossiers, der Vorlage zur Qualitätssicherung und der Information an 32A nach Abschluss der Prüfung, siehe Bearbeitungshinweise für SBa auf dem Laufwerk M (Ordner Kirchenasyl).

2.3. Zuständigkeiten bei Kirchenasylfällen ohne Dublin-Bezug
Für die Prüfung und Bearbeitung von Kirchenasylfällen ohne Dublin-Bezug ist das Referat 62C (32C-Dossiers@bafmr.bund.de) zuständig.

3. Vorgehensweise bei Eingang der Meldung über ein Kirchenasyl in 32A und 32C
Das Referat 32C erstellt für alle nachfolgend beschriebenen Fallkonstellationen einen aktuellen Fristenvermerk (D1820) in der Maria-Akte oder DUAD-Mappe und sendet diesen per Mailschrieb an Dossiers32A@bafmr.bund.de.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellation</th>
<th>Vorgehensweise</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Eingang der Meldung über einen zuständigen Kirchenvertreter mit Dossier</td>
<td>* Wird neben der Mitteilung über das Kirchenasyl ein Dossier übersandt, ist dieses ebenfalls an das bereits benannte Postfach des Referats 32A zu senden.</td>
</tr>
<tr>
<td>* Das Referat 32A informiert die zuständige ABH sowie das Referat 32C über den Eingang des Dossiers und...</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>2. Prüfung ergab, dass die Meldung nicht über einen zuständigen Kirchenvertreter eingegangen ist.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>---</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>• Bei Eingang in einer AS oder im DZ: Meldung ist an 32A weiterzuleiten.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>• Das Referat 32A informiert die Kirchengemeinde. Mit dem Schreiben wird der Kirchengemeinde mitgeteilt, dass innerhalb von einem Monat ein begründetes vollständiges Härtefalldossier über den zuständigen Kirchenvertreter beim Bundesamt eingereicht ist.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>• Das Schreiben wird über WARS, wahlweise per Brief oder Fax an die Kirchengemeinde, welche das Asylangebot über die Kirchenasylmeldung zurückgeleitet hat.</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>• 32A informiert die zuständige ABH mittels Briefvorlage (D0231) über die Kirchenasylmeldung.</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>3. Eingang der Meldung über einen zuständigen Kirchenvertreter ohne Dossier</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>• Die Meldung ist per Email und unter Angabe des BAMF-Aktenzeichens durch den zuständigen SB in 32C bis 32F oder der AS an das Postfach des Referates 32A weiterzureisen.</td>
</tr>
<tr>
<td>• Ergibt die weitere Prüfung in Referat 32A, dass kein Dossier innerhalb von einem Monat eingereicht wurde, ist wie in der 5. Fallkonstellation beschrieben zu verfahren.</td>
</tr>
<tr>
<td>• Gibt es rechtzeitig ein Dossier ein, siehe 1. Fallkonstellation.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>4. Eingang der Meldung durch die zuständige ABH oder den Rechtsbeistand</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>• Die Meldung ist ebenfalls per Email und unter Angabe des BAMF-Aktenzeichens an das Postfach des Referates 32A zu senden.</td>
</tr>
<tr>
<td>• Das Referat 32A stellt dann fest, ob bereits ein Dossier im Verfahren ist.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>5. Eingang der Mel- dung, kein Dossier innerhalb von einem Monat</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>• Die Meldung ist per Email und unter Angabe des BAMF-Aktenzeichens an das Postfach des Referates 32A zu senden.</td>
</tr>
<tr>
<td>• Das Referat 32A stellt dann fest, ob bereits ein Dossier im Verfahren ist.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>6. Der Antragsteller wird kurz vor Ende der Überstellungsfrist (6 Wochen vor dem Gesetz) zur Verfügung gestellt.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>• Die Meldung ist per Email und unter Angabe des BAMF-Aktenzeichens an das Postfach des Referates 32A zu senden.</td>
</tr>
<tr>
<td>• Das Referat 32A stellt dann fest, ob bereits ein Dossier im Verfahren ist.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Hinweis: Ein eventuell später eingereichtes Dossier ist im Rahmen der üblichen SER-Prüfung gemäß der DA.Dublin zu bearbeiten.
frist.
- 32C informiert die ABH und den MS.

Hinweis: Ein eventuell später eingereichtes Dossier ist im Rahmen der üblichen SER Prüfung gemäß der DA Dublin zu behandeln.

7. Eingang weiterer Unterlagen (bspw. durch den Rechtsberater)
- Werden während der Prüfung des Dossiers weitere Unterlagen bspw. durch den Rechtsberater eingereicht, so sind diese ebenfalls umgehend an das Referat 32A zuzusteuern.

4. Verfahrensabläufe nach der Prüfung des Dossiers

4.1. Ausübung des SER durch die DZ

- Die Entscheidung zur Ausübung des SER wird durch den zuständigen SB des DZ schriftlich begründet und nach der Qualitätssicherung durch Referat 32A in MARIS als Aktenvermerk (D0017) festgehalten.
- Die zuständige ABH wird mittels Briefvorlage (D0257) das Referat 32C sowie der zuständige Kirchenvertreter per Mail durch den zuständigen SB das DZ über die Ausübung des SER informiert (weiteres Vorgehen und Vorlagen, siehe Bearbeitungshinweise für SBs auf dem Leitwerk M (Ortlicher Kirchenasyl).
- Sofern eine Klage oder ein Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO anhängig ist, informiert der zuständige SB auch den P-Bereich der zuständigen AS über das Ergebnis.

In Bezug auf die weitere Vorgehensweise im Rahmen des nationalen Verfahrens wird im Übrigen auf die DA Asyl verwiesen.

4.2. DZ folgt der Auffassung der Kirchenvertreter nicht

- Soweit der SB in dem zuständigen DZ keinen besonderen Härtefall annimmt, dem Votum der Kirche somit nicht folgt, erfolgt nach der Qualitätssicherung durch 32A die Benachrichtigung aller beteiligten Stellen durch den zuständigen SB.
- Der Kirchenvertreter und nachrichtlich die Kirchengemeinde, die zuständige ABH sowie das Referat 32C werden über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt. Gleichzeitig werden der Kirchenvertreter und nachrichtlich die Kirchengemeinde gebeten, die Beendigung des Kirchenasyls innerhalb von drei Tagen mitzuteilen.
- Sofern eine Klage oder ein Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO anhängig ist, informiert der zuständige SB auch den P-Bereich der zuständigen AS über das Ergebnis.

4.2.1. Person verlässt rechtzeitig das Kirchenasyl

- Der zuständige SB des DZ teilt nach der Qualitätssicherung durch 32A dem Kirchenvertreter und nachrichtlich der Kirchengemeinde das Ergebnis der Dossiersprüfung mit. In diesem Schreiben werden der Kirchenvertreter und die Kirchengemeinde aufgefordert, die betroffenen Personen zu informieren, dass sie das Kirchenasyl binnen drei Tagen zu verlassen haben, und die Kirchengemeinde dies dem Bundesamt in derselben Frist anzuzeigen hat.
- Verlässt die Person das Kirchenasyl rechtzeitig, wird das Referat 32C hiervon unverzüglich durch 32A in Kenntnis gesetzt. Es gilt die 6-monatige Überstellungsfrist. 32C informiert die ABH darüber, dass die Person das Kirchenasyl rechtzeitig verlassen hat und dass die reguläre 6-monatige Überstellungsfrist Anwendung findet.
4.2.2. Person verlässt nicht rechtzeitig das Kirchenasyl

- Bei nicht rechtzeitigem Verlassen des Kirchenasyls informiert das Referat 32C den ersten Werktag nach Ablauf des vom DZ mitgeteilten Datums zum Verlassen des Kirchenasyls, die MS und die ABH über die geforderte 18 monatige Überstellungsfrist.

- Soweit in Fällen unter 4.2.1 auch in Fällen unter 4.2.2 wird der zu vollziehende Bescheid nicht aufgehoben.

- Das Referat 32C bittet die ABH bzw. BPOL, die Überstellung einzulösen und einen Überstellungstermin zu erteilen. Sollten die Überstellungsmodalitäten noch nicht erstellt worden sein, sind diese ebenfalls an die ABH bzw. BPOL zu erteilen.

- Der Vollzug der Überstellung liegt gem. § 71 Abs. 1 B. 1 AufenthG in der Zuständigkeit der Ausländerbehörden.

Alle Anfragen zum jeweiligen Verfahrensstand, die nach dem Abschluss der Dossierprüfung an das Bundesamt herangeführt werden, sind vom jeweils zuständigen Referat zu beantworten (32C, P-Bereich oder Außenstelle bei Übergang ins nationale Verfahren), nicht von 32A.

5. Kurzübersicht Entscheidungen und daraus folgende Konsequenzen

<table>
<thead>
<tr>
<th>Art der Kirchenasylmeldung</th>
<th>Verfahrensweise</th>
<th>Konsequenz</th>
</tr>
</thead>
</table>

Hinweis: Ein eventuell später einge-

   • stehe Ziffer 4

6. Dossier zur Vermeidung von Kirchenasyl
Die zwischen dem Bundesamt und hochrangigen Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche getroffene Vereinbarung vom 24.02.2015 steht u.a. eine Einzelfallprüfung noch vor dem Eintritt in das Kirchenasyl vor.
Die zuständigen DZ prüfen daher auch Dossiers, die von zentralen Kirchenvertretern zur Vermeidung von Kirchenasyl eingereicht werden.
Wird dem Dossier nicht gefolgt (kein SER ausgelöst) und wird der Betroffene anschließend in das Kirchenasyl aufgenommen, gilt auch hier die 18 monatige Überstellungsfrist gem. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO.

7. 18 monatige Überstellungsfrist in Kirchenasylfällen gem. Art. 29 Abs. 2 Dublin III-VO
Das Bundesamt setzt die in der Vorgangshinweise zwischen den ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes und hochrangigen Vertretern der Kirche vereinbarte Handhabung von Kirchenasylfällen fort. Gemäß der IMK vom 06. – 08.06.2018 und der dazu vorbereitenden Besprechung mit den Ländern wird eine Änderung der bisherigen Praxis vorgenommen.

8. Zuständigkeiten im Rahmen der Überstellung
Hinsichtlich der Zuständigkeiten im Rahmen der Überstellung ist anzumerken, dass das Bundesamt der jeweils zuständigen Ausländerbehörde die Vollziehung des Bescheides mitteilt. Kirchenasyl ist jedoch kein nachträglich auftretendes Abschiebungshindernis im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts (Beschluss vom 17.09.14; GZ: 2 BvR 939/14). Die Länder haben sich im Rahmen der IMK vom 06. – 08.06.2018 und der dazu vorbereitenden Besprechung verständigt, während der Prüfung des Dossiers durch das Bundesamt von aufenthaltsbeeinflussenden Maßnahmen abzusehen.

Wird trotzdem ein Überstellungstermin durch die ASH mitgeteilt, hat der zuständige Sachbearbeiter 32C mit dem Referat 32A Rücksprache zu nehmen, ob bereits ein entsprechendes Hartz-6-dossier eingegangen und geprüft worden ist.
Für den Vollzug der Überstellung und die Entscheidung über die Art und Weise, wie dieser tatsächlich erfolgt, sind die Ausländerbehörden originär zuständig (siehe § 71 Abs. 1 S. 1 AufenthG). Die Ausländerbehörden sind dann für aufenthaltsbeanspruchende Maßnahmen in eigener Zuständigkeit verantwortlich, unabhängig davon, ob es sich um die Durchführung einer Überstellung in einen MS oder die Abschiebung in ein Herkunftsland handelt.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Konstellationen</th>
<th>Bewertung</th>
<th>Vorgehensweise 32A</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Kirchenasyly bei Fällen ohne Antrag auf internat. Schutz oder isolierten Antrag nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG</td>
<td>In Fällen, in denen keine Anträge auf internationalen Schutz oder isolierte Anträge nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG gestellt worden sind, ist eine Prüfung des Dossiers nicht möglich.</td>
<td>In diesen Fällen teilt 32A den zuständigen Kirchenvertretern mit, dass die Prüfung des Dossiers erst erfolgt, wenn ein wirksam gestellter Asylantrag in Deutschland vorliegt.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

| Kirchenasyly bei Wiedereinreise nach bereits erfolgter Überstellung mit anhängigem Klageverfahren (Folgeantragstellung nicht möglich) | Das Dossier wird in diesen Fällen nicht geprüft. | In diesen Fällen teilt 32A den zuständigen Kirchenvertretern mit, dass die Prüfung des Dossiers erst erfolgt, wenn ein wirksam gestellter Asylantrag in Deutschland vorliegt. |

| Der Antragsteller kann das Klageverfahren für erledigt erklären und einen Folgeantrag stellen. | Die Kirchenvertreter werden weiterhin darauf hingewiesen, dass die Aufnahme ins Kirchenasyly nach der Wiedereinreise den Strafanstrichtung der Unterstützung zum illegalen Aufenthalt eröffnet. |
Minderjährige

1. Allgemeines


Der maßgebliche Zeitpunkt für die Bestimmung der Minderjährigkeit ist der Zeitpunkt der Antragsstellung, Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO.

Das Wohl des Kindes ist in allen Verfahren, die in dieser Verordnung vorgesehen sind, eine vorrangige Erwägung der MS, Art. 6 Abs. 1 Dublin III-VO.

2. Unbegleitete Minderjährige

Der Mitgliedstaat, in dem sich ein Familienangehöriger oder eines der Geschwister des unbegleiteten Minderjährigen rechtmäßig aufhält, ist für die Prüfung des Antrags zuständig, sofern es dem Wohl des Minderjährigen dient (Art. 8 Satz 1 Dublin III-VO).

Wenn sich keine Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten rechtmäßig im Dublingebiet aufhalten, ist der Mitgliedstaat für die Prüfung des Antrags zuständig, in dem der Minderjährige seinen Asylantrag gestellt hat (Art. 8 Abs. 4 Dublin-VO).

Der Wortlaut der Verordnung lässt nicht erkennen, ob es sich hierbei um den ersten Antrag handelt, den der Minderjährige in einem Mitgliedstaat gestellt hat oder den Antrag, den er zuletzt in einem anderen Mitgliedstaat gestellt hat. Die Entscheidung des EuGH vom 06.06.2013 (C-649/11) hat klargestellt, dass im Falle einer mehrfachen Asylantragstellung in verschiedenen Mitgliedstaaten durch einen unbegleiteten Minderjährigen der Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist, in dem sich der unbegleitete Minderjährige aufhält, nachdem er dort einen Antrag gestellt hat. Das gilt aber nur dann, wenn er keine sich im Dublingebiet rechtmäßig aufhaltenden Familienangehörigen, Geschwister oder Verwandten hat.

Falkonstellation 1:

Ist die Person zum Zeitpunkt der Antragstellung in DE minderjährig und wird erst im Laufe des Verfahrens volljährig (z.B. zum Zeitpunkt der Anhörung zur Zulassigkeit volljährig), ist DE gem. Art. 8 Abs. 4 Dublin III-VO i.V.m. der Rechtsprechung des EuGH vom 06.06.2013 zuständig.

Falkonstellation 2:

War die Person bei der ersten Antragstellung im Dublingebiet minderjährig (z.B. in Ungarn) und ist sie nun bei der zweiten Antragstellung in DE volljährig, so ist nach diesem Fall Art. 8 Dublin III-VO nicht mehr anwendbar:

- Das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren ist im anderen Mitgliedstaat (z.B. Ungarn) bereits abgeschlossen gewesen, DE prüft die Kriterien des Kapitel 3 Dublin III-VO (und damit Art. 8 Dublin III-VO) nicht mehr.
- Der Antragsteller ist zwischenzeitlich volljährig und damit ist auch die Rechtssprechung des EuGH nicht mehr anzuwenden.
- Es ist ein Tatsachenfall (Wiederaufnahmeeinsuchung) an den Mitgliedstaat der ersten Antragstellung zu richten.

3. Alterserschätzung

- Die MS können gemäß Art. 25 Abs. 5 Verfahrensrichtlinie im Rahmen der Prüfung eines Antrags auf internationalem Schutz ärztliche Untersuchungen zur Bestimmung des Alters unbegleiteter Minderjähriger durchführen lassen, wenn aufgrund allgemeiner Aussagen oder anderer einschlägiger Hinweise Zweifel bestehen, ob einer der Kriterien der Altersbestimmung des EuGH entsprechen.
- Die MS können bei der Festlegung des fiktiven Alters bei Jugendlichen, die angegeben, minderjährig zu sein, in Deutschland grundsätzlich auf den Landesbehörden, die im Rahmen der Inbahnung auf dem § 42 SGB VIII eine Altersbestimmung durchführen müssen, wenn Zweifel am Alter des Antragstellers bestehen.
- Das Bundesamtsamt übernimmt bei der Bearbeitung des Asylantrages regelmäßig das von der zuständigen Landesbehörde festgelegte fiktive Alter.
4. Inobhutnahme durch das Jugendamt und Bestellung eines Vormunds

Die Aufnahme, Unterbringung und weitere Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen ist Aufgabe des Jugendamtes. Das Jugendamt nimmt eine Altersbestimmung vor und nimmt den minderjährigen Antragsteller in Obhut. Unabhängig von der Inobhutnahme benötigt der minderjährige Antragsteller einen Vormund, Art. 6 Abs. 2 Dublin III-VO.


5. Persönliches Gespräch gemäß Art. 5 Dublin III-VO bei unbegleiteten Minderjährigen

Das persönliche Gespräch findet in Anwesenheit des Vormunds statt. Dieser soll im von der anhörenden Person festgelegten Rahmen Gelegenheit erhalten, Fragen zu stellen und Bemerkungen vorzubringen (vgl. Art. 6 Abs. 2 Dublin III-VO i.V.m. Art. 25 Abs. 1 a Verfahrensrichtlinie).

6. Indizien über Familienangehörige, Geschwister oder Verwandte in DE oder einem anderen MS

In DE:
Liegend laut Fragebogen oder sonstiger Unterlagen Erkenntnisse über Familienangehörige, Geschwister oder Verwandte in Deutschland vor, so ist über das AZR, ggf. die ABH oder den Vormund/Betreuer darauf rechtmäßig Aufenthalt zu errichten.

In einem anderen MS:
Sofern Indizien, z.B. EURODAC-Treffer im anderen MS, vorliegen, welche auf Familienangehörige, Geschwister oder Verwandte in einem anderen MS oder mehreren MS schließen lassen, so ist das Standardformular für den Austausch einschließlich Informationen zwischen den MS zu verwenden, in MARIS mit der Dokumentennummer D1302 / D1303 (DU_III_Fam_Austausch_A_6_5_die).

Gegebenenfalls sind auch die MS der Durchreise des Antragstellers abzufragen.

Es genügt, einen MS nach eventuell aufhältigen Familienangehörigen zu fragen und dies aktienkundig zu machen.

Das Bundesamt selbst ermittelt keine Angehörigen in MS, sondern verweist auf die Möglichkeit der Suchdienste, z.B.:
- DRK Suchdienst (vgl. www.drk-suchdienst.de). Das Projekt 'Trace the face' ermöglicht, über Bilder Geflüchtete bei der Suche ihrer Familienangehörigen - innerhalb und außerhalb Deutschlands- zu unterstützen.

7. Übernahmeverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen

Ergeben sich zum Beispiel aus dem persönlichen Gespräch konkrete Erkenntnisse, dass sich Familienangehörige, Geschwister oder Verwandte des unbegleiteten Minderjährigen in einem anderen MS aufhalten, ist ein Übernahmeverfahren an den MS zu richten, da davon auszugehen ist, dass die Familienzusammenführung dem Wohl

Minderjährige

Stand 07/18
des Kindes dient (Art. 8 Abs. 1 Dublin III-VO). Es erfolgt eine Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung aller Umstände (z. B. glaubhafter Vortrag des Vormundes, weshalb berechtigte Gründe gegen eine Familienzusammenführung sprechen).

Sollten keine konkreten Aussagen oder Erkenntnisse vorliegen, dass sich ein Familienangehöriger, ein Geschwister oder Verwandte rechtmässig in einem anderen Mitgliedstaat aufhalten, sind ausschließlich Informationen einzuholen (siehe Punkt 6).

Um der Minderjährigen der Obhut durch das Jugendamt vor der Altersbestimmung entzogen hat. Bei einer Zustimmung des MS ist ein Bescheid zu erstellen (siehe Kapitel Bescheid und Bescheiderstellung).

Sollte das Jugendamt mitteilen, dass im Altersbestimmungsverfahren Zweifel an der Minderjährigkeit aufgekommen sind, ist ebenfalls ein Übernahmesuchen zu erstellen. Bei einer Zustimmung des MS ist ein Bescheid zu erstellen (siehe Kapitel Bescheid und Bescheiderstellung).

8. Begleitete Minderjährige


9. Nachgeborene Kinder


Eine Befragung des gesetzlichen Vertreters des Kindes zu den Gründen, die gegen eine Überstellung des Kindes in einen anderen MS sprechen, ist nicht erforderlich, da gemäß Art. 20 Abs. 3 Dublin III-VO für das Kind kein eigenes Zuständigkeitsbestimmungsverfahren eingeweiht wird.

Bescheiderstellung

Die Sachverhaltsermittlung im jeweiligen Bescheid ist durch einen eigenen Textbaustein derzuleiten. Weitere Ausführungen hierzu sind im Kapitel Bescheiderstellung ausgeführt.


Im Bescheid ist darauf zu verweisen, dass aufgrund der Regelung des Art. 20 Abs. 3 Dublin III-VO von der Befragung der Eltern das Kind abgesteuert wird.

Besonderheit: Eltern haben internationalen Schutz im MS
(siehe DA-Asyl)

Besonderheit: Minderjähriges Kind reist seinem bereits in Deutschland lebenden Eltern aus dem Ausland nach

Der Asylantrag gilt mit Eingang der Anzeige (der Einreise) als gestellt.

Die Zuständigkeit des MS richtet sich entsprechend Art. 20 Abs. 3 Dublin III-VO nach der Situation der Eltern.

Minderjährige
10. Überstellung von Minderjährigen
In Fällen, in denen unbegleitete Minderjährige nach Deutschland überstellt werden sollen, ist zum einen der Liaisonbeamte des Bundesamtes vor Ort einzubinden, zum anderen sicher zu stellen, dass die Person bei der Ankunft in Deutschland von einer dazu berechtigten und vorab dem Bundesamt gemeldeten Person (wie Erziehungsberechtigter, Vormund, etc.) abgeholt wird. Wenn nicht sichergestellt ist, dass der unbegleitete Minderjährige bei der Ankunft in Deutschland abgeholt wird, ist die Überstellung für einen anderen Zeitpunkt zu terminieren.

Persönliches Gespräch gem. Art. 5 Dublin III-VO

1. Allgemeines
Gem. Art. 5 Dublin III-VO führt der die Zuständigkeit prüfende MS ein persönliches Gespräch mit dem Antragsteller, um das Verfahren zur Bescheidung des zuständigen MS zu erleichtern und um sicherzustellen, dass der Antragsteller, die ihm gem. Art. 4 Dublin III-VO übermittelten Informationen verstanden hat. Der Antragsteller soll über Sinn und Zweck des Dublin-Verfahrens sowie über die Folgen unterrichtet werden.

Ziel des persönlichen Gesprächs ist die umfassende Gewöhnung rechtlichen Gehörs und die Ermittlung von Sachverhalten, die die Überstellungsentscheidung beeinflussen könnten. Die Antragsteller erhalten die Gelegenheit, Gründe anzuführen, die gegen ein Dublin-Verfahren sprechen sowie rechtlich relevante Tatsachen für die Beurteilung der Abschiebungshindernisse bzw. -verbote und des Selbstentstehungsrechts vorzubringen (s. Kap. „Selbstentstehungsrecht“).

Nach der Entscheidung des BVerfG vom 17.01.2017 ist das persönliche Gespräch gem. Art. 5 Abs. 1 Dublin III-VO für die Rechtstauglichkeit des Bescheids zwingend erforderlich, außer in den Fällen des Art. 5 Abs. 2 Dublin III-VO. Erfolgt kein persönliches Gespräch gem. Art. 5 Abs. 1 Dublin III-VO vor Erlass des Bescheides, so ist dieser Bescheid rechtswidrig. Das persönliche Gespräch gem. Art. 5 Abs. 1 Dublin III-VO kann nicht durch eine schriftliche Zweistufung ersetzt werden (s. 8. „Vorgehen bei Auffälligen“).

2. Ablauf und Zuständigkeiten
Das persönliche Gespräch gem. Art. 5 Abs. 1 Dublin III-VO besteht aus der Erstbefragung zur Zulässigkeit und der Anhörung zur Zulässigkeit. Die Erstbefragung zur Zulässigkeit (D118) wird bei der Aktenanlage und der ersterhandhabung durch das AVS durchgeführt. Der Fragebogen dient dazu, alle Sachverhalte zu erfassen, die die Zuständigkeit eines anderen MS begründen können.
Möglichst im unmittelbaren Anschluss an die Erstbefragung ist die Anhörung zur Zulässigkeit (D1645) durchzuführen, die auch die Dublin-Zweitbefragung (ehemals D 1389) beinhaltet. Dieses Gespräch ist von einem Mitarbeiter des gehobenen Dienstes in einer offenen Form durchzuführen.

Betreffend den erstmaligen Anschluss eines anderen MS ist in der Regel das der Anhörung zur Zulässigkeit vorgeschoben auch die Anhörung zur Begründetheit durchzuführen. In der Anhörung zur Begründetheit muss deutlich gemacht werden, dass diese nur vorsorglich für den Fall erfolgt, dass eine Überstellung in den MS nicht stattfindet. Sinn und Zweck dieser Verfahrensweise ist die Sicherstellung eines effizienten Gesamtheitverfahrensablaufs, da so vermieden wird, dass ein weiteres Mal zur Anhörung zur Zulässigkeit geladen werden muss.

Mit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes am 08.08.2016 wurde die Anhörung zur Zulässigkeit verbindlich. Gem. § 29 Abs. 2 AsylG ist das Bundesamt verpflichtet, vor der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Asylantrags den Antragsteller zu der im § 29 Abs. 1 Nr. 1 b) bis Nr. 4 AsylG genannten Gründen, die zu einer Unzulässigkeit des gestellten Antrags führen, persönlich anzuhören. Im Dublin-Verfahren war bereits zuvor gemäß Art. 5 Dublin III-VO ein persönliches Gespräch zur Bestimmung des zuständigen MS erforderlich. Damit allen Gründen der möglichen Unzulässigkeit eines Asylantrags von jedem anhörenden Entscheidung geprüft werden, wurden die Dokumente D1389 (Zweitbefragung Dublin) in das Dokument D1645 mit aufgenommen.

3. Ladung und Folgen des Nichterscheinnens von Schutzsuchenden zum persönlichen Gespräch


Ist der Antragsteller flüchtig, wird gem. Art. 5 Abs. 2 a) Dublin III-VO auf das persönliche Gespräch verzichtet. Es ist dazu ein entsprechender Vermerk der Akte zu nehmen. Falls der Antragsteller wieder aufgefunden und ein persönliches Gespräch fahren will, gilt, dass keine Verpflichtung des Bundesamtes mehr zur Durchführung eines persönlichen Gesprächs besteht. Das "flüchtig sein" liegt in der Verantwortung des Antragstellers und er hat die entsprechenden negativen Konsequenzen zu tragen.

4. Besonderheiten bei Minderjährigen und nachgeborenen Kindern

Stelle DA Dublin, Kapitel "Minderjährige".

5. Besonderheiten bei Aufgriffsverfahren ohne Asylgesuch

Verzicht auf persönliches Gespräch nach Art. 5 Abs. 2 a) Dublin-III VO

Erscheint die Person nicht in der Aufnahmeeinrichtung, an die die aufgreifende Stelle die Person weiterleitet oder taucht die Person im Laufe des Verfahrens unter, (dies ist mittels AZR Recherche und Nachfrage bei der ABH zu eruieren), gilt die Person als flüchtig und es ist folgender Aktenvermerk anzufügen: "Der Antragsteller ist flüchtig. Auf das persönliche Gespräch wird gem. Art. 5 Abs. 2 a) Dublin-III-VO verzichtet.

Verzicht auf persönliches Gespräch nach Art. 5 Abs. 2 b) Dublin-III VO

Bei reinen Aufgriffs-/Haftverfahren ohne anschließende Asylantragstellung wird auf das persönliche Gespräch verzichtet, wenn der Ausländer in der Vernehmung der Polizei bereits sachdienliche Angaben gemacht hat, sodass der zuständige Mitgliedstaat auf andere Weise bestimmt werden kann, Art. 5 Abs. 2 b) Dublin-III VO.

Das Bundesamt kann die Befragung in Fällen ohne Asylantrag nicht durchführen.

Die Angaben ergeben sich aus den Aufgriffsmeidungen bzw. Vernehmungsprotokollen, die die Bundespolizei an das Bundesamt senet. Derzeit wird mit der Bundespolizei und den Ländern abgestimmt, inwieweit das Gespräch bei Aufgriff auch die Fragen zu Abschiebungsverboten und Dauer der Wiedereinreisebeschränkung abgehandelt werden können.
Folgender Aktenvermerk wird erstellt:

"Auf das persönliche Gespräch wurde gem. Art. 5 Abs. 2 b Dublin-III VO verzichtet. Aufgrund der vorliegenden sachdienlichen Angaben konnte der zuständige Mitgliedstaat auf andere Weise bestimmt werden."

Fehlen Informationen, die mit dem Fragebogen zur Bestimmung des für die Prüfung des Antrages zuständigen Mitgliedstaates (D1259 „Erstbefragung Dublin schriftliches Verfahren“) abgefragt werden, schickt das zuständige Dublinzentrum diesen Fragebogen an die zuletzt bekannte Adresse des Ausländer:


Befragung zu Abschiebungsverboten und Wiedereinreiseersparren

Darüber hinaus schickt das zuständige Dublinzentrum dem Ausländer zusammen mit dem Fragebogen D 1259, soweit dieser versichert wird - mit dem Fragebogen zur Prüfung von Abschiebungshindernissen im Dublinverfahren (D1414 „Zweitbefragung Dublin schriftliches Verfahren“) an die zuletzt bekannte Adresse.

Mit diesem Fragebogen werden Gründe für Abschiebungsverboten nach Art 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG abgefragt und es wird dem Ausländer Gelegenheit gegeben wird, sich zur Dauer der Befristung des Einreiseverbots zu äußern. Eine Befragung zur Zulässigkeit durch das Bundesamt findet mangels Asylantrag nicht statt.

Nimmt die Person die Möglichkeit der schriftlichen Antwort innerhalb der gesetzten Frist (eine Woche) nicht wahr, ist nach einer weiteren Woche ein entsprechender Aktenvermerk zu erstellen und der Sachverhalt im Bescheid zu würdigen. Verspätet eingehende Antworten, die mögliche Abschiebungsverbote betreffen, werden gewürdigt.

Persönliches Gespräch gem. Art. 5 Dublin-III VO Stand 11/18

Ist die Person untergetaucht, wird auf die Zusendung der Fragebögen verzichtet und ein entsprechender Aktenvermerk erstellt.

Aufgriffsmeldungen von Ausländerbehörden und Landespolizeien


6. Besonderheiten bei Aufgriffsverfahren mit Asylgesuch

siehe Kapitel Zuständigkeiten in der Dublin Gruppe und Verfahrensabläufe


Zur Begründung der Befristung des Einreiseverbots ist zu vermerken: „Der Antragsteller hat durch sein Untertauchen auf das Recht nach § 28 VwVFG verzichtet, sich zur Länge der Befristung des Einreiseverbots zu äußern."

Taucht der Antragsteller wieder auf, ist das persönliche Gespräch gegebenfalls durchzuführen.

Persönliches Gespräch gem. Art. 5 Dublin-III VO Stand 11/18
7. Besonderheiten bei Folgeanträgen

Ein persönliches Gespräch ist bei einem erneuten Antrag nicht erforderlich, wenn die Überstellung noch nicht erfolgt ist (unabhängig davon, ob der Bescheid rechtskräftig ist oder nicht). Ansonsten ist ein persönliches Gespräch (Erstbefragung, D 1105, und Anhörung zur Zulassigkeit, D 1845) durchzuführen, sofern nicht nach Art. 5 Abs. 2 Dublin III-VO darauf verzichtet werden kann.

Siehe Kapitel Folgeanträge im Dublinverfahren

8. Vorgehen bei Altfällen

In der Vergangenheit wurde in einigen Fällen von der Durchführung des persönlichen Gesprächs abgesehen, ist dieses unterbleiben, so entschließen Sie das weitere Vorgehen bitte der nachfolgenden Tabelle.

Fallkonstellationen der Dublin-Zweibefragung (Art. 5 Abs. 1 Dublin III-VO) – Gültig für Altfälle bis 28.02.2017

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellationen</th>
<th>Vorgehensweise</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. Die Dublin-Zweibefragung hat nicht stattgefunden. Die Klage ist anhängig.</td>
<td>Bei mehr als 2 Monaten bis zum Ende der Überstellungsfrist informiert 32C den RUREF in der zuständigen AS (tel. oder per mail) darüber, dass die Dublin-Zweibefragung unverzüglich nachzuholen ist. Der RUREF holt sich die Akte aus dem P-Bereich und leitet diese an einen EE weiter. Der EE lädt den Ast unverzüglich zur Zweibefragung. Bis zur Zweibefragung bleibt die Akte beim EE.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

a. Der Antragsteller erscheint nicht zur Dublin-Zweibefragung. | Der zuständige EE fertigt einen Aktenvermerk, dass der Ast zur Dublin-Zweibefragung geleden wurde, jedoch nicht erschienen ist. Diesen Aktenvermerk leitet der EE an den zuständigen SB-Prozess weiter. Der SB-Prozess fertigt ein Schreiben an das Gericht mit dem Inhalt des Aktenvermerks. Der SB-Prozess informiert Ref. 32C. |

b. Der Antragsteller erscheint zur Dublin-Zweibefragung, trägt aber keine Gründe vor, die gegen eine Überstellung in den zuständigen MS sprechen. | Nach erfolgter Zweibefragung fertigt der zuständige EE unverzüglich einen neuen Dublinbescheid unter Aufhebung des bisherigen Bescheides. Tenor: Der Bescheid vom ... wird aufgehoben. Der Asylantrag wird als unzulässig abgelehnt. Der neue Bescheid enthält eine RBB. Die Akte wird an den zuständigen P-Bereich weitergeleitet. Der P-Bereich überwacht die Bestandskraft und informiert Ref. 32C. |

c. Der Antragsteller erscheint zur Dublin-Zweibefragung, trägt aber Gründe vor, die gegen eine Überstellung in den zuständigen MS sprechen. | Der zuständige EE fertigt unverzüglich ein Votum über die Ausübung des SER und schickt dieses an den zuständigen RUREF-Prozess bzw. der Person, die über das SER im Prozessbereich entscheidet. Der RUREF-Prozess oder die Person, die über das SER im Prozessbereich entscheidet oder der SB-Prozess fertigt einen Schriftsatz an das Gericht, in denen er informiert über die Ausübung des SER. Referat 32C ist ebenfalls darüber zu informieren. |

d. Die Dublin-Zweibefragung wurde nachgeholt. Es ergießt | Der neue Bescheid wird bestandskraftig. Die Klage gegen den alten Bescheid wird
2. Die Dublin-Zweitbefragung hat nicht stattgefunden, der Bescheid ist bestandskräftig oder rechtskräftig.

3. Die Dublin-Zweitbefragung hat im Rahmen der Anhörung zu den Asylgründen stattgefunden.

a. aus dem Bescheid geht hervor, dass die Dublin-Zweitbefragung im Rahmen der Anhörung stattgefunden hat, die Klage ist intransparent.

---

Die Zweitbefragung ist nicht nachzuholen.

Die Zweitbefragung im Rahmen der Anhörung genügt den Anforderungen, wenn die Fragen 2, 3, 4 und 5 der Dublin-Zweitbefragung D1369 (signiert) abgefrag wurden.

Referat 32C informiert den zuständigen SB-Prozess.

Der SB-Prozess teilt dem Gericht in einem Schriftsatz mit, dass die Dublin-Zweitbefragung im Rahmen der Anhörung stattgefunden hat. Dem Gericht ist mitzuteilen, dass dem Antragsteller gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, dass er in einem anderen MS überstellt werden soll, der für die Prüfung seines Asylantrags zuständig ist, und ihm Gelegenheit gegeben wurde, Gründe, die dagegen sprechen, geltend zu machen.


Die schriftliche Zweitbefragung ist ausreichend. Eine Ladung zum persönlichen Gespräch erfolgt nicht.

---

6. Aufgriffsverfahren (ohne anschließende Asylantragstellung)

- Wurde mit der Person durch die BPol bzw. ASH bereits wegen der Bestimmung des zuständigen MS gesprochen, ist

<table>
<thead>
<tr>
<th>6. Aufgriffsfall mit anschließendem Asylantrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>An die Außenstelle ist zu verfügen, dass ein persönliches Gespräch zu veranlassen ist.</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>7. Folgeantrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>s. Kap. Folgeanträge</td>
</tr>
</tbody>
</table>
**Petitionen**

**Allgemeines**

Für die Bearbeitung von eingegangenen Petitionen beim Petitionsausschuss des Bundestags ist das Referat 61 C zuständig.

Ergibt sich aus der Petition ein neuer Sachverhalt, der noch nicht in der Akte berücksichtigt wurde (z.B. ein ärztliches Attest wird mit der Petition eingereicht), leitet das Referat 61 C die Petition an den zuständigen SB zur Würdigung des Sachverhalts weiter.

Je nach Verfahrensstand können sich hier unterschiedliche Zuständigkeiten für die Bearbeitung ergeben.

- Wird die Petition vor der Erstellung des Dublin-Bescheides eingereicht, ist der Dublin-SB des jeweiligen DZ (Referat 32D bis 32F) zuständig.

- Wird die Petition in einem laufenden Klageverfahren eingereicht, ist der zuständige Prozess-Sachbearbeiter zuständig.

- Wird die Petition erst nach BK des Dublin-Bescheides eingereicht, ist der Dublin-SB von 32C zuständig.

Der zuständige Bearbeiter prüft, ob eine Auslegung des BER in Betracht kommt (siehe hierzu das Kapitel Fehlererkennung und inländische und zielstaatsbezogene Abschöpfungshindemisse).

Das Referat 61 C wird durch den zuständigen Bearbeiter über das Ergebnis der Prüfung in Kenntnis gesetzt und übernimmt die weitere Bearbeitung der Petition.

**Besonderheiten im Überstellungsverfahren**

Die Überstellungsfrist wird durch das Einlegen der Petition nicht gekürzt.

---

**Rechtsbehelfe**

1. **Allgemein**

Art. 27 Dublin III-VO garantiert dem Antragsteller (wie auch der Person im Aufgriffsverfahren) das Recht auf ein wirksameres Rechtsmittel gegen eine Überstellungsentscheidung durch ein Gericht.

Für die Koordination der Überstellungen in die Mitgliedstaaten ist das Referat 32 C zuständig.

Die Kommunikation mit Referat 32 C sollte grundsätzlich über *32C-Prozess erfolgen. Bei Einzelfällen mit besonderer Bedeutung oder klärungsbedürftigen Grundsatzfragen sind Anfragen an das Postfach 32A-Dublinprozess zu richten.

**Übersicht**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rechtsbehelf</th>
<th>Klage mit Eilantrag</th>
<th>Klage ohne Eilantrag</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Frist zur Einlegung</strong></td>
<td>1 Woche, § 74 Abs. 1 AsyG</td>
<td>1 Woche, § 74 Abs. 1 AsyG</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Ausschöpfende Wirkung</strong></td>
<td>Ja – es kann zunächst mit Einlegung des Eilantrages nicht überstellt werden, § 80 Abs. 5 VwGO</td>
<td>Nein (§ 75 Abs. 1 AsyG) – es kann überstellt werden</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Hemmnschrift an MS</strong></td>
<td>Hermnnschrift D0309 ist durch den P-Bereich an den MS via Outlook zu versenden. Die Empfangsbestätigung (proof of delivery) ist in die Akte zu nehmen.</td>
<td>Nicht erforderlich</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Sachstandsmitteilung</strong></td>
<td>Sachstandsmitteilung D0129 ist gleichzeitig durch P-Bereich an ABH per Fax zu versenden. Die Sachstandsmitteilung ist auch an 32C zu senden (per E-Mail an</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Vollziehbarkeitsmitteilung \n</td>
<td>\n</td>
<td>ABH (D1826)</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Überstellungsfrist (siehe Kapitel Fristen)</strong></td>
<td>Hemmung der Überstellungsfrist durch das Einlegen des Eilantrags</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Die neue 6-monatige Frist beginnt mit der ablehnenden Entscheidung des VG im Einvernehmen.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Bei Stattgabe des Eilantrags beginnt die neue 6-monatige Überstellungsfrist mit Eintritt der Rechtswirkung der Entscheidung in der Hauptsache.</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Sonderfall: Abgewiesene Anfertigungsdarlehen und Antrag auf Zulassung Berufung</td>
<td>8 Monate ab Zustimmung/Zustimmungsfiktion</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Sonderfall: Verfristet eingegangener Eilantrag</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mitteilung an den MS über den Wegfall der aufschiebenden Wirkung (D0129)</td>
<td>Bei Ablehnung des Eilantrags Mitteilung über den Wegfall der aufschiebenden Wirkung sowie an 32C (&quot;32C-Prozess&quot;)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Rechtskräftiges Urteil zugunsten Ausländer: Mitteilung „Überstellungsverfahren erübrigt sich“</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- Rechtskräftiges klausescheidungsgemäßes Urteil: Mitteilung Wegfall aufschiebender Wirkung sowie an 32C (&quot;32C-Prozess&quot;)</td>
<td>Die Mitteilung ist per Fax an die ABH zu senden sowie per Mail an 32C (&quot;32C-Prozess&quot;)</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Anmerkung zur Tabelle:**


1.1. Bestandskraft

Häufig wird Klage mit oder ohne Eilantrag gegen den Dublinbescheid eingereicht, mit der die Aufhebung des Dublinbescheids beantragt wird (Anfechtungsklage).

Wird innerhalb einer Woche nach Zustellung des Bescheids kein Rechtsmittel eingelegt, wird der Bescheid bestandskräftig. § 74 Abs 1 AsyG.
Bestandskraft = 1 Woche nach Zustellung des Bescheides, wenn kein Rechtsmittel eingelegt wird.

1.2. Rechtskraft


Rechtskraft = 1 Monat nach Zustellung des Urteils, wenn kein Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt wird.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts, durch das die Klage als offensichtlich unzulässig oder unbegründet abgewiesen wird, ist unanfechtbar (§ 78 Abs. 1 S. 1 AsylG.)

2. Aufschiebbende Wirkung

Einanträge nach § 80 Abs. 5 VwGO haben die aufschlaubende Wirkung der Klage zur Folge. Durch die aufschiebbende Wirkung wird bei Klage auf Anfechtung des Dublinbescheides der Vollzug und Vollstreckung der Abschiebungsanordnung nach § 34 a Abs. 1 S. 1 AsylG. unzulässig.

Folger: Der Antragsteller kann erst mal nicht überstellt werden.

Lehnt das Gericht den Einantrag durch Beschluss ab, entfällt die aufschiebende Wirkung mit Datum des Beschlusses. Gibt das Gericht dem Einantrag statt, bleibt die aufschiebende Wirkung erhalten.

§ 80 VwGO abgelehnt = Aufschiebbende Wirkung entfällt
§ 80 VwGO stattgegeben = Aufschiebbende Wirkung bleibt erhalten
3. Prozess-SB erfasst erst danach Klage und Eilantrag in der Entscheidungs-
maske in MARIS. Die automatisch generierte Email ist als Information an die
Sachbearbeitenden in Referat 32C (*32C-Prozess) ausreichend, um dort die
erforderlichen Schritte des Überstellungsverfahrens einzuleiten.
Die Entscheidung ist als PDF-Datend am e. g. Adressen zu versenden. Hier-
zumigen kurzen Angaben im Betreff zu:
- Entscheidungsart (Urteil/Geschloss)
- Name des Verwaltungsgerichts
- Ablehnung oder Stattgabe
- Betreffender MS

4. Unverzüglich Sachstandsmitteilung mit Info über Hemmnis (Einlegung
Rechtsmittel) an ABH versenden (D0129), bereits ergangene BK-
Mitteilungen sind aufzuheben. Diese Mitteilung ist ebenfalls an 32C per E-Mail
an *32C-Prozess zu senden.

5. In Auftragsverfahren und bei Haftfällen ist bei Einlegung eines Eilantrags
(nicht bei Einlegen einer Klage) zusätzlich unverzüglich die Bundespolizei
bzw. die Ausländerbehörde hierüber durch 32C zu informieren. Ist bereits ein
Überstellungsantrag geplant, so sind die für den Vollzug der Überstellung zu-
ständigen Behörden (ABH und/oder BFOL) umgehend um Stornierung des
Terms zu ersuchen.

6. Prozess-SB trägt bei fraggerecht gestaltetm Eilantrag in die MARIS Maske
Dubindaten im Feld „Überstellung“ das Attribut „Rechtsmittel mit aufschieben-
der Wirkung“ ein.

4.2. Mitteilung über Einlegung eines Eilantrages an MS
Sobald Erkenntnisse über den eingegagten Eilantrag gegen die Abschiebungseror-
nung vorliegen, erfolgt durch den zuständigen Prozesssachbearbeitenden der Au-
ßenstelle eine unverzügliche Information über die Einlegung des Rechtsbevollmacht.

Die Mitteilung erfolgt nicht, wenn ausschließlich Klage eingereicht wurde.
Die Mitteilung muss immer möglichst zeitnah nach Einlegung des Eilantrages erfol-
gen. Aus dem systematischen Zusammenhang des Art. 9 Abs. 1-3 DVO sowie dem
erkennbaren Regelungszweck, im Interesse der Verfahrensbeschleunigung die Zu-
 sammenarbeit von ersuchendem und ersuchtem Mitgliedstaat bei der Überstellung
zu erleichtern, ist zu folgern, dass diese Benachrichtigung ohne schuldhaftes Zögern,
jedenfalls aber innerhalb der regulären sechsmaligen Überstellungsfrist ab Zu-
stimmung zum (Wieder-)Aufnahmearbeiten zu erfolgen hat (vgl. VG Würzburg, Ur-

4.3. Vorgehen bei Ablehnung eines Eilantrages
- Wird der Antrag im Elverfahren abgelehnt, ist in der MARIS Maske Dubindaten
im Feld „Überstellung“ die vorbelegte Eintragung „Rechtsmittel mit aufschieben-
der Wirkung“ durch den Prozess-SB wieder auf „blank“ zu setzen.

- Die ablehnende Entscheidung im Elverfahren wird durch den Prozess-SB in der
Außenstelle in der MARIS Entscheidungsmaske aufgenommen (Datum des Be-
schlusses). Das Datum des Beschlusses ist durch den Prozess-SB der AS dem
MS mitzuteilen (D0309) und als maßgebliches Datum für die Fristberechnung zu
verwenden. Das Datum, an dem die Überstellungsfrist endet, ist ebenfalls dem
MS mitzuteilen. Einige Gerichte sehen ohne diese Mitteilung die Verlängerung
der Überstellungsfrist nicht als rechtmäßig an.

- Eine neue sechsmalige Frist beginnt dann mit der ablehnenden Entscheidung
des VG im Elverfahren (vgl. Art. 29 Abs. 1 S. 1 Dublin-III-VO).

- Unverzüglich Sachstandsmitteilung mit Info über Zeitpunkt der Vollziehbarkeit
an ABH versenden (D1626); anschließend ist 32C zu informieren. Diese Mittei-
lung ist ebenfalls an 32C per E-Mail an *32C-Prozess zu senden.
4.4. Vorgehen bei ablehnender Entscheidung eines Eilantrages und anschließendem Antrag nach § 80 Abs. 7 VwGO

Nach § 80 Abs. 7 Satz 1 VwGO (Abänderungsverfahren) kann das Gericht der Hauptsache von Amts wegen oder auf Antrag Beschlüsse über Eilanträge nach § 80 Abs. 5 VwGO jederzeit ändern oder aufheben.

Jeder Beteiligte kann die Änderung oder Aufhebung wegen veränderter oder im ur sprunglichen Verfahren ohne Verschulden nicht geltend gemachter Umstände bean tragen (§ 80 Abs. 7 Satz 2 VwGO).

Die Einlegung des Antrags auf Abänderung des Beschlusses nach § 80 Abs. 5 VwGO hat keine aufschiebende Wirkung und hat keinen Einfluss auf die Überstellungsfrist.

Andert das Gericht im Abänderungsverfahren gem. § 80 Abs. 7 VwGO den Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO dahingehend, dass dem Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO stattgegeben wird (ABH, "32C-Prozess sind unverzüglich zu unterrichten), so ist der Ausgang des Verfahrens in der Hauptsache abzuwarten und die Überstellungsfrist wird mit Datum des Beschlusses im Abänderungsverfahren gehemmt (der MS ist hierüber durch den P-Bereich zu informieren).

Wird der Beschluss nach § 80 Abs. 5 VwGO nicht abgeändert, so läuft die Überstellungsfrist ab dem Eilantrag.

4.5. Vorgehen im Falle der Stattgabe des Eilantrages

- Wird dem Eilantrag stattgegeben, ist von der Überstellung zunächst abzusehen.
- Wird die Klage stattgegeben und erstreckt die Entscheidung in Rechtskraft, ist der MS durch den P-Bereich zu informieren (DD309) und das Verfahren an die AS abzugeben.
- Wird die Klage abgelehnt und tritt Rechtskraft ein, beginnt die sechsmonatige Überstellungsfrist mit Eintritt der Rechtskraft (zur Berechnung der Überstellungsfrist, falls Antrag auf Zulassung der Berufung eingelegt wird, siehe Fristen).

4.6. Vorgehen bei verfristet eingelegtem Eilantrag

Mit Ablauf der Frist zur Einlegung eines Eilantrages wird der Bescheid bestandskräftig und vollziehbar. 32C versendet das Modalitätsbescheiden (D1258). Legt der Antragsteller verfristet einen Eilantrag ein, wird das Überstellungsverfahren fortgeführt, aber kein Eilantragsbescheid an den MS versandt. Das Gericht wird hierüber durch den P-Bereich unverzüglich informiert. Legt das BAMF ein konkreter Überstellungsstan ordnung vor, informiert 32C den zuständigen P-Bereich, der das Gericht darüber informiert.

Falls das Gericht das Bundesamt im Zusammenhang mit dem verfristet eingelegten Eilantrag um Stellungnahme bittet, verweist der P-Bereich darauf, dass an der Überstellung festgehalten werde, solange dem verfristet eingelegten Eilantrag nicht stattgegeben wird.

Nimmt das Gericht den Eilantrag trotz Verfristung an und gibt diesem statt, informiert der P-Bereich unverzüglich 32C per E-Mail ("32C-Prozesse). Die Überstellung wird durch Referent 32C gestartet, der MS wird durch den P-Bereich über die aufschiebende Wirkung informiert (DD309). Die Rechtskraft des Urteils wird abgewartet.

Lehnt das Gericht den verfristet eingereichten Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO ab, berechnet sich die Überstellungsfrist ab Zustimmung bzw. Zustimmungsfiktion.

4.7. Rücknahme des Eilantrages

Grundsätzlich wirkt die Rücknahme eines Eilantrages gem. § 80 Abs. 5 VwGO ext. tun. Das Verfahren wird so behandelt, als sei kein Eilantrag gestellt worden. Diese Grundsätze werden im Dublin-Verfahren jedoch nicht angewendet. Die Ausführungen des DVerwG in seinem Beschluss 1 C 15/15 werden hier analog zur 32C-Prozesse herangezogen. Damit beginnt die 6-monatige Überstellungsfrist ab Einstellungsbeschluss erneut zu laufen.

6. Überstellung

Siehe auch Kapitel Überstellung.
Eine Überstellung kann durchgeführt werden, wenn:
- der Dublin-Bescheid bestandskräftig geworden ist; also kein Rechtsmittel gegen den Dublin-Bescheid eingelegt worden ist.
- Klage, aber kein Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung (§ 80 Abs. 5 VwGO) eingelegt wurde.
- der Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO abgelehnt wurde.
- dem Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO stattgegeben, aber die Klage abgewiesen wurde und Rechtskraft des Urteils eingetreten ist.

Sind keine Erkenntnisse in der Akte, dass ein Eilantrag nach § 80 Abs. 5 VwGO eingelegt wurde und ist die Überstellung innerhalb von 3 Wochen ab Bestandskraft des Bescheides geplant, so ruft 32C einen Tag vor dem geplanten Überstellungstermin beim zuständigen Gericht an und erkennt die, ob ein Eilantrag bei Gericht eingegangen ist. Hierüber ist ein Aktenmerk zu fälligen.

Sollte bei Gericht ein Eilantrag eingegangen sein, von dem das Bundesamt noch keine Kenntnis hatte, so ist unverzüglich mit der zuständigen ABH Kontakt aufzunehmen und die geplante Überstellung zu stornieren. Der zuständige P-Bereich ist ebenfalls zu informieren, damit das Hemmnisschreiben (D0309) an den MS gesandt werden kann.

6. Zusammenfassung: Mitteilungen an den MS durch den P-Bereich (D0309)
1. Hemmnisschreiben mit Einlegung eines Eilantrags bzw. Stattgabe eines vorfristig eingelegten Eilantrags

Das Schreiben D0309 ist an den MS via Dublnet zu versenden und die Empfangsbestätigung (Umwandeln in Dokumentenvorlage D1249) zur Akte zu nehmen.

Die Empfangsbestätigung ist als Nachweis der erfolgreichen Übermittlung der Hemmnisschreiben gegenüber dem MS zwingend erforderlich.

7. Ergänzende Informationen für den P-Bereich:

7.1 Informationsaustausch zwischen dem P-Bereich und der Dublin-Gruppe:
- Informationen, die ein Vollstreckungs-/Abschiebehindernis darstellen können (z.B. Altstätte), liefert der P-Bereich an 32C zur Auswertung weiter.
- VG bittet um Stellungnahme: 32C ("32C-Prozess") liefert auf Anfrage durch den P-Bereich Textbeiträge in Bezug auf konkrete Einzelfälle zu (insb. zur Frage der Ausführung von SER); 32A ("32A-Dublinprozess") liefert auf Anfrage durch den P-Bereich Textbeiträge zu grundsätzlichen Dublin-spezifischen Fachfragen zu.

7.2 Der Referat 32C informiert den P-Bereich:
- bei Fristverlängerung (z.B. unbekannt verzogen) per Mail; gleichzeitig informiert 32C das zuständige Gericht über die Fristverlängerung, wenn diese 32C bekannt wird und durch den P-Bereich noch nicht erfolgt ist, solange der P-Bereich eine tagesaktuelle Bearbeitung nicht sicher stellen kann.
- bei Dubinabbruch: Der P-Bereich muss hier umgehend das VG informieren, damit das Verfahren dort eingestellt werden kann.
- bei erfolgreicher Überstellung in den MS: Die Akte wird über den AVS-L an den P-Bereich zurückgegeben. Der P-Bereich muss hier umgehend das VG informieren, damit das Verfahren dort eingestellt werden kann.
Relocation


Für Altverfahren gilt folgendes:

1. Allgemein


Durch die Übernahme der Personen im Rahmen des Relocation-Verfahrens ist Deutschland für die Durchführung des nationalen Asylverfahrens zuständig. Eine Dublin-Prüfung entfällt daher für diesen Personenkreis.

2. Relocation nach Deutschland


Für Flüchtlinge, die im Rahmen des Relocation-Programms nach Deutschland einreisen, werden durch Ref. 411 (AS Friedland) Vorauslagen erstellt, die in der MARIS-Abfrage „Relocation“ bereit liegen. Im nächsten Schritt werden in der Anlaufbeschleunigung (erstellt durch Wartenaum Erding) und im Ankunftsschweis (erteilt durch die jeweils zuständige Erstaufnahmeeinrichtung) das bereits vorliegende BAMF-Az. bzw. die MARIS-Personennummer sowie der Zusatz „Relocation“ in das Betrefffeld eingetragen. So ist sofort erkennbar, dass es sich um einen „Relocation-Fall“ handelt. Die entsprechenden Passagen in der DA-AVS (Kapitel Erstantrag persönlich, Ziff. 21, Personensuche, “Relocation-Vorauslage” liegt vor) ist zu beachten.

Da die Registrierung der Personen in Italien und Griechenland Voraussetzung für das Relocation-Verfahren ist, wurde eine EURODAC-Abfrage der betreffenden Personen einen EURODAC-Treff der Kategorie 1 ergeben.

Da für diese Personengruppe jedoch keiner Dublin-Verfahren durchzuführen ist, ist bei Aktenanlage in den Außenstellen wie folgt zu verfahren:

- Die Akte ist in „Erstantrag“ umzuprotokollieren (Schrift „Asylantrag und § 80 Abs. 1 AsylG“). Danach erfolgt die Bearbeitung in der zuständigen AS gemäß DA-AVS/DA Asyl
- Keine Aushändigung bzw. Versendung des Dublin-Abfragebogens durch das A
- Keine Weiterleitung zur Dublinprüfung an das zuständige Dublinzentrum
Diese Akten werden sofort im nationalen Verfahren bearbeitet. Deutschland führt das in Griechenland und Italien bereits gestellte Schutzersuchen weiter.

Den genauen Prozess-Ablauf können Sie dem "Prozesshandbuch Relocation-Verfahren" entnehmen.

3. Sekundärwanderung im Rahmen von Relocation

In den Erweiterungsgründen der beiden EU-Ratsbeschlüsse heißt es, dass Maßnahmen ergreifen werden sollten, um die Sekundärmigration von umgesiedelten Personen aus dem Umsiedlungsmitgliedstaat in andere MS zu verhindern, da dies die wirksame Durchführung der Beschlüsse beeinträchtigen könnte.


Eine Ausnahme besteht dahingehend, dass Antragsteller, die während des Transfers untertauchen und nicht im Hohheitsgebiet des Relocation-Mitgliedstaats ankommen, im Rahmen der Dublin III-VO an Griechenland bzw. Italien angeboten und dorthin zurück überstellt werden.

In den Erweiterungsgründen der EU-Ratsbeschlüsse heißt es, dass die Relocation-Maßnahmen die MS nicht von der vollständigen Anwendung der Dublin III-VO entbinden, einschließlich der Bestimmungen zur Familienzusammenführung, zum besonderen Schutz für unbegleitete Minderjährige und zur Ermessenskausal im Zusammenhang mit humanitären Gründen. Daher finden insbesondere die Bestimmungen in Art. 8, Art. 18 und Art. 17 Dublin III-VO Anwendung.

Ebenfalls gelten für die Überstellung in den Umsiedlungsmitgliedstaat die Verfahrensschritte der Dublin III-VO einschließlich der Fristen.

4. Verfahren bei Sekundärmigration nach Deutschland nach erfolgtem Relocation-Verfahren in einem anderen Mitgliedstaat

4.1 Ankunftszeniten/Außenstellen

Bitte achten Sie auf Konstellationen, in denen folgende Kriterien vorliegen:

a) Antragstellung oder Aufgriff in Deutschland und
b) Vorliegen eines EURODAC Kat. 1-Treffers mit Griechenland bzw. Italien und
c) Staatsangehörigkeit Eritrea oder Syrien, sowie Irak, sofern das Asylgesuch in Griechenland bzw. Italien vor dem 08.07.2016 geklärt wurde.

Liegen o.g. Tatbestände vor, könnte vor Antragstellung in Deutschland bereits ein Relocation-Verfahren mit einem anderen Mitgliedstaat durchgeführt worden sein. In diesen Fällen ist es zwingend erforderlich, dass der Antragsteller im Rahmen der Anhörung zur Zulässigkeit danach befragt wird (Beispiel: \"Werden Sie von Griechenland bzw. Italien in einen anderen Mitgliedstaat umgeleitet?\)

Die Akte ist anschließend an das zuständige Dublinzentrum weiterzuleiten.


dem Zielland Deutschland. In diesen Fällen wird das Asylantragverfahren in Deutschland durchgeführt.


4.2 Dublinzentren

Nach Prüfung der Aktenlage ist eine Anfrage an das Linkspersonal in Griechenland bzw. Italien zu richten, ob der Antragsteller tatsächlich im Rahmen des Relocation-Verfahrens in einem anderen Mitgliedstaat umgesiedelt worden ist. Die Mail-Anfrage soll Name, Geburtsdatum und EURODAC-Nummer des Antragstellers enthalten.


Remonstration

1. Allgemein

Der ersuchende MS kann bei einer ablehnenden Antwort - wenn die Ablehnung seiner Auffassung auf einer falschen Bearbeitung beruht oder zusätzliche Beweismittel vorliegen - gem. Art. 5 Abs. 2 DVO um eine neuere Prüfung des Ersuchens bitten (Remonstration).


2. Fristen und Auswirkungen

Laut Art. 5 Abs. 2 DVO muss die „Möglichkeit […] binnen drei Wochen […] in Anspruch genommen werden“. Allerdings nennt die Regelung keine Konsequenzen bei einer Nichteinhaltung dieser Frist. Dies impliziert, dass der ersuchte MS eine Remonstration ablehnen kann, wenn diese nicht innerhalb von drei Wochen gestellt wurde.

Der ersuchte MS sollte versuchen, innerhalb von zwei Wochen auf die Remonstration zu antworten. Antwortet er nicht innerhalb der Frist, hat dies keine rechtlichen Auswirkungen. Daher gilt eine nicht erbrachte Antwort binnen zwei Wochen nicht als fiktive Zustimmung und hat keinen Zuständigkeitsübergang zur Folge. Wird nicht auf die Remonstration geantwortet, so ist von einer Ablehnung des MS auszugehen.

Durch dieses zusätzliche Verfahren wird keine Verlängerung der Antwortfrist bewirkt (Art. 5 Abs. 2 Satz 4 DVO). Eine innerhalb der drei Wochen gestellte Remonstration begründet zwar die Pflicht einer erneuten Prüfung, hat aber nicht zur Folge, dass die Fristen des Dublin III-VO wieder von neuem zu laufen beginnen.

Remonstration

Stand 07/19

Remonstration

Stand 11/19
3. Bearbeitungshinweise

Die MS haben sich darauf geeinigt, dass Remonstrationsersuchen auf ernsthafte Argumenten und ggf. neuen Beweismitteln beruhen und nicht nur eine Wiederholung des Übernahmeverfahrens darstellen sollten.

Das Remonstrationseschreiben ist im MARIS unter der Dokumentennummer D 1100 verfügbar und ist über Dublinet zu versenden.

Sollte keine Antwort auf die Remonstration ergehen, wird empfohlen, nach zwei Wochen ein Erinnerungsschreiben an diesen MS zu senden (Mahnung_an_MS D0343 oder Mahnung_an_MS_a D0344) oder mit dem Leitungspersonal aus dem MS Kontakt aufzunehmen, sofern einer in dem MS eingesetzt ist.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Fallkonstellation</th>
<th>Vorgehensweise</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Die Remonstration ist erfolgreich</td>
<td>Es ist ein Dublin-Beschluß zu erstellen.</td>
</tr>
<tr>
<td>Die Remonstration ist nicht erfolgreich und es liegt kein Antrag auf internationalen Schutz in Deutschland vor (Aufgriffsfall)</td>
<td>Die aufgreifende Stelle ist zu informieren und die Akte zu archivieren.</td>
</tr>
<tr>
<td>Die Remonstration ist nicht erfolgreich und es liegt ein Antrag auf internationalen Schutz in Deutschland vor</td>
<td>Das nationale Asylverfahren ist durchzuführen. In diesen Fällen ist dann der Aktenvermerk „VermNatVerf_da_keineDU_Bed“ (D0272) zu erstellen und folgender Abschnitt einzutragen: „Die Zuständigkeit eines anderen MS ist im vorliegenden Fall nach derzeitiger Aktenlage aufgrund mangelnder Beweise und Indizien nicht gegeben. Für die Durchführung des Asylverfahrens ist somit die Bundesrepublik Deutschland zuständig.“</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Sicherheitsrelevante Fälle

Bei sicherheitsrelevanten Fällen ist die DA Asyl, Kapitel Sicherheit, zu beachten.

Austausch von sicherheitsrelevanten Informationen im Dublinverfahren:

1. Eingehende Übernahmeverfahren an anderer MS an Deutschland:

Werden sicherheitsrelevante Erkenntnisse durch einen anderen MS oder Leitungsbetriebe des BAMF während des laufenden Dublinverfahrens mitgeteilt, hat durch den zuständigen SB von Ref. 32B umgehend eine Meldung an das Sicherheitsreferat zu erfolgen.

2. Übernahmeverfahren an andere MS:

Werden sicherheitsrelevante Erkenntnisse während des laufenden Dublinverfahrens bekannt, hat durch den zuständigen SB das Dublinreferat 32C bis 32F umgehend eine Meldung an das Sicherheitsreferat zu erfolgen.

Bei Überstellungen bezüglich sicherheitsrelevanter Fälle ist im Einzelfall vor dem beabsichtigten Überstellungstermin Rücksprache mit dem jeweiligen Sicherheitsbeauftragten von 32B / 32C zu nehmen.
Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Dublin-Verfahrens

Gemäß BMV-Erlass vom 03.11.2017 soll das BAMF seine Zustimmung zur Übernahme eines Asylverfahrens auf Antrag eines anderen Mitgliedstaates im Wege des Dublin-Verfahrens bei Ernennungsentcheidungen nur abgeben, wenn der Mitgliedstaat zuvor biometrische Daten (Fingerabdruck, Passfoto) für eine Sicherheitsprüfung übermittelt hat.

Würden die erforderlichen Dokumente nicht bereits mit dem Übernahmeverfahren vorgelegt, ist das Übernahmeverfahren zunächst mit folgendem Text abzuwenden:

"Das Ersuchen um Übernahme wird abgelehnt.

Eine Prüfung der Zuständigkeit gem. Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO ist der Bundesrepublik Deutschland erst dann möglich, wenn dem Bundesamt die Fingerabdrücke der o.g. Person(en) im NIST-Format sowie ein Foto vorliegen. XXX wird um entsprechende Zusendung gebeten.

Bei Vorliegen der erbetenen Unterlagen ist die Bundesrepublik Deutschland zur erneuten Prüfung des Ersuchens bereit.

Auf die in der Dublin III-Verordnung bestehenden Fristen wird hingewiesen.

Your late charge or late back request is declined.

Determining the responsibility of the Federal Republic of Germany according to Art 17 (2), Dublin III-Regulation is possible only, after the Federal Agency for Migration and Refugees is provided with fingerprints of the above mentioned person in NIST format and a photograph.

XXX is kindly requested to send the necessary documents.

Once the documents are provided, the Federal Republic of Germany is willing to look into the merits of the request.

The timelines of the Dublin III-Regulation apply."

Sicherheitsüberprüfung im Rahmen des Dublin-Verfahrens

Stand 02/18

StarthilfePlus

Das Bundesprogramm StarthilfePlus bildet in Ergänzung des Bund-Länder-Programms REAG/GARP eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für Asylsuchende, die sich verbindlich für eine freiwillige Ausreise entscheiden. Ein umfangreiches Merkblatt zu StarthilfePlus sowie weitere Informationen stehen zur Verfügung unter: https://www.returningfromgermany.de/de/programmes/starthilfe-plus/information


Zur administrativen Unterstützung wurde im AZ Mönchengladbach ein spezielles AVS-Team eingerichtet. Dort wird darauf geachtet, dass die Information zu einem StarthilfePlus-Antrag in die laufende Akte eingegangen wird (nicht in abgeschlossene Verfahrensakten) und, falls nötig, entsprechende Referenzen gesetzt werden.


StarthilfePlus

Stand 07/18
Systemische Mängel

1. Gerichtsentscheidungen
- dass die bloße Rückführung in ein Land, in dem die wirtschaftliche Stellung der Person schlechter als im ausweisenden Land ist, nicht ausreicht, um das in Art. 3 EMRK untersagte Mindestmaß an Misshandlung zu erreichen,
- dass Art. 3 EMRK nicht als Verpflichtung der Hohen Vertragsparteien (Mitgliedstaaten) ausgelegt werden kann, jeder Person innerhalb ihres Heimatgebiets eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen,
- dass diese Bestimmung keine allgemeine Verpflichtung beinhaltet, Flüchtlingen finanzielle Hilfe zu bieten, um es ihnen zu ermöglichen, einen gewissen Lebensstandard aufrecht zu erhalten und,
- dass ausweisende Ausländer grundsätzlich nicht einen Anspruch auf Verbleib im Gebiet einer Vertragspartei geltend machen können, um weiterhin medizinische, soziale oder andere Formen der Unterstützung oder Dienstleistungen zu erhalten, die der ausweisende Staat erbringt (vgl. EGMR, Entscheidung vom 02.04.2013, Nr. 27725/10, Mohammed Hussein u. a. gegen die Niederlande und Italien, Rn. 70 f).

2. Verfahren
- Ob Deutschland systemische Mängel in einem MS annimmt, wird per Weisung durch die BAMF Leitung oder das BMI mitgeteilt.
- Erweist es sich als unmöglich, einen Antragsteller an den zunächst als zuständig bestimmten MS zu überstellen, da es wesentliche Gründe für die Annahme gibt, dass das Asylverfahren und die Aufnahmebedingungen für Antragsteller in diesem MS systematische Schwachstellen aufweisen, die eine Gefahr einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung im Sinne des Art. 4 der EU-Grundrechtecharta mit sich bringen, so setzt der die Zuständigkeit prüfende MS die Prüfung der in Kapitel III vorgesehenen Zuständigkeitskriterien fort, um festzustellen, ob ein anderer MS als zuständig bestimmt werden kann (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 Dublin-III-VO). Damit geht die Zuständigkeit kraft Gesetzes auf den die Zuständigkeit prüfenden MS über, ohne dass es der Ausübung des Selbstaunhisrechts bedarf.
- Siehe auch Textbaustein zu systemischen Mängeln und Texthandbuch (d330).
Übersetzung fremdsprachiger Dokumente

Lieg t zum Zeitpunkt der Antragstellung ein fremdsprachiges Dokument vor, ist die Übersetzung grundsätzlich von der aktenführenden AS zu veranlassen.

Für das Dublin-Verfahren ist die Übersetzung folgender fremdsprachiger Dokumente erforderlich:
- Personaldokumente aus dem HKL (z.B. Reisepass, ID-Karte, Geburtsurkunde)
- Personaldokumente aus dem MS (z.B. Asylkarte)
- Aufenthaltsdokumente

Wird ein fremdsprachiges Dokument, das für die Durchführung des Dublin-Verfahrens erforderlich ist, im Laufe des Dublin-Verfahrens dem Bundesamt zugestellt, so ist die Übersetzung von den Dublinreferaten nur zu veranlassen, wenn die Übersetzung des Dokumentes für die Entscheidung im Dublin-Verfahren erforderlich ist.

Der zuständige Dublin-SB versendet hierzu einen Übersetzungsauftrag an das Ref. 31E (Bereitschafts Dolmetscherdienste). Hierbei ist eine Frist von zwei Wochen für die Erledigung der Übersetzung anzugeben.

Überstellung

Allgemeines

Die Überstellung in den zuständigen MS erfolgt gemäß den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des ersuchenden MS nach Abstimmung der beteiligten MS, Art. 29 Abs. 1 Dublin III-VO.

Art. 7 DVO konkreterisiert, dass die Überstellung auf eine der folgenden Weisen zu erfolgen hat:
- auf Initiative des Ausländer (freiwillige Ausreise)
- in Form der kontrollierten Ausreise, wobei der Ausländer bis zum Besteigen des Beförderungsmittels von einem Bediensteten des ersuchenden MS begleitet wird
- in Begleitung, wobei der Ausländer von einem Bediensteten des ersuchenden MS eskortiert überstellt wird

Die Kosten für die Überstellung werden durch den überstellenden MS getragen, Art. 30 Abs. 1 Dublin III-VO.

Voraussetzung für die Überstellung ist ein vollziehbarer Dublin-Bescheid.

Zuständigkeiten

Zuständig für die Koordinierung von Überstellungen ist Referat 32C. Bei Überstellungen aus den MS nach Deutschland koordiniert Referat 32B die Überstellung.

Durchführung der Überstellung

Vor Durchführung einer Überstellung sind alle relevanten Informationen unter den MS auszutauschen (Art. 31 Dublin III-VO). Hierzu ist das Standardformblatt der europäischen Kommission zu verwenden, das in MARIS unter der Dokumentenummer D XXXXX abgerufen werden kann. Der Weiterer Übermittler der überstellenden MS

1 Bis zur Implementierung der Standardübersetzung in MARIS sind diese Informationen via DUBNET an den MS zu übermitteln.
dem zuständigen MS Informationen über besondere Bedürfnisse der zu überstellenden Person, insbesondere bei Behinderten, älteren Menschen, Schwangeren, Min-

Der überstellende MS übermittelt dem zuständigen MS die Informationen nach diesem Artikel nur mit ausdrücklicher Einwilligung des Antragstellers und/oder seines Vertreters, oder falls die Person aus physischen oder rechtlichen Gründen außerstande ist, ihre Einwilligung zu geben, sofern eine solche Übermittlung zum Schutz lebenswichtiger Interessen des Antragstellers oder eines Dritten erforderlich ist (Art. 32 Abs. 2 Dublin III-VO). Das Fehlen der Einwilligung, einschließlich einer Verweigerung zur Einwilligung steht der Überstellung allerdings nicht entgegen (Art. 32 Abs. 2 S. 2 Dublin III-VO). Für den Fall der Nicht-Einwilligung ist in Krankheitsfällen ein Austast zur Reise- und Transportfähigkeit einzuholen.

Der Informationsaustausch nach Maßgabe dieses Artikels erfolgt nur zwischen den Angehörigen der Gesundheitsberufe oder sonstigen Personen, die einem entsprechenden Berufsgeheimnis unterliegen (Art. 32 Abs. 3 und 4 Dublin III-VO). Hierzu gehören auch Personen, die einer Amtsverschwiegenheit unterliegen, d. h. die Mitarbeiter des Bundesamtes.

Besonderheiten der Überstellung

1. Familienüberstellungen
Siehe hierzu das Kapitel Familienarbeit mit den restlichen Familienangehörigen sich aber in einer Erstauflnahmeinrichtung (EA) oder sonstigen Unterkunft befinden, strebt Referat 32C in Abstimmung mit der zuständigen Außenstelle eine möglichst gemeinsame Überstellung der Familie an.

2. Überstellung von Minderjährigen
Siehe hierzu das Kapitel Minderjährige.

3. Überstellung bei eingegangen Petitionen
Siehe hierzu das Kapitel Petitionen.

Überstellungsfristen
Siehe hierzu das Kapitel Fristen.

Besonderheiten bei Einlegung eines Eintrages
Siehe hierzu das Kapitel Rechtsbehelfe.

Irrelevante Überstellung und Rückholung
Würde eine Person irrtümlich überstellt, nimmt der MS, der die Überstellung durchgeführt hat, die Person unverzüglich zurück, Art. 26 Abs. 3 Dublin III-VO. Die Kosten trägt hier der MS, der die Person irrtümlich überstellt hat; Art. 30 Abs. 2 Dublin III-VO.

Die Koordinierung von Rückholungen erfolgt durch Referat 32C.

Scheitern bzw. Stornierung von Überstellungen
Die Auswahloptionen für den Status der Attribute lauten:

**Attribut „DÜ-geschertet“**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Status</th>
<th>Bemerkung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Untätigkeit ABH</td>
<td>Nach dem Modalitätenverordnung erfolgte keine Reaktion</td>
</tr>
<tr>
<td>VG-Verfahren</td>
<td>Betriff alle Verfahren, die aufgrund von Gerichtsentscheidungen und aufgrund der Bearbeitung der Klage beim VG oder im BAMF Prozessbereich schieden</td>
</tr>
<tr>
<td>EUGH-Mengesleab</td>
<td>Betriff alle Verfahren, bei denen die Frist zum Stellen eines Übernahmeeursuchers gem. Rechtsprechung EUGH im Mengesleab-Urteil nicht eingehalten wurde</td>
</tr>
<tr>
<td>Kirchenasyl</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Untergetaucht</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SER</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Suicideversuch/Selbstverletzung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Organisatorisches</td>
<td>Betriff alle Verfahren, in denen organisatorische Gründe für das Scheitern vorliegen. Dies beinhaltet auch alle Umstände, die durch das BAMF (außer dem Prozessbereich) zu vertreten sind, bspw. Bescheid wurde nicht richtig zugestellt, erforderliche Sicherheitsbeleuchtung/ Arztbegleitung war nicht möglich. Akte wurde nicht an Ref. 32C weitergeleitet</td>
</tr>
<tr>
<td>Mitgliedstaat</td>
<td>Betriff alle Verfahren, in denen die Ursache für das Scheitern beim Mitgliedstaat liegt, bspw. Kapazitätsengpasse der MS, erforderliche Zusi- chung fehlt</td>
</tr>
<tr>
<td>Reiseunfähigkeit/Krankheit</td>
<td>Letztmöglicher Überstelungsversuch scheiterte, da Betroffener krank war oder in stationärer Behandlung</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Rantlizenz</th>
<th>Ausreise ins HKL</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Hartentlassung aus Abschebehrt</td>
<td>Soll nur in Ausnahmefällen ausgewählt werden, um möglichst differenzierte Eingaben in MARIS zu erhalten</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstiges</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Ungarn SER</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nicht angetroffen</td>
<td>beim letztmöglichen Überstelungsversuch wurde der Antragsteller nicht angetroffen</td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Attribut „DÜ-Storno“**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Status</th>
<th>Bemerkung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ABH/SPOL, storniert ohne Angaben von Gründen</td>
<td>Betriff alle Stornierungen, die durch die ABH oder die BPOL zu vertreten sind. Hierzu gehören auch Blanko-Stornierungen, also ohne Angabe eines Grundes für das Storno</td>
</tr>
<tr>
<td>VG-Verfahren</td>
<td>Betriff alle Verfahren, die aufgrund von Gerichtsentscheidungen und aufgrund der Bearbeitung der Klage beim VG oder im BAMF Prozessbereich schieden</td>
</tr>
<tr>
<td>Kirchenasyl</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Untergetaucht</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Nicht angetroffen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>SER</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Suicideversuch/Selbstverletzung</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Organisatorisches</td>
<td>Betriff alle Verfahren, in denen organisatorische Gründe für das Scheitern vorliegen. Dies beinhaltet auch alle Umstände, die durch das BAMF (außer dem Prozessbereich) zu vertreten sind</td>
</tr>
<tr>
<td>Mitgliedstaat</td>
<td>Betriff alle Verfahren, in denen die Ursache für das Scheitern beim Mitgliedstaat liegt</td>
</tr>
<tr>
<td>Reiseunfähigkeit/Krankheit</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Hafentlassung aus Abschiebehaft

<table>
<thead>
<tr>
<th>Sonstiges</th>
<th>Soll nur in Ausnahmefällen ausgewählt werden, um möglichst differenzierte Eingaben in MARIS zu erhalten und um zu vermeiden, dass aus Bequemlichkeit „Sonstiges“ angegeben wird.</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nicht angetroffen</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Fehlende Flugverbindung</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

**Wiedereinreisesperre**

Siehe hierzu DA Asyl, Kapitel Einreise- und Aufenthaltsverbot.

__Attribut „nationales Verfahren nach gescheitertem Dublinverfahren“__

Wird ein Dublinverfahren abgebrochen, nachdem bereits ein Dublinbescheid zugestellt wurde, wird vor Abgabe der Akte an das zuständige Ankunftszentrum bzw. die zuständige Außenstelle die Aktenzusatzinfo „nationales Verfahren nach gescheitertem Dublinverfahren“ durch die zuständige/n SB des Referates 32C eingereicht.

**Hintergrund:**

Scheitert das Dublinverfahren z.B. wegen Ablaufs der Oberstellungsfrist oder Ausübungs des Selbsthilferechtliches und wurde bereits in diesem Verfahren ein Dublinbescheid zugestellt, erscheint das Verfahren bei der weiteren Bearbeitung als nationales Asylverfahren nicht mehr in der Liste der anhängigen Verfahren. Die Eingabe der neuen Zusatzinfo Akte führt dazu, dass das daraufhin für die Außenstellen entstehende zusätzliche Geschäftsvermögen für Entscheidungen im nationalen Asylverfahren statistisch abgebildet und abgefragt werden kann.
Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe

1. Zuständigkeiten

Referat 32A:

- operative Steuerung der Dublin-Gruppe (Erstellen von Dienstanweisungen und Regelung von Verfahrensabläufen)
- Auswertung von Statistiken, Mitgliedstaaten-Informationen und Rechtsprechung
- Fachliche Betreuung von IT-Projekten (MARIS, DublINET und EURODAC)
- Kooperation auf nationaler und internationaler Ebene
- Schulungen zum Dublin-Verfahren

Referat 32B:

- Bearbeitung und Prüfung von Übernahmeersuchen aus den Dublin-Mitgliedstaaten an die Bundesrepublik Deutschland
- Planung und Koordination der Überstellungsverfahren aus den Mitgliedstaaten in die Bundesrepublik Deutschland inklusive der Abstimmung mit den beteiligten Behörden (BPOI, ABIH etc.)
- Bearbeitung von Anfragen der Mitgliedstaaten gem. Art. 34 Dublin-III-VO an die Bundesrepublik Deutschland

Referat 32C:

- Koordination, Planung und Abstimmung sämtlicher Überstellungsverfahren von der Bundesrepublik Deutschland in die Mitgliedstaaten.

Dublinzentren 32D, 32E und 32F

- Prüfung der Zuständigkeit für die Durchführung eines Asylverfahrens, Stellen von Übernahmeersuchen an die Dublin-Mitgliedstaaten und Erstellung von

Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe

Stand 11/18

2. Verfahrensabläufe

2.1 Verfahren in den AS/AZ

- Nach Aktenanlage, ED-Behandlung und Erstbefragung zur Zulässigkeit (D1165) durch den mittleren Dienst führen die AS möglichst im unmittelbaren Anschluss an die Erstbefragung die Anhörung zur Zulässigkeit (D1645) durch, die das persönliche Gespräch gem. Art. 5 Dublin-III-VO beinhaltet (siehe Kapitel Persönliches Gespräch).
- Auch bei Hinweisen auf die Zuständigkeit eines anderen MS ist in der Regel im Anschluss an die Anhörung zur Zulässigkeit versuchsweise die Anhörung zur Begründetheit durchzuführen.
- Ergibt die EURODAC-Auforderung einen Treffer in Kategorie 1 oder 2, liegt ein VIS-Treffer vor oder ergibt die Dublin-Erstbefragung oder Anhörung zur Zulässigkeit Anhaltspunkte für die Zuständigkeit eines MS (Ermittlung mittels Befragung von D1164), ist das Verfahren unverzüglich an das zuständige DZ abzugeben.

2.2 Ref. 32D, 32E und 32F

Ablauf des Dublinverfahrens bei Anträgen auf internationalen Schutz

Folgende Kapitel sind primär zu berücksichtigen:

Fristen
Ersuchen an den MS
Antwort des ersuchten MS
Bescheide und Bescheidenstellung

Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe

Stand 11/18
Aufgriffsfall mit Asylgesuch

Wird ein Asylgesuch (bei der BPOL, Polizei, ABH) geäußert, erfolgt stets eine ED-Behandlung nach § 16 AsylG Art. 9 EUROPAC III-VO i.V.m. § 18 Abs. 5 und § 19 Abs. 2 AsylG. Hierbei wird automatisch die Anlage einer Vorsorge beim BAMF ausge- löst.

Im Anschluss daran erfolgt die Weiterleitung des Asylsuchenden an die nächstgelegene Aufnahmeeinrichtung.


Die Frist zum Eintreffen in der nächstgelegenen AE beträgt sechs BPOL zwei Tage. Sollte die asylsuchende Person sieben Tage nach Ablauf des in der Anlaufbeschei- nigung ausgewiesenen Terms ohne Nachweis gemäß §22 III S. 3 AsylG fehlen, liegt ein „Nicht-Erscheinen“ vor. In diesem Fall ergeht eine Reisesschwundmeldung durch die EAE per E-Mail an das jeweilige Bundesland-Postfach.


Die in das Postfach der DZ automatisch weitergeleitete Reisesschwundmeldung ist durch den Dublin-SB auf Dublin-Relevanz zu prüfen.

Wird bei der Prüfung festgestellt, dass es sich um kein Dublinverfahren handelt, ist die Reisesschwundmeldung zur Akte zu nehmen und die Akte mit dem Betreff „Kein Dublinfall“ in die Ablage „Reisesschwund“ weiterzuleiten, damit durch Ref. 31D die Benachrichtigung der ABH, dass das Verfahren nach § 33 AsylG als eingestellt gilt, erfolgen kann.

Beim „Nicht-Erscheinen“ veranlasst das Ref. 31D zudem eine Ausschreibung zur Auf-enthaltsermittlung nach § 66 AsylG.

Würde eine Vorsorge mit einem EUROPAC-Träger generiert, protokolliert das zuständige Dublinzentrum die Vorsorge in eine Aufgriffsakte um und stellt ein Übernahmeverfahren, sofern die Frist zum Stellen eines Übernahmeentscheids innerhalb der nächsten zwei Wochen ablaufen würde, und der Antragsteller nicht erscheinen ist.

Bezüglich der Stellung von Übernahmeentscheiden siehe die Kapitel „Ersuchen an den MS“ und „Fristen“.


Würden zum Zeitpunkt des Übernahmeentscheids noch keine Belehren an das Bundeslandpostamt geschickt, fordert das zuständige Dublinzentrum diese schrift- lich bei der aufgreifenden Stelle an.

Zur weiteren Bearbeitung siehe Kapitel Antwort des ersuchten MS.

Bei einer Zustimmung durch den ersuchten MS ist das Kapitel Bescheid und Be- scheiderteilung zu betonen. Das Weiteren ist gegebenenfalls ein Hemmmisschreiben zu erstellen – Kapitel Flüchtigein / Untertauchen.


Erscheint der Asylsuchende innerhalb der in der Anlaufbescheinigung angegebenen Frist an der nächstgelegenen Aufnahmeinrichtung, erfolgt eine EASY-Verteilung. Die ertastkardierte Aufnahmeinrichtung leitet innerhalb von sieben Tagen den Asylsuchenden zur zuständigen Aufnahmeinrichtung.

Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe

Stand 11/18
Die zuständige Außenstelle bzw. das zuständige Ankunftszentrum legt innerhalb von fünf Tagen eine Akte an und informiert das zuständige Dublinzentrum.

Zur weiteren Bearbeitung siehe Kapitel Ersuchen an MS, Antwort des erachten MS und Bescheid und Bescheiderteilung.

Aufgriffsfälle ohne Asylgesuch

Äußert der Drittstaatsangehörige bei einem Aufgriff kein Asylgesuch, ist durch die aufgreifende Dienststelle eine erkenntnisdienstliche Behandlung nach § 49 Abs. 8 und 9 AufenthG, Art. 17 EURODAC II-VO i.V.m. § 71 Abs. 4 AufenthG durchzuführen.

Demnach ist das BAMF nicht berechtigt, den Drittstaatsangehörigen nach § 49 Abs. 8 und 9 AufenthG erkenntnisdienstlich zu behandeln.

Während die ED-Behandlung nach § 16 AsylG einen Automatismus zur Voraktenanlage beim BAMF auslöst, wird in Fällen der ED-Behandlung nach § 49 Abs. 8 und 9 AufenthG, Art. 17 EURODAC II-VO i.V.m. § 71 Abs. 4 AufenthG keine Vorakte angelegt. Daher ist in diesen Fällen eine Aufgriffsakte durch das zuständige DZ anzulegen. Die Aufgriffsakte ohne Asylgesuch sind prioritär zu bearbeiten.

Im Anschluss daran erfolgt die Weiterleitung des Drittstaatsangehörigen an die nächstgelegene Aufnahmeanrichtung.

Sollte er dort nicht erscheinen (zwei Tage Reisezeit bzw. in der Anlaufbescheinigung hinterlegter Termin + sieben Tage zulässige Frist), so ist er nach § 50 Abs. 6 S. 1 AufenthG durch die zuständige ABH in den Fahndungs hilfsmitteln der Polizei zur Aufenthaltsanmeldung und Festnahme auszuschreiben.


Das Dublinverfahren ist umgehend durchzuführen, d.h. es sind von den Sachbearbeitern des zuständigen DZ die Übernahmsersuchen zu stellen. Sollte ein Übernahmsersuchen abgelehnt werden, ist der aktuelle Verfahrensstand und gegebenenfalls, falls möglich, die weiteren geplanten Übernahmsersuchen der aufgreifenden Dienststelle mitzuteilen.

Erfolgt eine endgültige Ablehnung auf das Übernahmsersuchen, ist der aufgreifenden Dienststelle und ggfs. der zuständigen ABH mitzuteilen, dass das Dublinverfahren beendet wurde und weitere aufenthaltsbeeinflussende Maßnahmen in eigener Zuständigkeit zu prüfen sind.

Sollte der Übernahmsersuchen zugestimmt werden, ist der Dublin-Bescheid zu fertigen.

Vor der Bescheiderteilung sind die Besonderheiten hinsichtlich des persönlichen Gesprächs zu berücksichtigen (siehe Kapitel Persönliches Gespräch).


Bei einem Schutzersuchen nach Erstellung des Aufgriffsbescheids erfolgt durch die zuständige Außenstelle die Umprotokollierung des Aufgriffsfalles in den Verfahrenstyp „Asylersatztrag“ (siehe hierzu auch DA AVS, Kapitel 1.4.1.3). Das Dublin-Verfahren wird in der Asylkartei fortgesetzt und es ergeht ein Ergänzungsbefehl...
Zuständigkeitsbestimmungsverfahren

1. Allgemeine Grundsätze

Beginn der Bestimmung der Zuständigkeit: Die Bestimmung der Zuständigkeit beginnt, nachdem der Antrag auf internationalem Schutz zum ersten Mal in einem MS gestellt wurde. Der MS, in dem der erste Antrag auf internationalem Schutz gestellt wurde, ist für die Bestimmung des zuständigen MS zuständig. Es gibt also nur einen MS, der das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren durchführt.


- Ergibt die Prüfung, dass keines der Kriterien in Kapitel 3 einschlägig ist, so ist der MS, in dem der erste Antrag auf internationalem Schutz gestellt wurde, für dessen Prüfung zuständig, Art. 3 Abs. 2 UAbs. 1 Dublin III-VO.
- Ergibt die Prüfung, dass eines der Kriterien einschlägig ist, so wird mittels Take Charge-Verfahren um Aufnahme der Person ersucht - die Zuständigkeit wird also noch geklärt.
- Ermessensausübung: Der prüfende MS kann von den Zuständigkeitskriterien abweichen und die Prüfung des Antrages übernehmen, obwohl er nach den Kriterien nicht zuständig ist, Art. 17 Abs. 1 Dublin III-VO, oder einen anderen MS nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO (Humanitäre Klausel) ersuchen, die Prüfung des Antrages zu übernehmen.

Rangfolge der Kriterien: Die Kriterien des Kapitels 3 sind in der im Kapitel genannten Rangfolge zu prüfen.

Mögliche Situation für die Bestimmung der Zuständigkeit: Bei der Bestimmung des zuständigen MS im Rahmen des Aufnahmeverfahrens wird von der Situation ausgegangen, die zu dem Zeitpunkt gegeben ist, zu dem der Antragsteller seinen Antrag auf internationalem Schutz zum ersten Mal in einem MS stellt (Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO).
Ausnahmsweise ist auf einen anderen Zeitpunkt abzustellen (Art. 7 Abs. 3 Dublin III-VO): Im Hinblick auf die Anwendung der in den Art. 8, 10 und 16 genannten Kriterien haben die MS alle vorliegenden Indizien für den Aufenthalt von Familienangehörigen, Verwandten oder Personen jeder anderen verwandschaftlichen Beziehung des Antragstellers im Hoheitsgebiet eines MS zu berücksichtigen, sofern
- diese Indizien vorgelegt werden, bevor ein anderer MS dem Gesuch um Aufnahme- oder Wiederaufnahme der betreffenden Person gem. Art. 22 und 25 Dublin III-VO stattgegeben hat UND
- über frühere Anträge des Antragstellers auf internationalem Schutz noch keine Entscheidung in der Sache ergangen ist.

Abschluss des Zuständigkeitsbestimmungsverfahrens: Wurde der zuständige MS aufgrund eines Take Charge-Verfahrens festgestellt, hat sich der MS selbst für zuständig erklärt (Ausübung des SER) oder hat der MS die Frist zum Stellen eines Ersuchens verstreichen lassen, so ist das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren abgeschlossen.

Wiederaufnahmeverfahren: Wurde nach Feststellung der Zuständigkeit eines MS ein Antrag in einem weiteren MS gestellt oder reist ein Antragsteller unterlaufen in einem weiteren MS ein, muss der als zuständig bereits ermittelte MS den Antragsteller auf Antrag des anderen MS wiederaufnehmen, Art. 18 Abs. 1 (b) – (d) Dublin III-VO. Im Wiederaufnahmeverfahren sind die Zuständigkeitskriterien des Kapitels 3 daher nicht zu prüfen.

Das Gleiche gilt, wenn ein MS in einem Erstverfahren nach einem Take Charge gegenüber DE seine Zuständigkeit erklärt. Wurde der Antragsteller überstellt, reist wieder ein und stellt dann in DE einen Folgeantrag, ist wegen der vorangegangenen Zustimmung des MS an DE das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren abgeschlossen, weshalb im Folgeverfahren ein Take Back an diesen MS gestellt wird.

Erlöschen der Zuständigkeit: Die Zuständigkeit eines MS kann aber auch wieder erlöschen, z.B. wenn eine Person das Dublin-Gebiet für mehr als drei Monate verlässt, Art. 18 Abs. 2 Dublin III-VO (weitere Erlöschensgründe siehe Kapitel Erlöschen und Übertragung der Zuständigkeit).

Zuständigkeitsbestimmungsverfahren

Stand 11/16

2. Bestimmung der Zuständigkeit bei Vorliegen von (mehreren) EURODAC-Treffern – Fallkonstellationen

1. Fallkonstellation
Asylantragstellung in DE am 17.05.2017. DE erhält folgendes Trefferergebnis aus EURODAC:
DE prüft die Kriterien des Kapitels 3 in der genannten Reihenfolge. Einschließlich ist Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO. DE sendet ein Take Charge an BG innerhalb der zum Stellen eines Ersuchens erforderlichen Fristen.
Stimmt BG zu, bzw. geht die Zuständigkeit aufgrund von Fristenauftrag auf BG über, ist das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren abgeschlossen und BG ist der zuständige MS.

2. Fallkonstellation
Asylantragstellung in DE am 17.05.2017. DE erhält folgendes Trefferergebnis aus EURODAC:
PL 1 vom 01.02.2018; keine weiteren vorliegenden Beweise/Indizien oder Erkenntnisse.
Dies ist eine klassische Take Back-Situation. DE sendet ein Take Back an PL innerhalb der erforderlichen Frist.

3. Fallkonstellation
Asylantragstellung in DE am 17.05.2017. DE erhält folgendes Trefferergebnis aus EURODAC:
IT 2 vom 02.07.2018
CH 1 vom 03.08.2018
Andere Beweismittel/Aussagen/Indizien liegen nicht vor.

Zuständigkeitsbestimmungsverfahren

Stand 11/18
Vorgehen:
DE ersucht CH mittels Take Back gem. Art. 18 Abs. 1 b) Dublin III-VO aufgrund des Kat. 2-Treffers, Antwortfrist 2 Wochen.

Möglichweise lehnt CH ab und verweist auf IT, da CH zwischenzeitlich das Zuständigkeitsbestimmungsverfahren (Take Charge an IT gem. Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO) abgeschlossen hat.

DE ersucht dann IT mittels Take Back gem. Art. 18 Abs. 1 b) Dublin III-VO, aber nicht auf Grundlage des Kat. 2-Treffers, sondern aufgrund der Ablehnung der CH. Die Frist zum Stellen des Ersuchens beginnt nicht neu zu laufen. Das zweite Ersuchen ist also in der ursprünglichen 3-Monatsfrist (ab Äußerung des Asylgesuchs in DE) zum Stellen eines Ersuchens zu versenden.

Im Ersuchen an IT wird explizit nicht auf den Kat. 2-Treffer in IT abgestellt, sondern auf den Zuständigkeitsverweis der CH auf IT Bezug genommen. Folgende Bearbeitungsschritte beim Erstellen des Ersuchens sind somit zu beachten:
- Der gegebenenfalls automatisch im Ersuchen an IT eingefügte Kat. 2-Treffer ist aus dem entsprechenden Formularfeld manuell zu löschen.
- Im Ersuchen wird im Feld „Eurodac-Daten“ kein Haken gesetzt. Im Freitextfeld ist zusätzlich darauf hinzuweisen, dass sich das Ersuchen auf andere Beweismittel stützt, also die Ablehnung der CH mit dem entsprechenden Verweis auf IT

Beim Versenden des Ersuchens an IT sind das Ablehnungsschreiben der CH (mit deren Verweis auf IT) sowie das EURODAC-Ergebnis (Dokument DBKAC0) als Anlage beizufügen. Die Antwortfrist von IT beträgt somit einen Monat (gem. Art. 25 Abs. 1 Dublin III-VO).

Mit der Zustimmung gegenüber der CH erklärte sich IT für zuständig bzw. bei Fristablauf wurde IT zuständig. Damit ist die Zuständigkeit von IT bestimmt.

Nur die CH kann eine Aussage darüber treffen, ob sie tatsächlich IT ersucht hat und IT aufgrund von Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO zuständig wurde.

Daraufhin ist folgendes Trefferergebnis aus EURODAC:
- CH hätte das SER ausüben können.
- CH hätte die Frist zum Stellen des Ersuchens versäumen können.
- CH könnte von Familienangehörigen in einem dritten MS (z.B. SE) wissen, die der Antragsteller in DE nicht anspruchsberechtigt ist, und dadurch bereits aufgrund von Art. 9 oder 10 Dublin III-VO ein Take Charge zur Bestimmung der Zuständigkeit an SE gesendet haben.

Diese Sachverhalte findet DE nur heraus, wenn DE ein TB an CH richtet. Auch IT kann keine Aussage darüber treffen.

Daher ist in solchen Fällen die Überprüfung durch einen Wiederaufnahmeersuchen (Take Back) an den MS, mit dem ein Eurodac-Treffer Kategorie 1 erzielt wurde, vornöten.

Hinweis: In Einzelfällen kann von dem Vorgehen nach Rückfragen mit der Referatleitung oder aufgrund von Weisung durch Ref. 32A abgewichen werden und der MS, für den der Kat. 2-Treffer erzielt wurde, direkt mittels Take Back (Antwortfrist 1 Monat) ersucht werden.

4. Fallkonstellation
Ansämtlich in IT am 17.05.2017. DE erhält folgendes Trefferergebnis aus EURODAC:
AT 1 vom 30.09.2015
RO 1 vom 22.06.2015

RO ist der MS, in dem der erste Antrag auf internationales Schutz gestellt wurde. Daher hatte RO damals geprüft, ob nicht möglicherweise ein anderer MS nach den Kriterien des Kapitels 3 der Dublin III-VO zuständig ist:
- Ggf. hatte RO Erkenntnisse über Familienangehörige, die DE heute nicht hat.

Zuständigkeitsbestimmungsverfahren  Stand 11/18
Dann hat RO ggf. ein Take Charge-Verfahren mit BG durchgeführt und BG sich ggf. auch für zuständig erklärt.

- Oder aber RO hat von der Ausübung des SER Gebrauch gemacht, obwohl nach den Kriterien des Kapitels 3 ein anderer MS zuständig gewesen wäre.

Alle diese Punkte steht DE anhand des Trefferergebnisses aus der EURODAC-Datenbank nicht.

Zuletzt gibt es noch die Möglichkeit, dass bei der Prüfung der Kriterien des Kapitels 3 RO festgestellt hat, dass keines der Kriterien einschließlich ist und wäre daher aufgrund von Art. 3 Abs. 2 UAbs. 1 Dublin III-VO zuständig geworden.

Auf jeden Fall wendet sich DE an RO mittels Take Back. Denn nur RO kennt das Ergebnis der Prüfung der gerade beschriebenen Aufzählungspunkte.

Zuständigkeitskriterien

1. Der Antragsteller ist ein unbegleiteter Minderjähriger (Art. 8 Dublin III-VO)

Absatz 1: Familienzusammenführung zu Familienangehörigen und Geschwistern

- Familienangehörige sind in Art. 2 g Dublin III-VO definiert.
- Der rechtmäßige Aufenthalt richtet sich nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht des Aufenthaltsstaats. Dieser muss zum Zeitpunkt der Antragstellung des unbegleiteten Minderjährigen bestehen. Eine nachträgliche Änderung des Status schadet nicht.

Absatz 2: Familienzusammenführung zu Verwandten, sofern „der Verwandte für den Antragsteller sorgen kann“

- Verwandte sind in Art. 2 h Dublin III-VO definiert.
- Diese Anforderung („der Verwandte sorgen kann“) ist in Art. 8 Abs. 1, der das Wohl des Kindes bei der Zusammenführung mit den Eltern oder Geschwistern zum Inhalt hat, nicht enthalten und nicht näher definiert.

Absatz 3: Familienzusammenführung in Verfahren, in denen sich Familienangehörige, Geschwister oder Verwandte in mehr als einem MS aufhalten

- muss dem Wohl des Kindes dienen
- Im Regelfall ist eine Familienzusammenführung mit einem Familienangehörigen im Sinne des Art. 2 i) s Dublin III-VO der Familienzusammenführung mit einem Verwandten vorzuziehen.

Absatz 4: Bei Abwesenheit eines Familienangehörigen ist die Rechtsprechung des EuGH vom 06.06.2013 (C-648/11) zu beachten. Demnach ist der MS zuständig, in dem der Minderjährige seinen letzten Asylantrag gestellt hat.
Nachträglich gestellter Asylantrag

Stellt der UM nachträglich einen Asylantrag und sind weiterhin keine Familienangehörigen im Hofheitsgebiet der MS zu ermitteln/answesend, ist gem. Art. 8 Abs. 4 Dublin III-VO im Sinne der EuGH-Rechtsprechung vom 08.06.2013 (C-648/11) das Verfahren national zu entscheiden.

In diesen Fällen ist ein Aktenvermerk anzufertigen: (Schriftstück D0272, Verr_Nat_Verf_da_keine_DÜ_Bod).
Dieser ist um folgenden Absatz zu ergänzen:
1. Keine Familienangehörigen in den MS.
2. Aufgrund EuGH Rechtsprechung vom 08.06.2013 i.V.m. Art. 8 Abs.4 Dublin III-VO ist der Asylantrag national zu entscheiden.

Das Ersuchen in der MARIS-Maske Dublin-Daten ist auf Abbruch zu setzen und die Akte an die zuständige Außenstelle weiterzuleiten.

2. Familienzusammenführung, wenn Familienangehörige Begünstigte internationalen Schutzes sind (Art. 9 Dublin III-VO)

Die Zuständigkeit für die Prüfung des Asylantrages richtet sich nach dem MS, in dem ein Familienangehöriger (Art. 2 g Dublin III-VO) als Begünstigter internationalen Schutzes aufenthaltsberechtigt ist.

Bei Vorliegen entsprechender Erkenntnisse über Familienangehörige kann vorab eine personenbezogene Abfrage im MS (Art. 34 Dublin-III-VO) durchgeführt werden. Das direkte Stellen eines Ersuchens ist in jedem Fall möglich. Es ist immer eine AZIR-Abfrage durchzuführen. Ggf. ist die ABH in die Ermittlungen einzubeziehen.

Die Einschränkung in der Definition zu Art. 2 g Dublin III-VO, dass die Familie bereits im Herkunftsland bestanden hat, gilt für Art. 9 Dublin III-VO nicht. Es ist somit auf das Familienverhältnis zum Zeitpunkt der erstmaligen Antragstellung (Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO) abzustellen (siehe Kommentierung Frwesen/Sprung zur Dublin III-VO).

Internationaler Schutz im Sinne des Art. 9 umfasst sowohl die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft als auch die Zuerkennung des subsidiären Schutzes.

Die Frage des rechtmäßigen Aufenthalts ist nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht des Aufenthaltsstaates zu bestimmen.

Die Familienzusammenführung erfolgt nur, wenn die betroffenen Personen dies wünschen.

Dabei ist die schriftliche Einwilligung des Antragstellers und des Familienangehörigen erforderlich (MARIS Dokument DÜArt34Abs3Erl_Deutsch, D0063).

Es ist nicht geregelt, welcher MS die Einwilligungen einholen muss. Die MS einholten sich darauf, dass jeder MS die Einwilligung der sich in seinem Gebiet aufhaltenden Personen einholen muss und dass beide Staaten beim Austausch der entsprechenden Einwilligungen für die Festlegung der Zuständigkeit und der Überstellung zusammenarbeiten müssen. (KOM SEK (2007) 742 S. 22).

Die Einwilligungen der betroffenen Personen müssen spätestens zum Zeitpunkt der Zustimmung des MS vorliegen.

3. Familienzusammenführung, wenn Familienangehörige internationalen Schutz beantragt haben (Art. 10 Dublin III-VO).

Die Familienzusammenführung ist jedoch nur möglich, wenn in der Sache des Familienmitglieds noch keine Entscheidung durch die Behörde ergangen ist, die für die Bestimmung des internationalen Schutzzustands zuständig ist, und sich das Familienmitglied in dem MS aufhält, in dem der Antrag anhängig ist.

Die Familienzusammenführung erfolgt nur, wenn die betroffenen Personen ihr schriftlich zustimmen (MARIS Dokument DÜArt34Abs3Erl_Deutsch, D0063).

Zuständigkeitskriterien
Stand 06/17
4. Familienverfahren nach Art. 11 Dublin III-VO

Nach Artikel 11 Dublin III-VO ist es möglich, die Einheit der Familie zu wahren, wenn die Anwendung der in der Dublin III-VO genannten Kriterien ihre Trennung zur Folge haben könnte.

Für die Anwendung von Artikel 11 muss es möglich sein, die Bestimmung des zuständigen MS für die Familienangehörigen gemeinsam durchzuführen. Wenn Familienangehörige Anträge in einem MS gleichzeitig oder in großer zeitlicher Nähe stellen, der Prozess der Zuständigkeitsbestimmung aber für die zuerst angekommenen Angehörigen bereits abgeschlossen ist, gilt das Familienverfahren gemäß Artikel 11 nicht.

Art. 11 Dublin III-VO findet immer nur dann Anwendung, wenn die Anwendung der in der Dublin III-VO (Kapitel III) genannten Kriterien zur Trennung der Familie führen würde. Es sind damit nur Fallbackonstellungen erfaßt, in denen unterschiedliche Zuständigkeiten von MS aufgrund Art. 8 bis Art. 15 der Dublin III-VO bestehen (Aufnahmeverfahren).

Fallbackonstellungen, in denen ein Familienangehöriger bereits einen Antrag in einem anderen MS gestellt hat (Wiederaufnahmeverfahren), fallen somit nicht unter die Norm. Da in diesem Fall immer ein Ersuchen an den MS gerichtet wird, in dem der Antragsteller den ersten Antrag gestellt hat, kann bezüglich des anderen Familienangehörigen nur noch ein TC nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO gestellt werden. (siehe auch Ausführungen zum Zuständigkeitsbestimmungsverfahren)

Die „große zeitliche Nähe“ bestimmt sich nach der Frist für die Stellung eines Aufnahmegesuchs (siehe Kommentierung Flüchtlings/Sprung zur Dublin III-VO). Wenn diese Frist abgelaufen ist, ist immer noch die Möglichkeit einer Familienzusammenführung nach Art. 17 Abs. 2 Dublin III-VO gegeben.

Die Zuständigkeit für die Prüfung des Asylantrages richtet sich nach dem MS, der nach den Kriterien der Dublin III-VO für die Aufnahme des größten Teiles von Ihnen zuständig ist (Art. 11 lit a Dublin III-VO) oder bei gleicher Anzahl der Personen der nach den Kriterien für das älteste Familienmitglied zuständig ist (Art. 11 lit b Dublin III-VO).

5. Ausstellung von Aufenthaltstiteln oder Visa (Art. 12 Dublin III-VO)

5.1 Der Antragsteller besitzt einen gültigen Aufenthaltstitel eines anderen MS (Art. 12 Abs. 1 Dublin III-VO)

Aufenthaltstitel im Sinne der Dublin III-VO sind nicht nur die Aufenthaltstitel gemäß den §§ 8, 7, 8, 9 Aufenthaltsgesetz (Visum, Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis), sondern auch die Duldung (§ 60a Aufenthaltsgesetz).

Ausgenommen sind Visas und Aufenthaltstitel, die
- während der Bestimmung des zuständigen Staates entsprechend der in der Dublin III-VO dafür vorgesehenen Frist,
- während der Prüfung des Antrages auf internationalem Schutz oder
- während der Prüfung eines Antrages auf Gewährung eines Aufenthaltstitels erteilt wurden (Art. 2 lit 1 Dublin III-VO).

Besitzt ein Antragsteller einen gültigen Aufenthaltstitel (Art. 2 lit 1 Dublin III-VO), so ist der MS, der diesen erteilt hat, für die Prüfung des Antrages zuständig (Art. 12 Abs. 1 Dublin III-VO).

Besitzt der Antragsteller mehrere gültige Aufenthaltstitel verschiedener MS, so ist der Staat zuständig, der den Titel mit der längsten Gültigkeitsdauer (nicht zu verwechseln mit der Nutzungsduer) erteilt hat, bei gleicher Gültigkeitsdauer, der Staat, dessen Titel zuletzt abläuft (Art. 12 Abs. 3 Buchstabe a Dublin III-VO).

Für die Feststellung bzw. die Berechnung der Gültigkeit ist der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend (Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO).
Die Antragsteller besitzt ein gültiges Visum eines anderen MS (Art. 12 Abs. 2, 3 Dublin III-VO)

Das Visum wird in Art. 2 lit m Dublin III-VO definiert.

Besitzt ein Antragsteller ein gültiges Visum (Art 2 lit m Dublin III-VO), so ist der MS, der dieses erteilt hat, für die Prüfung des Antrages zuständig (Art. 12 Abs. 2 3. 1 Dublin III-VO).

Besitzt der Antragsteller mehrere gültige Visas verschiedener MS, so ist der Staat zuständig, der das zuletzt ablaufende Visum erteilt hat, wenn es sich um gleichartigen Visa handelt. Bei nicht gleichartigen Visa ist der MS zuständig, der das Visum mit der längsten Gültigkeitsdauer erteilt hat, bei gleicher Gültigkeitsdauer, der MS, der das zuletzt ablaufende Visum erteilt hat (Art. 12 Abs. 3 Buchstabe b und c Dublin III-VO).

Für die Feststellung bzw. die Berechnung der Gültigkeit ist der Zeitpunkt der Antragstellung maßgebend (Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO).


Nationales Visum (Art. 18 SDÜ)


5.3 Der Antragsteller besitzt einen oder mehrere Aufenthaltstitel, die weniger als zwei Jahre zuvor oder ein oder mehrere Visa, die seit weniger als sechs Monaten abgelaufen sind (Art. 12 Abs. 4 Satz 1 Dublin III-VO)

Eine Zuständigkeit begründet sich nur, wenn der Antragsteller aufgrund des Aufenthaltstitels oder Visums in das Hoheitsgebiet eines MS einreisen konnte.

Nach Auffassung der EU-Kommission hat der MS, der das Visum ausgestellt hat, bei einer Ablehnung des Ersuchens nachzuweisen, dass die tatsächliche Einreise nicht mit dem Visum erfolgte (dieser Auffassung schließt sich DE an).

Die Zuständigkeit des MS richtet sich in diesen Fällen nach Art. 12 Abs. 1, 2 und 3 Dublin III-VO.

5.4 Der Antragsteller besitzt einen oder mehrere Aufenthaltstitel, die mehr als zwei Jahre zuvor abgelaufen sind bzw. ein oder mehrere Visa, die seit mehr als sechs Monaten abgelaufen sind (Art. 12 Abs. 4 Satz 2 Dublin III-VO)

In diesen Fällen ist der MS zuständig, in dem der Antrag auf internationalem Schutz gestellt wird, wenn der Antragsteller aufgrund der ausgestellten Aufenthaltstitel in das Hoheitsgebiet eines MS einreisen konnte und das Hoheitsgebiet der MS nicht verlassen hat.


6. Einreise über die Außengrenze eines anderen MS ist vor weniger als zwölf Monate unerlaubt erfolgt (Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO)


Nach Art. 13 Abs. 1 S. 2 Dublin III-VO endet die Zuständigkeit des MS, wenn der illegale Grenzübertritt zum Zeitpunkt der erstmaligen Antragstellung nach Art. 7 Abs. 2
Dublin III-VO länger als zwölf Monate zurückliegt. Es handelt sich somit um eine spezielle Zuständigkeitsberiefungsregel (s. Kapitel Erlöschen von Zuständigkeiten).

In Fällen einer mehrere Monate zurückliegenden (unerlaubten) Einreise ist der Antragsteller zu seinem Aufenthalt bis zum Zeitpunkt der Antragstellung zu befragen (erfolgt im persönlichen Gespräch gem. Art. 6 Dublin III-VO), unter anderem um daraus zu können, dass er in der Zwischenzeit das Hoheitsgebiet der MS nicht verlassen hat, was wiederum zum Erlöschen der Zuständigkeit führen könnte. Sollte der Antragsteller keine oder nur ungenügende Angaben bezüglich des Verlassens des Dublin-Gebietes machen, bleibt es bei der Zuständigkeit desjenigen MS, über den er unerachtet eingereicht ist.

Die Zuständigkeit nach Art. 13 Abs. 1 Dublin III-VO erlischt auch, wenn der Drittstaatsangehörige nach (illegaler) Einreise in einen MS (z.B. GR) ohne Antragstellung wieder aus dem Hoheitsgebiet der MS ausgereist ist (z.B. nach Mazedonien), bevor er nach neuerlicher Einreise in das Hoheitsgebiet der MS (etwa über die serbisch-ungarische Grenze) den ersten Antrag auf internationalen Schutz (z.B. in Österreich) stellt. In diesem Fall liegt zum nach Art. 7 Abs. 2 Dublin III-VO maßgeblichen Zeitpunkt der Antragstellung in Italien kein durchgehender Aufenthalt im Dublin-Gebiet vor. GR trägt keine Verantwortung für die neuerechte Einreise des Ast. von außerhalb der EU. Eine bestimmte Dauer des Aufenthaltes außerhalb des Hoheitsgebietes der MS ist nicht erforderlich (Kommentierung Filtwieser/Sprung K5, Art. 19 Dublin III-VO).

Aufenthalt von mindestens fünf Monaten in einem anderen MS (Art. 13 Abs. 2 Dublin III-VO)

Hintergrund dieser Regelung ist die MS anzuhalten, Maßnahmen zur Auffindung von illegal aufenthaltsfähigen Personen zu ergreifen, damit diese möglichst bald in dem jeweiligen MS einen Antrag auf internationalen Schutz stellen oder eben als illegal aufenthaltsfähige Drittstaatsangehörige den ausländischrechten Bestimmungen unterliegen.

Folgende Merkmale müssen für dieses Zuständigkeitskriterium erfüllt sein:

- Der Grenz-MS darf entweder nicht bekannt sein oder seine Zuständigkeit muss bereits erloschen sein.
- Die Einreise muss illegal erfolgt oder die Umstände der Einreise ungleich sein.
- Der Nachweis über den mind. 5 Monate dauernden nicht unterbrochenen Aufenthalt muss aufgrund von Beweisen und/oder Indizien erbracht worden sein.

Ist die Einreise jedoch legal erfolgt, so kommen die jeweils einschlägigen Artikel zur Anwendung. So kann z.B. Art. 14 einschlägig sein, auch wenn Art. 14 dem Art. 13 Abs. 2 nachgereicht ist.

Art. 13 Abs. 2 S. 2 Dublin III-VO beinhaltet eine Kolisationsregel für den Fall, dass sich der Antragsteller für Zeiträume von mindestens fünf Monaten in verschiedenen MS aufgehalten hat. In diesem Fall richtet sich die Zuständigkeit für die Prüfung des Asylantrages nach dem MS, in dem sich der Antragsteller zuletzt aufgehalten hat.

7. Visafreie Einreise eines Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen (Art. 14 Abs. 1 Dublin III-VO)

Die legale, visafreie Einreise über die Außengrenze eines MS begründet dessen Zuständigkeit; es sei denn, der Drittstaatsangehörige oder Staatenlose reist weiter in einen anderen MS, für den er ebenfalls kein Visum benötigt, und stellt dort einen Antrag auf internationalen Schutz. In diesem Fall ist der Staat der Antragstellung zuständig (Art. 14 Abs. 2 Dublin III-VO).


8. Antrag auf internationalen Schutz im Transitbereich eines Flughafens (Art. 15 Dublin III-VO)
Dieses Zuständigkeitskriterium stellt klar, dass ein Antrag auf internationalen Schutz auch dann eine Zuständigkeit begründen kann, wenn er lediglich im internationalen Transitbereich, also noch vor Einreise in einen MS gestellt wird.

9. Auffangstatbestand (Art. 3 Abs. 2 Dublin III-VO) – kein Dublin-Sachverhalt

Lässt sich anhand der vorgenannten Kriterien der zuständige MS nicht bestimmen, so ist der erste MS, in dem der Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde, für dessen Prüfung zuständig (Art. 3 Abs. 2 Satz 1 Dublin-III-VO).

Handelt es sich in diesem Fall um die Bundesrepublik Deutschland, ist in der Akte der Vermerk „Verm._Nat._Verf._keine_DU_Beschr.“ (D0272) einzufügen. Die Akte ist im Prozessschrift „DU-Verfahren nicht möglich“ weiterzuleiten. Die Akte wird dann an den zuständigen Entscheider der Außenstelle weitergeleitet.

10. Ermessensklauseln nach Art. 16 und 17 Dublin III-VO

Es handelt sich in diesen Fällen nicht um (im Kapitel III der Dublin VO genannte) klassische Zuständigkeitskriterien, allerdings kann beim Vorliegen der Voraussetzungen der Art. 16 oder 17 Dublin III-VO die Zuständigkeit eines MS ebenfalls begründet werden.

Weitere Ausführungen hierzu im Kapitel Ermessensklauseln

Zweitantrag

Allgemeines

Ausführungen zu Zweitanträgen finden sich in der DA-Asyl.

Die Bestimmung, ob es sich um einen Zweitantrag handelt, ist für das laufende Dublin-Verfahren noch nicht relevant. Bei Beendigung des Dublin-Verfahrens (z.B. durch Fristenlauf oder Ausübung das SER) und Entscheidung im nationalen Verfahren richtet sich der weitere Verfahrensverlauf danach, ob es sich um einen Erst- oder Zweitantrag handelt (siehe hierzu auch das Kapitel Aufhebungbescheid).

Dublin-Verfahren von UM, wenn der Asylantrag im Erststaat bereits zurückgewiesen wurde


Die deutsche Praxis zum Zweitantrag nach § 71 a AsylG (vgl. dazu DA-Asyl) wird damit im Ergebnis als Europarechtskonform bestätigt. Die Verfahrensrichtlinie enthält keinen ausdrücklichen Verweis darauf, dass die rechtskräftige Entscheidung auch von der Asylbehörde eines anderen MS getroffen worden sein kann. Der EuGH stellt klar, dass der unbegleitete Minderjährige, dessen Asylantrag schon in einem ersten MS in der Sache zurückgewiesen wurde, anschließend keinen anderen MS zur erneuten Prüfung eines Asylantrags zwingen könne. Eine weitere Prüfung erfolgt nur, wenn neue Gründe vorgetragen werden können.
Index

-A-
Abhängige Personen (s. Ermessensklauseln / Selbstvertragsrecht (SER))
Abschiebungsverbote (s. Abschiebungshindernisse)
Altersbestimmung (s. Minderjährig)
Anforderung von Fingerabdrücken (s. EURODAC-Treffer und andere Beweismittel / Indizien)
Anhörung zur Zulässigkeit (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Antrag im Sinne der Dublin III-VO (s. Antrag auf internationalem Schutz (Begriffsbestimmungen))
Attest (s. Abschiebungshindernisse)
Aufgriffsfall (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Aufenthaltsstand (s. Zuständigkeitskriterien)
Aufhebungsbescheid (s. Bescheide und Bescheiderstattung)
Aufnahmeversuch (s. Ersuchen)
Außenstellen / Ankunftszentren (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Ablehnung (s. Antwort des ansuchenden MS)
-C-
Chain-Rule / Kettenregel (s. Fristen)
-D-
Dublinzentren (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
-E-
Einwanderungsverbot (s. Rechtsbeschaffung)
Einreise- und Aufenthaltsverbot (s. Wiedereinreisessperre)
Einverständniserklärung (s. Familieneinheit)
Empfangsbestätigungen (s. DublinNET)

Erschwernis der Zulässigkeit (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
EURODAC (s. EURODAC Treffer und andere Beweismittel / Indizien)
-F-
FABI (s. EURODAC Treffer und andere Beweismittel / Indizien)
Familienzusammenführung (s. Familieneinheit)
Fluchtgesetzliche Zustimmung (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Fortzug der Antragsteller (s. Feststellung von Fluchtgefährt)
Fristenvermerk (s. Fristen)
-H-
Hafträte (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Humanitäre Klausel (s. Ermessensklauseln / Selbstvertragsrecht (SER))
-I-
Informationsersuchen (s. Ersuchen)
Intrinische Überstellung (s. Oberstelle)
-K-
Kriterien (s. Zuständigkeitskriterien)
-L-
Liaisonpersonal (s. Anfragen)
-M-
Menschenhandel (s. Ermessensklauseln / Selbstvertragsrecht (SER))
MS-Posteingang (s. DublinNET)
Mutterschutz (s. Abschiebungshindernisse)

Index
- N -
Nachgeborene Kinder (s. Familieneinheit)

- P -
Prozess-Bereich (s. Rechtshilfe)

- O -
Öffentliches Interesse (s. Ermessensklauseln / Selbstverwaltungsrecht (SER))

- R -
Reisefähigkeit (s. Abschiebungshindernisse)
Rückholung (s. Überstellung)

- S -
Schwangerschaft (s. Abschiebungshindernisse)
Souveränitätsklausel (s. Ermessensklauseln / Selbstverwaltungsrecht (SER))

- T -
Take Back (s. Ersuchen)
Take Charge (s. Ersuchen)

- U -
Umbenannt vorzogen (über) (s. Flüchtigen / Unterlaufen)

- V -
Versteuerungsklausel (s. Zuständigkeitsbestimmungsverfahren)
Visafreie Einreise (s. Zuständigkeitskriterien)
Visum/MS-Treffen (s. Zuständigkeitskriterien)

- W -
Wiederaufnahmeersuchen (s. Ersuchen)

Wiedereinreise (s. Folgerungen im Dublinverfahren)

- Z -
Zuständigkeiten (s. Zuständigkeiten in der Dublin-Gruppe und Verfahrensabläufe)
Zuständigkeitsübergang (s. Antwort des ausgesuchten MS)
Zustimmung (s. Antwort des ausgesuchten MS)
Zweitbefragung (s. Persönliches Gespräch)